

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortliche Redakteure: August Bastian, Magdeburg. Druck und Verlag von H. Blaukopf u. Co., Magdeburg. Geschäfts-Nr. 10. W. 10. 1897. Redaktion und Druckerei: Dr. W. W. 10. 1897. für die Redaktion 1794, für die Druckerei 901.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtposten) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Provinz und den Auslandsteilen Vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Pf. Vierteljährlich. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Sektionsgebühr: die 7gepostete Kolonialzeitung 14 Pf., auswärtig 25 Pf., im Restamtteil Seite 1 2 Pf., Zeitungspostgebühr Seite 2 2 Pf.

Nr. 5.

Magdeburg, Freitag den 7. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten

## Nach der Tagung.

Durch eine launige Bemerkung hat Genosse Singer als Vorsitzender des dritten preussischen Parteitag vor gewarnt, daß die Bezeichnung „Preurentag“ etwa zur dauernden Bezeichnung unserer Delegiertentage werde. Denn, so führte er aus, es sei sicher nicht die Absicht der Genossen, etwa einen Stolz darein zu setzen, daß man sie als „Preußen“ in historischem Sinne betrachte. Die heitere Zustimmung, die diese Warnung fand, zeigte, daß wirklich niemand es als ein Glück empfindet, dem Junkerstaat mit dem dreiklassen Rechte durch Geburt oder sonstige Umstände anzugehören. Wir wollen also im Sinne Singers uns bemühen, nicht mehr vom „Preurentag“, sondern konsequent vom Parteitag der preussischen Sozialdemokratie zu sprechen, dessen Teilnehmer soeben eine dreitägige umfangreiche und bedeutungsvolle Arbeit für die Partei erledigt haben.

Das Einreisen der sozialdemokratischen Arbeitermassen in die preussische Politik hat schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit die feierliche Ankündigung einer Wahlreform zeitig und nach allen Anzeichen ist die Einbringung der Reformvorlage nicht mehr so fern, wie noch vor kurzem angenommen werden mußte. Aus dem Stadium der allgemeinen Erörterung und Agitation wird die Wahlrechtsfrage bald in das Stadium der praktischen und tatkräftigen Entschliessung treten. Diese Erkenntnis drückte den Verhandlungen des Delegiertentags das Gepräge auf. Jeder empfand, daß es nicht zweckmäßig sei, lange und vielleicht heftige Erörterungen über strittige Fragen der Parteitag zu verschieben, daß es vielmehr gelte, gerade im Wahlrechtskampf alle Kräfte zum gemeinsamen Wappstein gegen die Zwangsbürgerei der preussischen und deutschen Reaktion zusammenzufassen. Als daher Ströbel sein Referat über die gegenwärtige Situation in der Wahlrechtsfrage — das Thema, bei dem auf früheren Parteitagen umfangreiche Debatten sich entspannen — beendet hatte, beschloß der Parteitag, von einer Diskussion Abstand zu nehmen und schon dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß es besser sei, zu handeln als zu reden. Einmütig erklärte der Parteitag seine Zustimmung zum Debattenbeschluß. Sowohl die Delegierten, die der parteitaktischen Auffassung Ströbels nicht in allen Punkten zustimmen konnten, wie die Befürworter des Massenstreiks fügten sich der höheren Notwendigkeit, den Gegnern in den bevorstehenden Kämpfen eine geschlossene Front entgegenzustellen.

Die außerpreussischen Landtagsfraktionen mit Ausnahme der bayrischen und sächsischen hatten Vertreter entsandt, um den preussischen Wahlrechtskämpfern das Interesse zu bekunden, daß das Volk jenseits der schwarzweißen Grenzpfähle an der freiheitlichen Ausgestaltung des preussischen Staates und seines Wahlrechts nimmt. „Hinaus mit den Junkern aus dem Landtag!“ erklärte Genosse Hildenbrand (Stuttgart) und die lebhafteste Zustimmung, die seinen Ausführungen folgte, zeigte, daß der Parteitag die Notwendigkeit anerkennt, eine andre Zusammensetzung des Dreiklassenhauses herbeizuführen, die prinzipiellen Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts aus dem Landesparlament zu entfernen und auf diese Weise der demokratischen Ausgestaltung Preußens die Wege zu ebnen.

Die Aussprache über die Wahlrechtsfrage war nach dem Referat ganz vermieden und die dazu vorliegenden Anträge wurden durch die Annahme einer leider viel zu langen Resolution für erledigt erklärt. Der Tätigkeitsbericht der an Zahl kleinen Landtagsfraktion fand allseitige Zustimmung. Die Besprechung gab der Fraktion noch manche Anregung. Was aber noch nie üblich in der Partei war: der Parteitag gab dem Dank und der Freude der Partei für die schwierige und verantwortungsvolle Arbeit auf vorgehobenem Posten Ausdruck, die der Landtagsfraktion zugefallen war. Bewies doch der Bericht und auch das fast fünfstündige Referat Karl Liebknechts über die Verwaltung Preußens, wie weit das Tätigkeitsfeld noch ist, das die Sozialdemokratie zu beackern hat. Je tiefer man eindringt unter die Oberfläche, desto mehr Probleme und Fragen tauchen auf, die des Studiums und der Lösung durch die Sozialdemokratie harren. War Preußen jahrelang für die politische Aktion der Sozialdemokratie ein unbekanntes, so ist es ihr jetzt noch immer ein neues Land. Es wird langjähriger, stetiger Arbeit bedürfen, bis dieses weite Land durch die Sozialdemokratie urbar gemacht worden ist.

Den ausführlichen Darlegungen Liebknechts, die unsere Leser in der „Volksstimme“ abgedruckt finden, lagen auch Leitfäden zur geplanten preussischen Verwaltungsreform zugrunde, die teils der Landtagsfraktion, teils der Parteileitung als Material überwiesen wurden. Außerdem wurde

der Parteivorstand beauftragt, die Herausgabe des Referats als Broschüre zu veranlassen. Auch durch diesen Beschluß brachte der Parteitag zum Ausdruck, daß es nötig und wünschenswert ist, tiefer in die Kenntnisse der preussischen Verwaltungsbürokratie einzudringen.

Eine erfreuliche Tat war die Schaffung eines preussischen Kommunalprogramms. Dabei schloß sich an das Referat von Paul Hirsch eine so umfangreiche Debatte über kommunale Einzelfragen an, daß man an ihr und ihrem sachlichen Ernste reine Freude empfinden konnte. Zeigte sie doch, wie tief die praktische Tätigkeit der Genossen in den Kommunen bereits gedungen ist und wie trotz all dieser Kleinarbeit der große Zug der sozialistischen Gedankenwelt nicht verloren geht.

Zum Schluß des dritten Verhandlungstags gab es noch eine kleine Organisationsdebatte. Ein Antrag, den auch die Mehrzahl der Delegierten aus dem Magdeburger Bezirk unterstützte, wünschte einen besonderen preussischen Vorstand, das heißt eine Körperschaft, die die preussische Agitation als Spezialarbeit gewissermaßen im Hauptamt erledigt, während bisher drei Genossen vom Berliner Agitationsauschuß neben ihrer kritischen auch noch die Landesagitation leiten sollen. Selbstredend muß bei solcher Doppelarbeitslast immer ein Teil mehr oder weniger vernachlässigt werden. Der Antrag, eine Aenderung und Besserung des bestehenden Zustandes herbeizuführen, fand zwar nicht die Mehrheit — sogar die Ueberweisung an den Parteivorstand und die Landeskommission zur weiteren Veranlassung wurde, allerdings mit sehr knapper Mehrheit, abgelehnt — wir zweifeln aber nicht, daß trotzdem dem nächsten Parteitag bereits eine solche Aenderung vorgeschlagen und dann auch beschloßen werden wird.

Alles in allem hat der Parteitag aufs neue und in erfreulicher Weise gezeigt, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft befeuert wird von lebhaftem Kampfesifer und dem Bestreben, immer neue Gebiete der agitatorischen und organisatorischen Bearbeitung zu unterwerfen. Das ist ein gutes Zeichen, von dem wir wünschen und hoffen dürfen, daß es immer so bleiben möge.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 6. Januar 1910.

### Nationalliberaler Verrat.

Der Landtagsabgeordnete Schmieding, eine Leuchte des preussischen Nationalliberalismus teilt in der „National-Zeitung“ nunmehr mit, welches Wahlrecht er dem preussischen Volke zugebacht hat. Bisher hatte er sich darauf beschränkt, nicht nur die Uebertragung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Preußen, sondern das Reichstagswahlrecht selbst zu bekämpfen. Jetzt ist er dazu übergegangen, seine positiven Vorschläge für die Wahlreform in Preußen, die auch er für notwendig hält, bekanntzugeben.

Was soll nun werden, fragt er, da es mit der Einführung des Reichstagswahlrechts nichts ist, denn die Regierung will es nicht, und Konervative und Nationalliberale, die die große Mehrheit in preussischen Abgeordnetenhäusern bilden, haben gleichfalls wiederholt und auf das bestimmteste die Einführung abgelehnt. Auch das Pluralwahlrecht findet seine entschiedene Mißbilligung. „Nämeit man dem Besitz und der Bildung“, so erklärt Schmieding, „einen nur einigermaßen weiten Spielraum ein, so hat man alsbald alle Mängel des gegenwärtigen preussischen Dreiklassenwahlrechts, und die breite Masse wird dauernd und mit Grund sagen, daß sie nicht ausreichend zu ihrem Rechte komme. Beschränkt man umgekehrt die Pluralstimmen auf ganz wenige Qualitäten, so werden die Wirkungen dieses Wahlrechts von dem Reichstagswahlrecht nicht sehr verschieden sein, wie auch die Erfahrungen in Belgien und Sachsen zeigen.“

Der nationalliberale Abgeordnete Schmieding will daher ein „volles Volkswahlrecht“. Ein solches volles Volkswahlrecht offeriert er in der Uebertragung des Dreiklassenwahlrechts, welches zurzeit in den alten preussischen Provinzen für die Stadtverordnetenwahlen in Geltung ist, auf den Staat. „Fede der drei Wählerklassen ernennet für sich in direkter Wahl ihre Abgeordneten, in dieser Weise ist es möglich, daß jede der drei Wählerklassen ganz unabhängig und ganz unbeeinflusst von der andern, die Männer ihres Vertrauens in den Vertretungskörper entsendet, und dieser gleichmäßig die drei großen Gesellschaftsschichten, aus denen sich das ganze Volk zusammensetzt, in sich aufnimmt und repräsentiert.“

Schmieding spricht es mit dankenswerter Deutlichkeit aus, daß der hauptsächlichste Vorzug dieser von ihm vorgeschlagenen Wahlrechtsreform darin besteht, „das zu Unrecht so viel geschmähte Dreiklassenwahlrecht dauernd zu erhalten“, jenes Dreiklassenwahlrecht, das nach der Verteilung des nationalliberalen Führers „viel besser ist als sein Ruf“. Auch daß ihm der Erfolg des Reichstagswahlrechts durch das Selbstwahlrecht der Kommunen in den alten preussischen Provinzen als wünschenswert erscheint, läßt sich aus seinen letzten Ausführungen erkennen, findet er doch, daß die Anwendung dieses Stadtverordnetenwahlrechts auf die Reichstagswahlen den Hansestädten und den großen Industriebezirken eine allen Interessen gerecht werdende einwandfreie Vertretung verschaffen würde, da die erste Klasse vermuthlich einem Großrentner oder einem Großindustriellen ihr Vertrauen zuwenden, die zweite Abteilung vermuthlich einen Mann des mittleren Bürgerstandes ernennen, die dritte Klasse voraussichtlich durch die Sozialdemokratie vertreten sein würde.

Das schamloseste und unaufrichtigste aller Wahlrechte soll nach dem Wunsch des Nationalliberalen Schmieding durch die Reform nicht nur konservert werden, dem Großkapital und dem Junkertum soll mindestens eine Zweidrittelmajorität durch Kontingentierung unabänderlich garantiert werden. Großkapital und Junkertum sollen selbst von der Mühe der Wahl befreit werden, Schmieding selbst spricht ausdrücklich von der „Ernennung“ der Abgeordneten. Er überstürzt sich förmlich in der Verherrlichung dieses Ernennungsrechts an Stelle eines Wahlrechts. „Mancher hervorragende tüchtige Mann, der in dem Gemeinwesen seinen Mitbürgern ausgezeichnete Dienste leistet, würde sofort von der Teilnahme am öffentlichen Leben im Staat ausgeschlossen sein, bloß weil ihm Zeit und Gesundheit es nicht gestattet, die wahrhaft nicht geringen Unkosten des Wahlkampfes nach dem gleichen allgemeinen Wahlrecht auf sich zu nehmen, und weil er vielleicht auch nicht zu den sogenannten populären Männern gehört, welche die Masse vom Schlage Schwarz auf ihren Schild erhebt.“ Die Masse vom Schlage Schwarz bildet heute einen Teil des Wählerturns der Schmieding und Konserverten. Aber zur Brandmarkung der nationalliberalen Rückwärtler vom Schlage Schmiedings muß hervorgehoben werden, wieviel Dünkel und politische Trägheit aus dieser Begründung für das Verlangen eines Ernennungsrechts von Abgeordneten der beiden ersten Wählerklassen unter Ausschluß jeder Wählerleistung für die Herren erstklassigen Wähler spricht.

Das mindeste, was der Wahlrechtsreform-Entwurf der preussischen Regierung enthalten muß, ist nach der Forderung der ebenfalls nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“ die direkte Wahl und die geheime Stimmabgabe. Daß auch diese nationalliberalen Mindestforderungen von der Regierung nicht zu erfüllen beabsichtigt werden, dürfte nach den vorliegenden offiziellen Auslassungen schon feststehen. Aber Schmieding bindet sich in seinen Vorschlägen auch nicht an die geheime Abstimmung.

Zur brünstigen Freude der geschwornen Gegner jeder Wahlreform wiederholt er die verlogene Phrase, daß die geheime Abstimmung das Volk zur Charakterlosigkeit erziehe, und eines „freien und großen Volkes nicht würdig“ sei. Würdig aber ist eines freien und großen Volkes, daß die Regierung Beamte, die ihrer politischen Meinung in einer Weise Ausdruck geben, die der Junker- und Industrieherrscher-Sippe nicht gefällt, durch Maßregelungen, durch Schmälerung ihres Einkommens und Vernichtung ihrer Existenz straft und verfolgt.

Wäre das preussische Volk nicht entschlossen, unter allen Umständen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen, dann könnte es angesichts der Schmiedingischen Vorschläge allabendlich bitten: „Gott, erhalte uns das alte liebe preussische Dreiklassenwahlrecht, statt uns dieses neue Dreiklassenwahlrecht zu beschere.“ Aber das preussische Volk wird Mittel und Wege finden, um die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen trotz Schmieding und Heydebrand durchzusetzen.

### Scharfmachereinsicht.

Die freikonservative „Post“ bezeichnet es als zutreffend, daß an der öffentlichen Stimmabgabe in Preußen festgehalten werden soll, und bemerkt dann: „Darüber wird man aber nicht zweifelhaft sein können, daß eine Wahlvorlage, in der die öffentliche Stimmabgabe allgemein beibehalten wird, die Sammlung der durch die Finanzreform auseinandergeprengten Parteien nicht fördern, sondern im Gegenteil den Riß nur erweitern wird, es sei denn, daß in derselben den liberalen Parteien durch weitgehendes Entgegenkommen in Bezug



auf die Abstufung des Wahlrechts ein Ausgleich geboten wird. Auch wird man sich nicht mit der Hoffnung schmeicheln dürfen, daß ein Wahlgesetz, welches die geheime Stimmenabgabe grundsätzlich ausschließt, den Abschluß der Reform des preussischen Wahlrechts bedeuten würde. Soweit sich die Dinge jetzt beurteilen lassen, würde man es alsbald vielmehr nur mit einer Phase in dem voraus-sichtlich demnächst noch heftiger entbrennenden Kampfe um das preussische Wahlrecht zu tun haben." Auch ein Scharfjägerblatt hat also gelegentlich einen hellen Augenblick.

### Das erste Opfer des Verfallprozesses.

Bei der Besprechung der Verfallinterpellation im Reichstag hat der Staatssekretär des Reichsmarineamts, v. Tirpitz, mehr als einmal versichert, daß er „mit eisernem Wesen“ Aussteher vornehmen werde. Den Anfang damit scheint er nun gemacht zu haben. Wenigstens wird amtlich verkündet: „Durch Rabinettdorber vom 4. Januar ist Vizeadmiral Breusing, Direktor des Verfalldepartements des Reichsmarineamts, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt unter gleichzeitiger Verleihung des Charakters als Admiral.“

Weitere Personalveränderungen sollen bevorstehen. Als ob es damit getan wäre. Wenn die Verfall rationell arbeiten sollen, dann muß mit dem bisherigen System gebrochen werden. So aber kommen neue Männer und das System bleibt das alte. Dem Herrn v. Tirpitz wird der Wunsch des Reichstags noch etwas deutlicher auseinander-geleitet werden müssen.

### Die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Der Reichstag wird am 11. Januar über sie verhandeln. Auf der Tagesordnung steht eine liberale Interpellation. Sie knüpft an die Erklärung des Bundesrats vom Oktober 1875 an, worin gesagt ist, der Bundesrat „hege die Hoffnung, es möge den mecklenburgischen Regierungen gelingen, mit dem dortigen Landtag eine Reform der Verfassung zu vereinbaren“. Die liberale Interpellation fragt, ob jetzt, wo bekanntlich die Verhandlungen zwischen Regierung und Landtag in Mecklenburg gescheitert sind, der Reichskanzler gedenke, der Erwartung des Bundesrats Folge zu geben.

So muß denn, und wird hoffentlich das politische und sonstige Elend Mecklenburgs im Reichstag abermals seinen Widerhall finden! Ob mehr herausspringt, wird sich ja bald offenbaren.

Mecklenburg hat noch heute die „Verfassung“, die in ihren Grundzügen schon im Jahre 1550 festgelegt wurde, und die ihren formellen Abschluß im Jahre 1755 fand. Man hat ihr den schrecklichen Namen gegeben „Landes-Grund-Besetzlicher Erb-Vertrag“. Durch ihn sollten die gesamten mecklenburgischen Rande in die „Glückseligkeit des Friedens und der Ruhe versetzt werden“.

Jetzt ist es eingetroffen. Ruhe ist in Mecklenburg; die Ruhe eines Toten. Und nur der Junker trifft die Verurteilungen, und zwar, ohne sich von irgendwem hineinreden zu lassen. Ganz Mecklenburg stellt einen Gutsherr dar. Wenn das gesamte Land formell auch zerfällt in drei Gebiete: 1. das der Städte, 2. das der Ritter oder Junker, 3. das des großherzoglichen Domänenbesitzes.

Die Verhältnisse sind traurig, namentlich im Gebiet der „Ritterschaft“. Die kümmerlichen Bauern und Tagelöhner sind dem Junker eben die liebsten. Eine ständische Verfassung, die dem Junker als Kern und ausgiebig benutzte Perle. Der Junker kann, handelt deshalb aus. Beide Mecklenburg sind größer als Sachsen und Baden. Aber Sachsen hat 4 1/2 Millionen Einwohner, Baden 2 1/2 Millionen, Mecklenburg aber nur 730 000. Die Einwohnerzahl im jüdischen und im romanischen Gebiet Mecklenburgs blieb in den letzten 50 Jahren dieselbe; aber allein in den Schweriner ritterschaftlichen Kreisen ging die Einwohnerzahl in jenem Zeitraum um 22 1/2% zurück! Eine industrielle Entwicklung des Landes wird durch die Junkerherrschaft hinsichtlich unterdrückt. Eisenbahnen und Eisenwerke werden nur gebaut, wenn und soweit sie zum Vorteil der Gutsherrn sind. Nationalbindungen werden nicht geschaffen; die schon bestehenden läßt man verkommen. „Ich bin gegen den Kanal (Elbe-Schwerin-Wismar-Lübeck), weil ich Agrarier bin“, bekannte ein Junker offen.

In der Verwaltung und in der Gesetzgebung herrscht das Junkertum unbeschränkt. Das z. B. die „ministeriellen Polizeiamter“, die Vereinigungen der aristokratischen Gutsherrn, leisten, das ist wirklich nur noch im feudalen Mecklenburg möglich! Die Gesetzgebung ist nach wie vor in den Händen der Junker, alles übrige in ihr — übrigens verfassungsmäßig — gleichgültig.

Die Gesetzgebung wird erledigt in dem Ständetag, dem sogenannten Landtag. Unverständlich waren es drei Stände: die „Ritterschaft“ — das sind die Junkermeister der Städte —, die „Ritterschaft“ — das sind die Rittergutsbesitzer —, und die Prälaten. Unter heftiger Eiden schloßen sie demnach ein Schwur- und Trugbündnis. Als aber bei der kaiserlichen Reformen des Reichstags es so mit uns brach, so kamen sich die beiden ersten Stände nicht lange, bis sie die Prälaten den Reichstag gaben. Unter dem Diktand der Reformen schloßen die „Ritter“ in Gemeinschaft mit den damaligen Herzögen die den Prälaten vermittelten Güter der kaiserlichen Krone.

Einem dritten Stand wieder zu schaffen, und zwar in der Person der Junker — Schlichter —, sollen die Junker nun nicht mehr beizubehalten. Die mecklenburgischen Regierungen aber wollen einen Landtag schaffen, der sich zusammensetzt zu einem Teile aus Vertretern der beiden bisherigen Stände und zum anderen Teil aus „gewählten“ Abgeordneten. In dieser niederer Weise hat sie sich freilich ein „Schlichter“ ausgesucht, das noch darüber ist als das preussische! Die absolute Herrschaft der Junker im Landtag würde also erhalten bleiben. Man muß noch nach wissen, daß die Bürgermeister fast alle mit den Junkern verknüpft sind, aber doch mit ihnen in Selbstständigkeit leben, wie von ihnen fast nicht abhängig von den „Rittern“, so denn sie als deren juristische Sachwalter zum Teil in regelmäßigen Sitzungen erscheinen! Auf der Schranke ihrer Herrschaft

schaft aber brachten die Junker die Verfassungsvorlage zu Falle, sie meinen eben, auf eine Verhinderung der ständischen Zustände verzichten zu können!

Die beiden Großherzöge aber haben ihr Wort verpfändet, daß sie eine „zeitgemäße“ Verfassung zur Einführung bringen wollen. Sie haben es als ihre „heilige Pflicht“ bezeichnet, alle zulässigen Mittel zu diesem Zwecke in Anwendung zu bringen.

Am 11. dieses Monats wird man nun durch den mecklenburgischen Bundesratsvertreter bei Besprechung der liberalen Petition erfahren, was es mit dem Ausspruch der Regierung auf sich hat, sie habe ihre bisherige Meinung über ein eventuelles Eingreifen des Reiches ausgesprochen, sie habe also gegen ein Eingreifen des Reiches nichts mehr einzuwenden. —

## Der Schnapsboykott

ist durch Beschluß des Leipziger Parteitags für jeden Sozialdemokraten erklärt worden. Es gilt, das Wohl der Arbeiterfamilien zu fördern, aber des Reichstags und den junkerlichen Arbeiterfeinden die Arbeitergroßen vorzuenthalten. Deshalb: Der Boykott muß streng durchgeführt werden!

### Deutschland.

**Weitere Folgen der Tabaksteuer.** Die Firma Karl Julius Klein in Hamburg läßt die Arbeiter ihre Filiale Blotho (Westfalen) nur noch geringe Stückzahl arbeiten, so daß für sämtliche Arbeiter eine große Lohnverluste eingetreten ist. In Brate (Sippe) läßt die Firma Engelhardt u. Biermann in Bremen ihre 30 Arbeiter seit Weihnachten nur noch 4 Stunden — bisher 10 Stunden — arbeiten. —

**Reichstheatergesetz.** Die Arbeiten für den Entwurf eines solchen Gesetzes sollen einer Meldung der „Tante Boß“ zufolge für Bremen bereits abgeschlossen sein. In der laufenden Session des Reichstags soll das Gesetz aber nicht mehr eingebracht werden. —

**Im Wahlkreis Eisenach** ist der bisherige nationalliberale Kandidat Gutschke wegen seiner Kandidatur zurückgetreten. An seiner Stelle ist von einer Vertrauensmänner-Versammlung Justizrat Appellus aufgestellt worden. —

**Nationalliberaler Mannesmut.** Die Nationalliberalen im Herzogtum Gotha wollen den politischen Kampf künftig nur mit eigener Kraft führen. Deshalb verlangen sie, daß künftig nur noch der Parteivorstand der Partei, nicht mehr aber einzelne Wahlkreise oder gar einzelne Personen Wahlbündnisse abschließen dürfen. Der Parteivorstand aller liberalen Gruppen wurde als nicht empfehlenswert erachtet, ein Bündnis mit Sozialdemokraten direkt abzulehnen. „Über in harten Kampf, aber mit Ehren zugrunde gehen, aber bereits zugrunde gegangen, freilich nicht mit Ehren, denn bei den letzten Wahlen hat er nicht einmal das Recht, einen eignen Kandidaten aufzustellen. Sie wählen vielmehr den freikonserватiven Prinzen Hohenzollern.“

**Das Bänderblatt geht!** Die Erklärung unsres Preusentags von allen selbst den schärfsten Mitteln Gebrauch zu machen, um für Preußen ein gerechtes Wahlrecht zu erobern, hat es der „Deutschen Tageszeitung“ angetan. Das Blatt meint zwar, daß ein Massenstreik zunächst nicht zu befürchten ist, aber jedenfalls werde die Sozialdemokratie ihre Leute im Feuer ergreifen. Und nun folgen diese, von unerhörter Junkerherrschaft zeugende Sätze: „Deshalb ist es die unabweisbare Pflicht der verantwortlichen Behörden, dafür zu sorgen, daß diese Exzessivitäten in ihren Anfängen überwacht und die revolutionäre Bewegung in ihrer Entwicklung gehindert werden. Nur wenn revolutionäre Kundgebungen und Maßnahmen im Keime erstickt werden, bleiben sie ungefährlich. Schwächliche Duldsamkeit fördert lediglich die Gefahr.“

**Zum Falle Haß.** Das Auswärtige Amt erklärt zu seiner Rechtfertigung eine lange Erklärung, in der es heißt: „Die zahlreichen, ebenso umfangreichen, wie verwirrenden Eingaben des Herrn Haß an das Auswärtige Amt und die kaiserliche Botschaft in Caracas hatten schon lange zu Zweifeln an seiner vollen geistigen Gesundheit geführt. Eine Prüfung des Genannten, die ungewöhnliche Vorwürfe und schwere Beleidigungen enthielt, veranlaßte schließlich das Auswärtige Amt, aber seinen Geisteszustand eine genaue Untersuchung von sachverständiger ärztlicher Seite einzuverordnen. Das Ergebnis ging dahin, daß Herr Haß an typischen Curculionismus leidet. Auf das leidende und als gemeingefährlich zu erachten sei. Auf das Verbot, das Herr Haß von der zuständigen preussischen Stelle eingeleitet worden ist, hat das Auswärtige Amt selbstverständlich in keiner Weise eingewirkt. Von einer gewissenamen und gleichzeitigen Verhängung des Herrn Haß kann daher keine Rede sein.“ — Das Auswärtige Amt behält sich eine ausführliche Darstellung des Falles vor, die hoffentlich nicht zu lange auf sich warten läßt. —

**Zu den Vorgängen in Kattowitz** hat die „Germania“ am Dienstag berichtet, daß der Regierungsrat in Oppeln vier sozialdemokratische Kandidaten auf ihren Einwand, sie hätten die politischen Kandidatenkandidaten für weniger staatsgefährlich gehalten als deren Gegenkandidaten, die Antwort erteilt habe: „Sie müssen den Reichstagspräsidenten fragen, wie Sie wählen wollen.“ Im Württemberg drückt das Zentrumskomitee eine Billigung des Regierungsratspräsidenten v. Schwering ab, in der es heißt, daß diese Regierung wider den Tatsachen entspricht, noch auch dem Sinne nach gefällig ist. —

**Der bayrische liberale Block in Gefahr.** Zwischen Nationalliberalen und Freikämmlern hat es im bayrischen Landtag nie eine Verständigung gegeben, sie stellen gemeinsam den sog. Kammerfortschritt dar. Das ist nach dem letzten Landtagswahlkampf insofern anders geworden, als die Jungliberalen sich als vornehmlich bedenkend und darum dem liberalen Block beizutreten. Die Folge war, daß der jungliberale Block zerfiel. Häufig aus der liberalen Partei ausgegangen, hat der liberale Block in Bayern Garantien für das künftige Verhalten der Jungliberalen, andererseits sind die Nationalliberalen entschlossen, das bayrische Volk auszuscheiden. Damit wäre das Landtagsmandat des bayrischen Abgeordneten (Meinungen) jenseitig. Er ist in Oppeln von den Nationalliberalen gewählt, die ihn, wenn es erdgültig zum Reich kommt, nicht wieder aufstellen werden, es sei denn, er wäre zu ihrem Nutzen. —

**Unterdrückungen in einer Werk-Krankenkasse.** Bei der großen Betriebskrankenkasse des Bochumer Vereins für Eisen- und Stahlindustrie sind Unterdrückungen entdeckt worden, über deren Umfang die Betriebsleitung keine Auskunft gibt, die aber ziemlich groß sein müssen, da nach dem Stande der 20 Jahre im Jahre 1900, ein Betrag von 100 000 Mark unter völliger Einsparung der Betriebsverwaltung.

**Unwahrscheinlich in Kamerun.** Am 1. November v. J. ist in Kamerun eine Unwahrscheinlichkeit in Kraft getreten für den Kaiser und Reichstag von Kamerun. Sie beträgt 10 v. H. des Wertes, bei bestimmten Geschäftszweigen und in Zukunft gemeinsamen Flächen 5 v. H.;

ist das Objekt mehr wert als 1000 Mk. 3 v. H. Der Besitzwechsel durch Erbgang bleibt unbesteuer. Die Veranlagung erfolgt durch die örtliche Verwaltungsbehörde. —

### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Die Tarifbewegung im Holzgewerbe.** Es hat lange gedauert, bis der Arbeitgeber-Schutzverband offen Farbe bekannnte, worauf er hinsteuert. Der Vorstand dieser Organisation hat bisher immer seine Friedensliebe beteuert, und das in einer Weise, die harmlose Gemüter zu der Ueberzeugung bringen mußte, daß es ihm mit dieser Betuierung Ernst sei. Die Vereinbarung zwischen dem Verbandsvorständen, den früheren Ministern von Werle und Schuler, wurde auf Vorschlag des Arbeitgeberverbandes getroffen. Daß, nachdem Herr von Werle sich zur Uebernahme des Schiedsrichteramts auf Ansuchen der Verbandsvorstände bereit erklärt hat, die Ablehnung eines Schiedsgerichts durch den Schutzverband erfolgt, klärt die Situation billiger auf. Der Schutzverband hat nämlich sein Ziel — die Kündigung aller Verträge — jetzt erreicht und seine Mitglieder aus einer ganzen Anzahl Städte gegen ihren Willen in die Bewegung hineingezogen. Bis zur Kündigung wurde ihnen immer wieder erzählt: „Es kommt nicht zum Kampfe.“ Ja, die Herren gingen so weit, den Mitgliedern zu erzählen, mit den Arbeiterorganisationen sei vereinbart worden, die Verträge gemeinschaftlich von beiden Seiten zu kündigen. Die Meister sind auf diesen Schwindel hineingefallen und können jetzt nicht mehr zurück! Es ist ihnen verschwiegen worden, daß die Vertreter des Holzarbeiterverbandes den Unternehmervertretern erklärt haben, daß, falls die Verträge gekündigt werden, neue Verträge nur dann abgeschlossen werden, wenn nennenswerte Lohnhöhungen und Verbesserungen der Verträge von den Unternehmern zugestanden werden. Jetzt, wo die Unternehmer der einzelnen Orte nicht mehr zurückkommen, beginnt man schärf zu machen und vergißt alle die Dinge, die sich bei den letzten Bewegungen abgespielt haben. Der Schutzverband setzt alles auf eine Karte — er spielt um einen hohen Einsatz! — um die Ehre seiner Organisation und das noch vorhandene Vertrauen zu seinen verantwortlichen Führern. In der Kaiserlicher-Resolution war beschlossen, daß die Zentralvorstände der Arbeiterorganisationen nochmals zu Verhandlungen eingeladen werden sollten. Diese Verhandlungen haben bereits am 3. Januar stattgefunden. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet darüber in ihrer neuesten Nummer: —

Der Arbeitgeber-Schutzverband hat die Sitzung der Zentralvorstände schon am 3. Januar einberufen. Die Vertreter der drei Arbeiterorganisationen, die der Einladung Folge leisteten, waren einigermassen gespannt, was der Schutzverband mit dieser Sitzung bezweckte, nachdem er durch die entschiedene Ablehnung des Schiedsgerichts und durch die übrigen von ihm beschlossenen Maßnahmen so deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, daß er auf den offenen Konflikt lossteuert. Tatsächlich war es auch ein recht netter Vorschlag, der den Arbeitervertretern unterbreitet wurde. Ihnen wurde zugemutet, auf ihre Mitglieder im Reich die Richtung einzuwirken, daß sie ihre Forderungen ermäßigen. Natürlich konnte von einem Entgegenkommen nach dieser Richtung, zumal angeht die Forderungen, welche der Vorstand des Schutzverbandes hatte erteilen lassen, keine Rede sein. Von den Vertretern des Deutschen Holzarbeiterverbandes sowohl als auch vom christlichen Verband und vom Christlich-Deutschen Gewerksverein wurde diese Zustimmung einmütig mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes teilte in dieser Konferenz noch mit, daß auf seiner Städtekonferenz beschlossen worden sei, in allen Städten die Verhandlungen so zu fördern, daß auf der für den 20. Januar in Aussicht genommenen nächsten Konferenz der Arbeitgebervertreter ein Resultat vorgelegt werden kann. Auch die Arbeitgeber in den Städten, die bisher den Konflikt in die Verhandlungen abgelehnt haben, seien von der Konferenz verpflichtet worden, ihren Widerstand nimmermehr aufzugeben.

Die Vertreter der drei Arbeiterorganisationen haben diese Mitteilung entgegengenommen. Die Konferenz der Zentralvorstände ist im übrigen, wie das nach Lage der Dinge nicht anders zu erwarten war, ergebnislos verlaufen.

Die Holzarbeiter rüsten auf der ganzen Linie. Eine ganze Anzahl Orte haben weitere Vertragserhöhungen beschlossen. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat in einer Erstratung folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Vom 1. Januar d. J. ab bis auf weiteres haben die Holzstellen einen Ertragsbeitrag zu leisten, und zwar bis 1. Februar zunächst in der Weise, daß der Verbandsbeitrag von 50 Pf. pro Woche in voller Höhe, also ohne Abzug der lokalen Prozente, an die Hauptkasse abzuführen ist. Für den entstehenden Anfall in den Lokalkassen schadlos zu halten. 2. Vom 1. Februar d. J. ab sind vom jedem Wochenbeitrag 60 Pf., an die Hauptkasse abzuführen, so daß der Ertragsbeitrag abhau 20 Pf. pro Mitglied und Woche beträgt. 3. Das Beispiel derjenigen Holzstellen, welche in den letzten Wochen bereits freiwillig ihre Beiträge teilweise beträchtlich erhöhten, um die Hauptkasse zu stärken, empfiehlt der Vorstand zur Nachahmung in der Weise, daß den leistungsfähigen Holzstellen nahegelegt wird, mit dem Ertragsbeitrag für ihre Mitglieder über den Satz von 20 Pf. hinauszuweisen. 4. Sofort nach Erscheinen dieser Bekanntmachung haben sämtliche Holzstellen in außerordentlichen Mitglieder-Versammlungen über die Höhe des Gesamtbeitrags, den sie vom 1. Februar ab erheben wollen, unter Berücksichtigung vorstehender Bekanntmachung Beschluß zu fassen und an den Vorstand zu berichten. Damit bis dahin rechtzeitig die neuen Beitragsmarken von der Hauptkasse geliefert werden können. 5. Die Verbände der Lokalkassen sollen, soweit sie angelegt sind, sämtlich sofort gekündigt werden, damit sie gemäß § 77 des Statuts im Notfall als Reserve der Hauptkasse zur Verfügung stehen. —

**Die Ansperrung der Holzarbeiter in Tschöe** haben die Unternehmer zurückgezogen. Dort hatte der Arbeitgeberverband in Gemeinschaft mit der Tischlerinnung die Kündigung sämtlicher Tischler und Maschinenarbeiter zum 1. Januar auszusprechen, weil die Arbeiter einen ihnen vorgelegten Vertrag nicht anerkennen wollten. Die von den Arbeitern geforderten Abänderungen des Vertrags und ihre Wünsche in bezug auf Lohnhöhung und Erhöhung der Montagegelde wurden rund abgelehnt. Die Ansperrung und ein geheimer Kampf schienen unermesslich, als am 28. Dezember erneute Verhandlungen in die Wege geleitet wurden. Diese endeten mit dem Abschluß eines Vertrages, der den Arbeitern 4 Pf. Lohnerhöhung (Mindestlohn 47 Pf. pro Stunde), Erhöhung der Montagegelde, Regelung des Ausschlagelages für Ueberstunden usw. bringt.

**9856 Tote, 133 109 Schwerverwundete** sind auf dem Schlachtfelde der Arbeit im Jahre 1908 geblieben. Das ergeben die jetzt dem Reichstag zugegangenen Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1908. Die mitgeteilten Zahlen geben die Zahl der Unfälle an, für welche im Jahre 1908 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden. Es liegt gegen das Vorjahr eine Vermehrung der Todesfälle (1907 waren 9815 Todesfälle zu verzeichnen) und eine kleine Verminderung der sonstigen Unfälle (134 888 im Jahre 1907 gegen 133 109 im Jahre 1908) vor. Die leider außerordentlich geringe Abnahme der schweren Unfälle dürfte noch weniger ins Gewicht fallen, weil im Krisenjahr eine erhebliche Anzahl Arbeiter weniger als im vorausgehenden beschäftigt waren. Ob die kleine Verminderung zugunsten einer Minderung der Unfälle nicht nur eine scheinbare ist, läßt sich erst nach genauer Durchsicht der Zahlen feststellen. Die Zahl der Opfer der Arbeit in dem einen Friedensjahre ist immerhin noch erheblich größer als die Zahl der Opfer im Deutsch-Französischen Krieg. Auffallend ist, daß die Zahl tödlicher im Jahre 1908 überhaupt zur Anmeldung gelangten Unfälle (einschließlich der innerhalb 13 Wochen geheilten) fast so groß ist wie die im Vorjahr. Sie beträgt 662 231 gegen 662 901 im Jahre 1907.



# 1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 5.

Magdeburg, Freitag den 7. Januar 1910.

21. Jahrgang.

## Provinz und Umgegend.

**Borne, 6. Januar.** (Die bösen Folgen) des Konkurres der hiesigen Kalzbrünnerei machen sich immer mehr fühlbar. Do- gleich im Sommer mehrere Arbeiter unfertig den Maschinen zu- ufen der drohenden Arbeitslosigkeit aus dem Wege zu gehen hat diese einen solchen Umfang angenommen wie nie zuvor. Man hoffte von einem Monat zum andern auf Besserung, jetzt ist aber alle Hoffnung geschwunden und man erwartet resigniert den Frühling, um sein Vilde- schanden zu können. Die Löhne sind auf einem Niveau angelangt, wo es ein Herrunter kaum noch geben kann.

**Felgeleben, 6. Januar.** (Verkehrshindernis.) In vielen Angelegenheiten ist Felgeleben noch sehr rückständig, aber in Volksgesundheitsangelegenheiten ist es voran. So konnte man letzten wieder hören, wie der Gemeindevorstand eine ausklingelte, daß drei Personen nicht nebeneinander gehen sollen. Das war ganz unbillig denn die Fußwege sind so schmal, daß kaum zwei Personen daran- Platz haben. Auf dem Fahrweg kann niemand gehen, weil er sich dann der Gefahr aussetzt, im Schlamm zu versinken. Trotzdem sind Felgeleben in der letzten Zeit rapid vergrößert hat, ist von Pflanzungen noch nicht viel zu sehen, trotz 170 Prozent Steuerzuschlag.

**Frohse, 6. Januar.** (Vereinigung mit Schönebeck.) In der letzten Sitzung der Gemeindeverwaltung von Frohse wurde endgültig die Vereinigung mit Schönebeck beschlossen. Die Bedingungen bleiben einstweilen geheim.

**Gommern, 6. Januar.** (Eine ungemünzte hohe Strafe) verhängt das hiesige Schöffengericht am 13. September über die beiden Arbeiter Christoph Strube und Leberecht Horn zu Warby. Wegen öffentlicher Beleidigung des Forstaußserehers Mahnkopf wurde Strafe zu 4 Monaten, Horn zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Berufungskammer in Magdeburg sah das „Verbrechen“ der beiden denn doch in milderem Lichte und ermäßigte die Strafen auf 6 Wochen bzw. 4 Wochen Gefängnis.

**Halberstadt, 6. Januar.** (In der geheimen Sitzung) der Stadtverordneten wurde die Verbreiterung der Straße hinter dem Nichtshaus und den Neubau der höheren Mädchenschule am Bismarckplatz beschlossen.

(Waugenimmungen) wurden in den beiden Monaten November und Dezember 1909 erteilt in der Unterstadt für An- und Ausbauten 7, in der Oberstadt für Neubauten 1 und für An- und Ausbauten 8. Hierdurch sind in der Oberstadt 23 Wohnräume ausschließlich Küchen neu geschaffen, in der Unterstadt keine.

(Selbstmordversuch eines Arbeitslosen.) Der Brauereiarbeiter Willi S., der in der Goldbachbrauerei beschäftigt ist und infolge von Krankheit arbeitslos geworden war, hat sich am Mittwoch vormittag in der Nähe der Sternwarte mit einem Revolver einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Der Schwerverletzte wurde noch lebend in das Krankenhaus übergeführt.

(Auszeichnung statt Vohnerhöhung.) Einem Vorarbeiter der Eisenbahnwerkstätte wurde in Anerkennung seiner lang- jährigen pflichttreuen Dienstleistung das Allgemeine Ehrenzeichen ver- liehen. Vielleicht war auch diesem Arbeiter statt der Dekoration eine Lohnzulage willkommener, die bekanntlich den Arbeitern der Eisenbahn- werkstätte im Herbst vorigen Jahres abgelehnt wurde.

**Schönebeck, 6. Januar.** (Neujahrstingen.) Von der Polizeibehörde ist das Singen der Schul Kinder zu Silvester verboten worden, denn es wird als Bettel angesehen. Die Kurzeidenschüler aber haben das Privileg und gehen jetzt von Haus zu Haus und singen in den Häusern. Dem Hauswirt wird eine Sammelbüchse vorgehalten, in die er sein Scherstein hineinwerfen soll. Ist dies nicht auch eine Bettelei? Zu welchem Zwecke das gesammelte Geld verwendet wird, entzieht sich unserer Kenntnis.

**Schönebeck, 6. Januar.** (Das Koalitionsrecht der Kutscher) scheint beim Fuhrern H. Nüttger nur auf dem Papier zu stehen, während die Herren Arbeitgeber den weit- gehendsten Gebrauch davon machen. Hat ein Kutscher den Mut,

sich dem Verband anzuschließen, sofort ist ein Grund zur Ent- lassung gefunden. Am Neujahrstag wurde ein Kutscher beauftragt, einen Kuttschwagen zu waschen, da aber der Wagen nicht an diesem Tage benutzt wurde, hob er sich diese Arbeit zum Sonntag auf. Als er jedoch am Sonntag zur Arbeit kam, wurde er von Herrn Nüttger junior zur Rede gestellt, gleichzeitig wurde ihm erklärt, daß er gar nicht mehr anzufangen brauche, denn er hebe nur die Leute auf. Er, Nüttger, wolle schon dafür sorgen, daß der Kutscher hier- an Orte keine Arbeit bekomme, er werde eine schwarze Liste zu- stellen lassen. Auch bekomme der Arbeiter für den Tag keinen Pfennig Lohn. So ängstlich ist die Sache natürlich nicht. Den Kutschern, die dort beschäftigt sind, sei zuzurufen: Schließt euch dem Deutschen Transportarbeiterverband an, nur dann können die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Fuhrwesen gebessert werden.

**Stahfurt, 6. Januar.** (Handwerkliche Zersplitte- rungsgefahr.) Man vertritt kein Geheimnis, wenn man sagt, daß der Stand der Handwerksmeister im allgemeinen wenig zur Großzügigkeit veranlagt ist. Man findet im Gegenteil häufig bei ihm eine bellagente Engherzigkeit. Auch das ist bekannt, daß diese Engherzigkeit die Folge eines engbegrenzten Geschäftsbetriebs ist, der weitsehenden Blick und Großzügigkeit der An- schauungs- und Handlungsweise nicht zu bilden vermag. Dieser Fehler des Handwerkerstandes wird teilweise durch gewisse politische Agitationen noch begünstigt. Aus dieser Engherzigkeit und aus diesem beschränkten Gesichtskreis heraus ist es zu verstehen, wenn beispielsweise die Mauer-, Zimmer- und Steinsetzmeister des Kreises Salbe eine Innung gebildet und für diese ein Innungs- schiedsgericht mit dem Sitz in Schönebeck errichtet haben, das sie noch nicht einmal dem Gesetz gemäß zu handhaben verstehen. Daraus ist auch die Errichtung einer Innungskrankenkasse für das Bädereigebiet in Stahfurt, die Errichtung einer Betriebs- krankenkasse des Mauermeisters Grube und manches andre zu begreifen. Aber gerade im Krankentafelwesen drängen Entwid- lung und kluge Einsicht mit Macht nach Schaffung großer, leistungs- fähiger Kassen und deren Vereinigung zu großen Verbänden, die die Leistungsfähigkeit noch steigern. Die Handwerksmeister aber sind anderer Meinung. Größere Krankentafeln sind ihnen ein Greuel, weil in dieser der Regel nach ihr Einfluß stark beschränkt wird, weil ihnen der Blick für das Große fehlt und sie vielleicht nicht ein sehr lebhaftes Interesse an ausreichenden Leistungen der Krankentafeln haben, wenigstens nicht in demselben Maße wie die Versicherten selbst. Alles das wird durch das jüngste Vorgehen der Leopoldshaller Handwerksmeister aufs neue bewiesen. Die Leopoldshaller Ortskrankenkasse hat sich außer- ordentlich gut entwickelt, allerdings unter der Nebenercheinung, daß der Einfluß der Arbeitgeber, der früher in ihr der herrschende gewesen ist, jetzt zurückgedrängt worden ist — ist doch jetzt der Vorsitzende ein selbständiger Arbeiter. Vemeerkenswert ist aber doch, daß in dem letzten Jahre, in dem die Arbeitgeber die Kasse nach ihren Ideen leiteten, rund 3500 Mark aus dem Res-ervefonds entnommen werden mußten und daß dennoch am Schlusse desselben Jahres noch rund 450 Mark unbezahlt ge- blieben waren. Je mehr aber der Einfluß der Arbeitgeber in der Verwaltung zurückgedrängt wurde und dafür der Einfluß der Arbeiter stieg, um so mehr bestreht sich auch die finanziellen Verhältnisse der Kasse. Dagegen — allerdings unter Erhöhung der Beiträge — eine umfassende Familienversicherung eingeführt ist, sind im letzten Jahre mehr als 4000 Mark dem Reservefonds zuge- wöhnt und ist außerdem noch ein Betriebsfonds von 1800 Mark vorhanden. Das alles, obgleich die Kasse jeden Versicherungs- pflichtigen, sei er krank oder gesund, aufnehmen muß. Aber gerade diese Erfolge der Arbeiterverwaltung sind der Stein des Anstoßes. Ihre Wege werden systematisch daran gearbeitet, die Kasse zur Bedeutungslosigkeit und Leistungsunfähigkeit herabzu- drücken. Schon ist das Kalifornienamt aus der Kasse ausgeschlossen und hat eine Betriebskrankenkasse gebildet, wie einige der chemi- schen Fabriken sie auch haben. Herr Mittel möchte gern das gleiche tun und die Handwerksmeister sind auf ähnlichem Wege. Sie

möchten nämlich eine „eingeschleubte Hilfskasse der Handwerker mit Ausschluß der Mauer-, Zimmerer und Steinsetzer“ gründen, die den Anforderungen des § 76 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen und ihre Arbeiter, Gesellen und Lehrlinge von der Zwangsversicherung in der Leopoldshaller Ortskrankenkasse be- freien soll. Sie wollen also eine weitere Zersplitterung der Kräfte herbeiführen, angeblich, weil die durchschnittlichen Ver- sicherungen in der Ortskrankenkasse eine höhere Ziffer aufweisen als ihre Beiträge. Sie glauben sparen zu können, übersehen aber dabei, daß der Zwergbetrieb ihrer geplanten Hilfskasse notwendiger- weise die erwarteten Ersparnisse aufwiegen muß. Die Hauptsache ist ihnen aber, die Kasse nach ihrem Willen leiten zu können. Die Herren haben bereits ihre Gesellen und Lehrlinge zu veranlassen gemocht, ihren Austritt aus der Ortskrankenkasse und ihren Eintritt in die noch gar nicht be- stehende Hilfskasse der Verwaltung der Ortskrankenkasse anzu- zeigen. Wir setzen natürlich voraus, daß die Gesellen und Lehr- linge die betreffende Erklärung vollständig freiwillig und in klarer Erkenntnis der Sachlage abgegeben haben, daß die 15jährigen Lehrlinge auch bereits die nötige Urteilskraft besitzen. Aber die Herren Meister haben diese Anzeige auch unterzeichnet. Dabei sind ihnen einige derbe Schnitzer untergelaufen, die beweisen, daß sie über die gesetzlichen Bestimmungen des Krankenversicherungs- gesetzes sehr wenig klar sind und in dieser Beziehung allen Bestürchungen die Tür öffnen für den Fall, daß sie ihre Hilfskasse einmals zu- treffen haben. Eritlich ist es Unfug, wenn die Herren Meister ihren Austritt aus der Ortskrankenkasse Leopoldshaller erklären. Sie sind nämlich gar nicht Mitglieder dieser Kasse. Ihre Gesellen und Lehrlinge sind Mitglieder, aber nicht sie, und deshalb können sie auch nicht austreten. Zweitens ist es falsch, die Gesellen und Lehrlinge schamlos ihren Austritt erklären zu lassen. So ein- fach geht die Sache nicht. Allerdings ist den Vericherten (Gesellen, Lehrlingen) der Austritt aus der Ortskrankenkasse gestattet, aber doch erst mit dem Schlusse des Geschäftsjahres und wenn der Austritt spätestens drei Monate zuvor beantragt wird. Da das Geschäftsjahr der Leopoldshaller Ortskrankenkasse mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, so kann die Austrittserklärung der Gesellen und Lehrlinge vom 21. Dezember 1909 erst mit dem 1. Januar 1911 wirksam werden. Aber auch das nicht ohne weiteres. Denn zum Austritt gehört drittes, daß die Austritten- den vor dem Austritt nachweisen, daß sie Mitglieder einer Hilfs- kasse, wie sie § 76 des Krankenversicherungsgesetzes vorschreibt, geworden sind. Diese Kasse existiert aber noch nicht, mindestens sind ihre Statuten noch nicht einmal genehmigt. Es hat also vorläufig noch gute Wege, ehe die handwerksmeisterlichen Zer- splittungsbestrebungen zur Tat werden können. Weil sie aber sehr zum Schaden der Leopoldshaller Ortskrankenkasse auszufliegen können, indem sie ihr eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern entziehen, seien sie hiermit festgenommen. Auch das darf der Öffentlichkeit nicht verheimlicht werden, daß die Herren Hand- werksmeister vermutlich ihre Lehrlinge ohne weiteres in die Hilfs- kasse hineinpressen werden. Das ist ja der Zweck der Werbung. Aber jedenfalls werden sie auch ihre Gesellen dahinein zu bringen suchen, und wer von den Gesellen sich dagegen sträubt, wird nicht eingelassen — also von n hieben Terrorismus. Einem andern schönen Plane, den die Herren Rathgeber noch haben, ist die glücklicherweise das Gesetz im Wege. Die Herren Handwerksmeister sollen nämlich ohne weiteres Mitglieder der Kasse werden, aber ihre Gesellen und Lehrlinge erst, nachdem ein ärztliches Urteil ihre Gesundheit bescheinigt hat. Unter Umständen könnte es sich ereignen, daß chronisch kranke Meister auf Kosten ihrer gesunden Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge einen unverhältnismäßig hohen Nutzen aus der Kasse ziehen. Nun bleibt abzuwarten, ob die ge- plante eingeschriebene Hilfskasse wirklich einmal ins Leben tritt. So leicht ist sie wieder geschaffen noch zu verwalten, wie sich mancher wohl getraut hat.

(Personenstandsbewegung.) Die für 1909 ver- öffentlichten kirchlichen Nachrichten lassen das Folgende erkennen: In

## Stadt-Theater.

Magdeburg, 5. Januar

**Stille Sieger, Schauspiel in 4 Akten von Paul Blß.**  
Der Schriftsteller Martin Claudius, ein Fabrikant von Romanen, leidet an der Lunge. Er hat daher seine Werkstatt seit 2 Jahren in einem Luftkurort am Gardasee aufgelassen. Dort heipelt er täglich sein Pensum herunter. Er spinnt so fleißig, daß er jährlich drei Bücher auf den Markt werfen kann. Daß bei dieser Schnelwederei kein leuchtender Stoff, kein durchdachtes Muster den Handfuß verlassen kann, leuchtet ein. Claudius liebt Barquent für den Hausgebrauch und macht ein gutes Geschäft damit. Er kann seinen Haushalt auf großem Fuß am Gardasee weiterführen. Natürlich hat er an dem Handwerk keine Freude; ihn reizt lediglich die Not. Nämlich: sein Vermögen hat er eines Tages verloren; seine Frau Hilda, die im Luxus aufgewachsen ist, soll aber nichts entbehren; sie soll nicht einmal erfahren, wie es sekundär um ihren Mann bestellt ist. So gebietet es die Liebe, die Martin zu Hilda hegt. Trotz dieses Opfers fällt sich aber Hilda täglich weniger betriebligt. Sie lebt als Gesunde unter Kranken und das tut auf die Dauer nicht gut. So wenigstens erklärt Kurt Breuer, ein Jugendbekannter Hildas, der plötzlich in ihren Kreis tritt und der durch einen preisgekrönten Roman über Nacht ein berühmter Mann geworden ist. Seit 10 Jahren, seit seiner Studentenzeit, hat sie ihn nicht wieder gesehen. Nun hat er die Rechte ihres Mannes, Eva, eine junge Lehrerin, auch eine Lungenkrankheit, auf der Reise getroffen und sieht plötzlich vor ihr. Sie haben sich so vieles zu sagen und sprechen nur trivialen Zeug. Wie das immer so geht, wenn geheime Mächte am Werke sind. Die Gesunde fühlt sich zu dem Kranken hingezogen und umgekehrt. Breuer verläßt Eva, die er auf der Reise aus Mitleid angeschwärmt, sowie er Hilda gegen- übersteht. Nach 3 Wochen des heimlich empfundenen Glückes rückt die Stunde nahe, in der die Ehe zwischen Martin und Hilda völlig auseinanderbricht und ein neuer Bund sich bildet. Da erklärt Martin in seiner höchsten Not dem jüngeren Kollegen sein Geheimnis, sein Schriftstellerverden, sein Opfer für die geliebte Frau. Als Gegengabe erhält er die beglückende Versicherung, daß zwischen Hilda und Breuer noch nichts passiert ist, was ihn erröten lassen müßte. Trotz einer Kahnfahrt zu Zweien im Mondschein auf dem zauberhaften Gardasee. Noch mehr; der gefährliche Besuch beschließt abzuweisen. Er wird der erste „Stille Sieger“. Oder Eva war die erste; sie hatte schon vorher alle Hoffnung auf Breuer aufgegeben. Hilda schließlich ist die dritte. Durch ein Tagebuch, das Martin ihr nach der Aussprache mit Breuer höchstselbst feierlich überreicht, erfährt sie den Grund, weshalb ihr Mann zu der Rolle der von ihr verachteten Stillschreiber übergetreten ist. Das genügt, um sie auf die Knie zu zwingen. Dem Geliebten weint sie zwar noch Tränen nach, als er neu- geboren; aber dem Manne steigt sie trotzdem in die Arme, um das neue Leben eines Kameraden mit ihm zu beginnen. Die Liebe zu Breuer wird sie „Stille besiegen“. Und Martin vergißt. Unter den stillen Siegern wird er der laute Triumphator.

Durch das Stück geht eine scharfe Säure, die bis auf den Grund reicht. Die ersten beiden Akte sind das Werk eines Dichters, der sich im Kampfen zu bewegen versteht. Es liegt eine zarte Stimmung über diesen Szenen. Die Seelenschwimmungen Hildas werden mit feinem Stifte nachgezogen, die inneren Spannungen zwischen den fünf

oder sechs Personen sicher und klar angedeutet; das Sichberühren und Sichfinden, das Schwanen und Neben, das stille Jubeln und heimliche Entzünden zittert in poetischen Wellen von Herz zu Herz und pflanzt sich auf die Zuschauer fort. Das Verdienst daran trägt neben dem Dichter in gleichem Maße die Trägerin der Hauptrolle, Hilda Berka. Sie hat eine glänzende Leistung seiner Charakterisierungskunst und selbständiger Nachschöpfung. Minni Feuerer war als Eva rührend, aber als Lehrerin zu jugendlich und nachlässig. Gleichwohl hatte auch als Lehrerin die männlichen Rollen treten weit zurück. An der Auffassung Hans Wühlhofer's, der den Martin gab, war nichts zu tadeln. Das gleiche gilt von Hugo Andree'sen, der den leuenverbindenden jovialen Hausarzt verkörperte, und von Max Heye als Kafen. Paul Herlt (Breuer) war zu hölzern und unbedeutend; er konnte gestern abend überdes nicht zu- hören, was ja im Leben wie auf der Bühne die größte Kunst ist, die unbefangene dessen aber getan werden muß. Die Hilda gibt aber den Ausschlag, und weil Hilda Berka eine Hilda war, verstärkte und vertiefte sich der Eindruck von Szene zu Szene. Man geriet unter die Gewißheit: dort bereitet sich eine der stillen Tragödien vor, die im Leben so häufig sind und deren Ursachen die Außenwelt nicht erfährt. Wohlgerneht in den ersten zwei Akten. Zu Beginn des dritten Aktes kommt der Autor mit dem großen Messer und schneidet alle Fäden durch. Die Säure setzt ein und die Stimmung versinkt restlos. Das soll man zu der Schriftstellerwimmerei fagen! Wie wenn das ein besonders Los der Herrschaften am Gardasee wäre; wie wenn nicht alle Schaffenden zu Handwerkern und Beden herabgedrückt werden. Das Publikum hat denn auch berechtigterweise nie und nirgend ein besonders Interesse für die besondern Schmerzen der Künstler, weil diese Schmerzen ganz allgemeine und durchaus keine besondern sind. Und nun gar das alte, ältere und älteste Requirit des Tagesbuchs und die jähre Wandlung, die es in der Anschauung und Empfindung Hildas herbeiführen soll! Ich weiß nicht, wie es mit den Finanzen des Autors bestellt ist, aber das eine weiß ich ganz gewiß: der Dichter der ersten beiden Akte wird mit Beginn des dritten zum — Viefchreiber. Seine Gestalten werden nicht stille Sieger, sondern stille Unterlegene. Vom dritten Akt an besiegten sie höchsten eins: die Lebenswahrheit und die künstlerische Konsequenz.

Auch sonst ist Paul Blß nicht konsequent. In seiner General- beichte läßt er Martin Claudius große Worte gegen das Publikum sagen. Das hält ihn nicht ab, sich vor dem Publikum dankend zu ver- beugen. Oder gilt da die alte, ältere und älteste Ausrede: die An- wesen sind natürlich ausgeschliffen? —

Natur und Volk. Mit sich steigendem Ausdruck läßt er einer Serenade eine Wandlung auf Vergehören folgen, worauf er schließlich mit dem blendenden Reichtum einer freilich sehr äußerlich gestimmten Orchester- technik das Volkleben in Neapel schildert. Gspielt wurde das Stück mit lobenswerter Technik. Gottfried Grunewald's „Nitela“-Vorpiel ist eins von seinen besten Sachen. Die Behandlung des Orchesters erinnert an neuzeitliche Vorbilder, ist aber gewandt, stimmungs- und wirkungs- voll. Der polyphone Grundzug des Werkes respizitiert den Eindruck nicht. Die Schlufsteigerung, in der Grunewald alle Mimen seiner Orchestererregung springen läßt, ist von fortwährender Wirkung. Die übrigen Programmnummern waren schon bekannt. Als Gesangsstücken erweiterte das Magdeburger Quartett, die Herren Rulich, Kellner, Wiese und Zeger, die Quartettfolge, nicht immer zum Glück. Ich habe auch den Eindruck, als ob das Quartett sich mit Sachen befaßt, denen es musikalisch noch nicht gewachsen ist. Es sind meist sehr schwierige Quartette, die es singt und die bei unterm Konzert- publikum kaum das nötige Verständnis finden. J. B. ist das Lands- knechtsstundchen aus dem 16. Jahrhundert in seiner alten Harmonik ein ebenso schweres Werk, wie es für moderne Ohren ohne beizumende musikalische Bildung unmöglich bleibt. Die diesem folgenden Lieber- Weingert's „Es ist ein Bräunlein geflossen“ (nach altdenklicher Art) und Klughardt's „Kamerad komm“ finden vielleicht eher Gegenliebe, aber die Wirkung steht in keinem Verhältnis zur nötigen Technik und zum Gehalt des Liedes. Einfach und volkstümlich ist besser, wie auch der zweite Teil des Programms der Sanger bewies.

**Slavierabend Eduard Hsler.** Es war nicht allzuviel, was der hier nicht unbekannt Virtuoso in das Programm aufgenommen hatte. Von Schumann, die Vigt gewidmete Fantasia und sein 12. Werk, keine Fantasiestücke, von Chopin vier Balladen. Aber an Inhalt, an feinstem künstlerischem Gehalt war das Gebotene reich, und es genüge bei- weitem, einen Vofshunger nach edler Musik und nach wirklichen Künstlerum zu stillen. Eduard Hsler faßt Schumann von der männ- lichen Seite, blieb aber durchaus empfänglich für das weib- liche. Er gab einen Charakter-Schumann, der, zum Teil individuell auf- gefaßt, einen nervigen raffinen Ausdruck bekam. Nichts von Sentimentalität und Schwäche. Auch sein Chopin, dessen Balladen oft prahlend phantastischen Inhalts mehr Virtuosenum als Energie ver- langen, wuchsen zu Kampferlebnissen. Von Schumann interessiert sich besonders dessen Fantasiestücke: Wagan, Grillen, Traumestirren, die mit seltener Meisterhaftigkeit behandelt wurden. Hier produzierte sich neben dem Virtuosen der fühlende Musiker, welcher die Muse eines Meisters in ebenso meisterlicher Art enthielt.

## Konzerte.

Magdeburg, 5. Januar 1910.

**Fürstentof-Konzert des städtischen Orchesters.** Vom heutigen Programm interessierte ein Orchestermeister vorzugsweise Gottfried Grunewald's Vorpiel zu seiner Oper „Nitela“ und Guffav Charpentier's „Impressions d'Italie“, Einzindrücke von Italien. Joseph Krug-Walbe hat hierzu einen erklärenden Text geschrieben, der in allgemein-verständlicher Weise den musikalischen Inhalt begründlich macht. Sehr richtig bemerkt er, daß Charpentier Italien als Frankreich schildert. Er entwirft mit französischer Lebhaftigkeit und Eigenart ein Bild von

## Die Freundin.

In einer großen Stadt wohnte ein bildender Künstler. Er gehörte nicht zu denen, die sich ein Fürsteneinkommen erschaffen, aber er konnte sich amständig erhalten samt seiner Frau — Kinder hatten sie nicht — und auch in einwandfreier Weise mit der großen Gesellschaft verkehren. Das gehörte übrigens ja zum Geschäft. Die Frau war eine hübsche, artigfertige Blondine, naiv und doch pikant, ihr Auf böhlig unangenehm. Nur zuweilen wunderte sich die Welt ein wenig über ihren etwas raffinierten



der Johannismengeinde sind 160 Kinder geboren. Nächstlich getraut sind 4 Paare. Gestorben sind 88 Personen, von denen 11 über 60 Jahre, 15 über 70, 6 über 80, 1 über 90 Jahre alt waren. In der Pörrigemeinde sind 308 Kinder geboren (15 weniger als im Vorjahr). Standesamtliche Eheschließungen sind 84 erfolgt (11 weniger als im Vorjahr). Gestorben sind 167 Personen (58 weniger als im Vorjahr). Die beiden ältesten Verstorbene waren je 84 Jahre alt.

**Stendal, 6. Januar. (Ein tödlicher Unglücksfall.)** dessen Opfer ein Kind war, fand vor der Strafkammer hier seine „Sühne“. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der Landwirt Wilhelm Thiede aus Wühne zu verantworten. Er hatte am 13. November 1909 seinem Söhne Ernst Proß den Auftrag gegeben, die Spreu in Körben von der Dreschmaschine in den Schütterraum zu tragen und hier über eine 40 Zentimeter vom Erdboden hohe Welle in den Spreuraum zu schütten. Thiede, der bei der Dreschmaschine stand, gewahrte, daß die Maschine plötzlich sehr langsam ging. Als er nach der Ursache suchte, fand er den Proß in einem schrecklichen Zustande: die Kleider waren dem Jungen buchstäblich vom Leibe gerissen, außerdem waren der Kehlkopf, jahrreiche Rippen, der rechte Oberarm und beide Oberarmgelenke gebrochen. Die Kleidung des Proß war, wie die Untersuchung ergab, mit der Triebwelle der Dreschmaschine in Berührung gekommen, infolgedessen Proß in diese hineingeriet, wobei ihm die erheblichen Verletzungen beigebracht wurden. Dadurch nun, daß die Antreibwelle der Dreschmaschine nicht genügend mit Schutzvorrichtungen versehen und auch der Arbeitsraum nicht genügend erleuchtet war, soll sich der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Straftat schuldig gemacht haben. Er gibt zu seiner Entschuldigung an, daß er für Anbringung der nötigen Vorkehrungsmaßregeln Vorlage getroffen habe, indem er schon einige Wochen vor dem Unglücksfall den Zimmerpolier Hauptmann in Kalbe a. M. mit der Herstellung der Schutzvorrichtungen beauftragt habe im übrigen auch den Verunglückten angewiesen habe, seine Kleidung so zu gestalten, daß nicht etwa seine Schürze in die Triebwelle geraten könnte. Das Gericht hielt diese Behauptungen aber nicht für hinreichend, um daraus seine Straflosigkeit herzuleiten, es verurteilte ihn vielmehr zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat. Bei solchen Strafen lohnt sich die Exspiration von Schutzvorrichtungen und Beleuchtung reichlich.

### Kleine Chronik.

#### Der Brandstifter von Garzburg.

Der Besitzer des Hotels National in Bad Garzburg H. Buchheiser ist unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung verhaftet worden. Die „Garzburger Ztg.“ berichtet über den Fall folgende Einzelheiten: Am Montag abend gegen 11 Uhr war ein Zimmer der ersten Etage des Hotels National in Brand geraten, dessen Besitzer H. Buchheiser mit Familie seit Weihnachten bereit war, so daß das große Haus unbewohnt war. Beim Abgehen des Kellers nach dem Hauptgeschloß hat sich ein ganz überraschender Anblick. In einem Schrank stand in einem mit Benzin gefüllten Eimerchen ein brennendes Licht. Schnell wurde weitergejagt und über den ganzen Keller, das Parterre, und die erste Etage verteilt, ja in jedem Zimmer im Kleiderständer usw. ein derartiges brennendes Licht gefunden. Die Eimer, etwa in der Größe der Kinder-Eimerchen, enthielten Benzin oder Spiritus. In einzelnen Schränken war auch direkt Alkohol ausgegossen. Im Speiseaufzug fanden sich außer brennenden Kerzen, Schwefellichtern, Pater'sen, Zündhölzern usw. In der Mitte des großen Saales lag ein riesiges Paket Zündhölzer, kurz: das ganze Haus war mit Brandherden förmlich überfüllt. Es gelang, das Feuer bald zu löschen. Das Zimmer, in dem das Feuer ausbrach, brannte vollständig aus; die nebenanliegenden Zimmer sind außer durch das Wasser nicht in Mitleidenhaftigkeit gezogen. Die mit Steinplatten gefüllten Eimerchen waren sämtlich mit Kapseln versehen, aus denen die Kerzen hervorstachen. Die Flüssigkeit konnte also erst in Brand geraten, wenn die Kapsel bis zu den Details heruntergebrannt waren. Durch irgend einen Zufall hatte eine der Kapseln sich in ihrer Wirkung gelöst. Als Buchheiser nun von seiner Reise zurückkehrte, wurde er auf dem Bahnhof von Polizeibeamten in Empfang genommen und verhaftet. Der Besitzer, der das gutgehende angehende Hotel erst vor einigen Jahren gekauft hat, mußte mit den Vorberatern langwierige Prozesse führen, die einen großen Teil seines Vermögens verschlangen. Man vermutet nun, daß er den Verlust gemacht hat, seine Wohnung in Brand zu setzen, um die Versicherungssumme erheben zu können.

Lettenburg. Doch das mochte Kumpereitelkeit des Mannes sein oder auch, man wußte, daß sie eine sehr reiche Freundin habe, vielleicht machte die sich ein Vergnügen daraus, die Kleine Frau zu behängen.

Gabriele, so will ich die Freundin nennen, die Kleine aber Sophie — Gabriele also war die Gattin des Chefs eines mittelbekannten Bankhauses. Sie und Sophie waren sich zusammen in der Schule gewesen, dann hatten sie fast gleichzeitig geheiratet. Zeitlich hatte Sophie sich etwa mit einem kleinen Kaufmann oder Beamten verlobt, so wäre die Freundschaft wohl in die Länge gegangen. Aber so — ein Mäntelchen steht mit jedem auf gleichem Fuß — da fällt die Geldfrage weg.

Wie das oft so ist — Gabriele war das gerade Widerspiel der kleinen Frau: groß, schlau, und dunkelhaarig, mit einem starken, fast klassischen Gesicht. Im allgemeinen schlau und verschlossen, war sie gegen die Jugendfreunde von geradezu rührender Bescheidenheit. Wenn sie nicht mit ihrem Gatten zusammen, ein oder zwei — man wußte, was ihrer Zurückhaltung, daß sie ihn leidenschaftlich liebe — sah man sie beständig immer in Gesellschaft der Blondine. Selbstverständlich wurden die Beziehungen auch manchmal zu einem der großen Diners zugezogen, fast aber ließ man den Kontakt selbst niemals mit Sophie oder ihrem Gatten — er schien den Geschmack seiner Frau empfinden nicht zu teilen.

So ging es eine Zeit. Die Welt aber veränderte immer ein wenig — die Welt, die in diesem Falle aus müßigen Weibern und pudeligen Mädchen bestand, daß Sophie einen immer größeren Aufwind nahm. Selbige Gabriele, die von je in so kleinen Kreisen gelebt hatte, daß ihr der reiche Mensch ein Weltfremder war, sah es auf, wenn sie an der Freundin seltsame Reden oder unheimliche Schritte bemerkte. Doch sie dachte in ihrer Bescheidenheit, daß der Mäntelchen seine Frau mit übertriebenem Wohlstand liebt, und daß er sich hoffentlich nicht in Ausgeben vergibt, die er nicht erschwingen könnte.

Da geschah's, daß Sophie immer mehr an Gabriele, die über ihre Zeit frei verfügen konnte, weil ihr Gatte reich war, sorgte für die Freundin wie für ein geliebtes Kind. Sie war für Sophie wie ein Vater, der bei der Höhe und der Reife und dem Reichtum sie. Es wurde besser und besser mit Sophie, so daß, als der Reiche zurückkehrte, Gabriele bemerkte, ein ganz neue Freundschaft zwischen beiden, ohne die Freundin aufzugeben.

Da eines Nachmittags mild ihr Sophie gemeldet. Sie kommt herzu, nach Maß und angegriffen. Gabriele empfangt sie lieblich, macht ihr Komplimente, daß sie sich in den letzten Monaten unheimlich verbessert habe, und will die Doppelzimmer der Sophie'schen Wohnung zu einem kleinen Aufenthalt annehmen. Sophie aber lehnt ab und erklärt, daß sie in ihren Tagen und nicht die Freundin aufgeben möchte, sondern lieber mit einem Ausbruch an den ich Gabriele nur durch die überhörende Kenntnis denken kann.

So kamen die beiden gegenüber. Das Gespräch geht sich nun so hin, daß aus dem Munde der Sophie ein Wort herauskommt.

„Gabriele, sagst du mir ein wenig besorgte zu werden. Du sagst mir, daß du Sophie zu ihren Füßen auf die Knie gehst und weinst. Ich verstehe es nicht länger — gegen dich, da Sophie — wie mit mir, was du willst — aber ich muß es sagen — jetzt ganz leise — ich verstehe es nicht mit deinem Namen.“

„Dann sagst du mir, daß du Sophie nicht mehr auf die Knie gehst, sondern sie nur noch mit dem Fuß berührst, und sie sagt: So! Das — mein Name ist — reich genug, um dich mit — Strafen zu bestrafen.“ ...

### Eine Liebestragödie.

Im Hause Diniensstraße 54 in Berlin gab am Mittwoch nachmittag kurz nach 5 Uhr der 24-jährige Kaufmann Hans Polke auf seine Geliebte, die 20-jährige Verkäuferin Frieda Luchow aus der Köpenickerstraße 2 einen Revolverbeschuß ab und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Während das junge Mädchen sofort getötet wurde, hat Polke auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

### Die Gattin ermordet.

In der Kolonie Jägerkräuter bei Dubweiler fand man die in geeigneten Umständen befindliche Frau Minna Loh in ihrem Bette mit eingeschlagenem Schädel tot auf. Der Kopf war, jedenfalls mit einem Hammer, vollständig zerschmettert. Im Zimmer befand sich das 14 Monate alte Kind der Ermordeten, dem der Mörder nichts zuleide getan hat. Zimmer und Haustür waren verschlossen und mußten mit Gewalt geöffnet werden. Der Tat bringend verdächtig ist der 20-jährige Ehemann der Ermordeten, der flüchtig ist.

### Dem Streichholzverküerer.

Ein eigenartiger Neujahrsgruß wurde dem Landtags- und Reichstagsabgeordneten, Dombolden Dr. Schädlcr, in Bamberg dargebracht. Vom dortigen Domplatz aus bis zu der etwa 15 Meter davon entfernten Wohnung des Parlamentariers hatte man jedenfalls dem „Verbleib“ der ultramontanen Partei um das Zustandekommen der so „beliebten“ Zündholzsteuer ersprechend, abgebrannte Zündhölzer gestreut. In Verächtlichung aller Umstände war hierbei die bayerische „Landesfarbe“, rote Zündhölzer mit schwarzen Köpfchen gewählt worden. Als die „Ehrung“ entdeckt wurde, setzte man die Zündhölzer scheinunglos weg.

### Die Tochter 13 Jahre gefangen gehalten.

Durch einen Zufall entdeckte man in Jöbau in Oberfranken einen furchtbaren Fall von Freiheitsberaubung. Dort hat der fähigste Richter Müller seine jetzt 36 Jahre alte Tochter 13 Jahre lang in einer Kammer gefangen gehalten und sie völlig verwahrloset lassen. Die Unglückliche wurde in das Krankenhaus Schwarzengrund übergeführt.

### Stürme.

Wie aus Halifax berichtet wird, sind während eines heftigen Schneesturms 17 Schiffe mit 26 Mann an Bord auf hohe See getrieben worden. Von den 17 Booten sind nur acht aufgegriffen worden; mehrere Dampfer sind mit Nachforschungen nach den übrigen beauftragt worden. Die Temperatur ist auf 23 Grad unter Null gesunken. — Infolge ortsnaher Eisweyes mußte der Schiffs- und Straßenbahnverkehr in Riga eingestellt werden. Die Düna ist 1 1/2 Meter übergetrieben. Die Eisenbahnen reifen mit Verspätung ein; von zahllosen Häusern wurden die Dächer abgerissen. Zwei Personen wurden getötet und eine Anzahl schwer oder weniger schwer verletzt. — Ein furchtbarer Sturm wüthet in den Bezirken von Cadix und Almeria in Spanien. Mehrere Schiffswrakke sind zu verzeichnen, auch sind zahlreiche Personen zu Schaden gekommen. Furchtbare Regengüsse richten weiteren Schaden an.

### Bermischte Nachrichten.

\* **Am Neujahrsmorgen.** In der „Musik“ (Wien) erzählt Franky folgende Geschichte von einer Familie und unverschämte, häufig viel Kanaktrümmern: Der Papa ist beim Schreibisch und nicht der Kofelnau, der sich vor ihm turnt. Jeden Augenblick fährt er auf, wirft eine Karte auf den Nachbartisch und ruft: „Du Fritz, denen müßen wir auch noch schreiben!“ Fritz und Mizzi, seine Kinder, schreiben, daß ihnen der Schweiß über die Stirn rinnt. Herr Professor Doktor ist eine Krone. Die Mama ruft zur Türe herein: „Ich gehe jetzt fort. Sollte der Kanaktrümmern kommen, so geht ihm 60 Heller.“ Der Papa, Fritz und Mizzi wider und fahren in ihrer Beschäftigung fort. Eine Viertelstunde später. Es lautet: Der Papa: „Was ist das für ein Kanaktrümmern?“ Der Mäntelchen: „Ich bitten ich bin der Kanaktrümmern und wünsche ich glücklich neues Jahr.“ Der Papa: „Schon gut!“ Er gibt ihm 60 Heller. Beide ab. Eine Viertelstunde später. Es lautet: Der Papa: „Du, Fritz, ichau nach, wer draußen ist!“ Der Fritz: „Recht soll die Mizzi sein; ich war schon einmal.“ Der Papa: „Mizzi die Mizzi.“ Die Mizzi geht hinaus und öffnet: „Sie wünschen?“ Der Mäntelchen: „Ich bin, I war da Kanaktrümmern. Ich wünsche ein glückliches neues Jahr.“ Die Mizzi: „Ich dankt!“ Sie gibt ihm 60 Heller. Beide ab. Eine Viertelstunde später. Die Mama tritt auf. Die Mama: „Re, ihr habt es ja recht ruhig gehabt. Den Kanaktrümmern habe ich auf der Stiege getroffen und habe ihm gleich die 60 Heller gegeben.“ Der Papa, der Fritz, die Mizzi (einstimmig): „Was du! Ich habe doch auch dem Kanaktrümmern 60 Heller gegeben.“ Alle gehen hinaus. Es lautet: Alle vier hängen hinaus. Der Mäntelchen: „Ich bin's Kanaktrümmern und wünsche ich ganz glückliches neues Jahr!“ Alle vier fallen über ihn her, prügeln ihn durch und werfen ihn über die Stiege hinunter. Er rief sich zusammen und geht flüchtig ab. Er war der glücklichste Kanaktrümmern.

\* **Die Wanderschaft im Kottenforst.** Ein überaus interessantes Beispiel der Wanderung an die gegebenen Verhältnisse ist die Wanderung über das „Wandergeschäft“ im Kottenforst bei Bad Godesberg; das merkwürdige Naturgebilde hat vielleicht seinesgleichen nicht in Deutschland und darüber hinaus. Drei Viertel Stunde von Godesberg entfernt liegt das königliche Jagdschloß Godesberg. In dessen Nähe findet der Naturfreund in der Waldheimstätte beständig vor sich eine dem Leben ansehnliche Rotanne oder Kanne, die vor 25 Jahren durch einen gewaltigen Sturm mit einem Laubstich ihrer Waldgehäuser umgelegt wurde. Offenbar überlebte man sie bei der Käumung, und da die Bergesenen um einen Teil ihrer Wurzel im Erdboden geblieben war, so hatte sie immer noch die Grundbedingung zum Weiterleben. Was geschah nun? Die unter dem Stamm und seitlich angewachsenen Zweige hatten sich emporgehoben und das Lam der roten Lichterwirkung ausgetragenen Ausbildung auf dem Rücken des Stammes gemacht. Diese Zweige haben ihre Ausübungsrichtungen ausgiebig erhalten und sich aus ihrer ursprünglichen flachenartigen Form herausgehoben zu selbständigen in Form und Größe vollkommenen Bäumen. So trägt der Mutterbaum auf seinem Rücken elf tadellos entwickelte Tochterbäume, die alle nur seiner einzigen Wurzelhaube des Lebens bedürfen, sondern aus dem Mutterbaum erwachsen sind und von ihm ihre vollständige Nahrungszufuhr empfangen. Die nachwachsende Rotanne, daß diese elf Emporkömmlinge denn noch etwas kümmerliche Entwicklung haben müßten, ist immer, alle elf Geschwister erweisen sich denbar größter Gesundheit und kraftvollerer Reifezeit. Der Mutterbaum von etwa 55 jähriger Statur und einer Gesamthöhe von 11 Metern liegt 4 Meter lang dem Erdboden auf, heißt sich — von seiner Wurzel — dann langsam langsam nach oben und nach den Höhegehungen Schwanz als Schiffs-ähnlich 5 Meter empor, abgesehen mit einer hohen Kronenbildung. Von der Wurzel ausgehend trägt der Mutterbaum in 1/2 Meter Abstand gabelnd den ersten 3 Meter hohen „Schiffbaum“, dem folgt ein zweiter von 5 Metern und dann der dritte mit 25 jähriger Grundumfang und 9 1/2 Meter Höhe. Er bildet den Hauptstamm und spielt sich trotz auf als der „Ergebäume“. Die übrigen weiter nach oben gerückten Schwänze werden allmählich kleiner. 6. 6 1/2, 4 Meter: um bis zum Benjamin, dem „Stammhauer“, der der Mutter auf dem Rücken liegt und ein Gesamtmaß von 1 Meter Höhe ist. Das Ganze bildet ein wunderbares Naturgebilde, das jeden Besucher in Erstaunen setzt. Dem hohen Zusammenbau hat der Volksmund den Namen „Wandergeschäft“ gegeben.

### Vereins-Kalender.

**Gewerbevereins-Beiräte.** Dienstag den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Sitzung bei G. Böhme, Kleine Klosterstraße 15/16. — **Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Magdeburg.** Versammlungen tagen am Sonnabend den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Hermerleben; Salze-Werksstätten bei Herrn Gastwirt August Daniels; Bezirk Dübener bei Herrn Frohne. — Am Sonntag den 9. d. M., nachmittags 3 Uhr. Bezirk Hermerleben-Wolmirstedt im Gewerkschaftshaus in Barleben; die Sektion der Rorkmacher tagt vormittags 11 Uhr im „Sachsenhof“, Große Storkstraße 7. Die Verwaltung. **Verband der Kupferschmiede.** Sonnabend den 8. Januar Mitgliederversammlung bei G. Böhme, Kleine Klosterstraße 15/16. 950 **Zentralverband der Schmiede.** Die regelmäßige Mitglieder-versammlung findet nicht am 8., sondern am 15. d. M. bei Böhme statt. **Neue Neufährer Arbeiter-Gesangverein (M. d. V. A. S. B.).** Sonntag den 9. Januar, nachmittags 4 Uhr, Generalversammlung im „Weißen Hirsch“ (kleiner Saal). 955 **Eubenburger Arbeiter-Gesangverein (M. d. V. A. S. B.).** Uebungsstunde: Freitag Männerchor, Dienstag Damenchor. 953 **Turnerschaft Magdeburg (M. S.).** Abt. Vulkan. Frekag den 7. d. M., um 9 Uhr (vorher Turnen). Versammlung in der „Phantasia“. **Barleben. Sozialdemokratischer Verein.** Sonnabend den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. 952 **Hermerleben. Arbeiter-Turnverein Vorwärts.** Sonnabend den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Emil Stiller. 933 **Groß-Ottersleben. Maurer.** Sonntag den 9. Januar, nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei der Witwe Stumpf. 951 **Obernstedt. Arb.-Gesangverein Freundschafts-Freud (M. d. V. A. S. B.).** Sonnabend den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Albert Magdvor. 954 **Mörsleben. Freie Turnerschaft.** Sonnabend den 8. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Fürstenthor“. 948 **Burg. Kaninchenzüchterverein.** Generalversammlung am Sonntag nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Reichte (Restaurant zum Hagen), Unterm Hagen. 949 **Groß-Salze. Arb.-Radfahrerverein Frischluft, Abt. Gr.-Salze.** Sonnabend, 8. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung in „Stadt Hamburg“. **Neuhaldensleben. Arbeiter-Radfahrerverein.** Am Sonnabend den 8. Januar Versammlung bei Herzog. 947 **Wernigerode. Sozialdemokratischer Wahlverein.** Montag den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Volksgarten“. 944

### Wasserstände.

		+ bedeutet über — unter Null.			
		Ffer, Eger und	Modau.		Wasser
Jungbunzlau	3. Jan.	+ 0.18	4. Jan.	- 0.15	0.93
Yam	..	+ 1.05	..	+ 0.92	0.13
Budweis	..	+ 0.32	..	+ 0.25	0.07
Prag	..	+ 1.12	..	+ 1.00	0.12
		Inkret und Saale.			
Straußfurt	4. Jan.	+ 1.70	5. Jan.	+ 1.65	0.05
Weißfels Untp.	..	+ 1.72	..	+ 1.58	0.14
Zröbha	..	+ 3.22	..	+ 3.12	0.10
Alsbaben	..	+ 2.96	..	+ 2.82	0.14
Wernburg	..	+ 2.55	..	+ 2.38	0.17
Kalbe Oberpegel	..	+ 2.14	..	+ 2.10	0.04
Kalbe Unterpegel	..	+ 2.65	..	+ 2.50	0.15
		Mulde.			
Deffau, Muldenbr.	4. Jan.	+ 1.43	5. Jan.	+ 1.37	0.06
		Elbe.			
Barzdubig	3. Jan.	+ 0.41	4. Jan.	+ 0.22	0.19
Brandis	..	+ 1.68	..	+ 1.41	0.27
Weinitz	..	+ 1.60	..	+ 1.42	0.18
Leimertig	..	+ 1.50	..	+ 1.30	0.20
Kauzig	4. Jan.	+ 1.89	5. Jan.	+ 1.67	0.22
Tresden	..	+ 0.52	..	+ 0.43	0.09
Zorgau	..	+ 2.88	..	+ 2.85	0.03
Wittenberg	..	+ 3.88	..	+ 3.63	0.25
Wittlau	..	+ 3.63	..	+ 3.43	0.20
Barby	..	+ 3.86	..	+ 3.72	0.14
Schönebeck	..	+ 3.59	..	+ 3.30	0.29
Magdeburg	5. Jan.	+ 3.20	6. Jan.	+ 3.00	0.20
Langermünde	4. Jan.	+ 4.00	5. Jan.	+ 4.08	0.08
Blumenberge	..	+ 3.42	..	+ 3.53	0.11
Broda-Dömitz	..	+ 2.58	..	+ 2.73	0.15
Lauenburg	..	+ 2.52	..	+ 2.66	0.14

### Standesamtliche Nachrichten.

**Magdeburg-Alstadt, 5. Januar.**  
Aufgebote: Hausdiener Willi Beder in Stendal mit Hulda Witig hier. Bergarbeiter Otto Heinrich Wilhelm Wille mit Amalie Suttia in Höstenleben. Schneider Friedrich Heinrich Dier in Kalbörde mit Karoline Luise Paasche in Uthmsdorf.  
Geburten: Helene, T. des Kaufmanns Otto Schulz, Dora, T. des Arbeiters Johann Viehmann. Elisabeth, T. des Arbeiters Otto Bernhardt. Gertraud, T. des Maurers Adolf Schulze. Paul, S. des Arbeiters Hermann Wagner. Rudolf, S. des Arbeiters Wilh. Hirschfeld. Wilhelm, S. des Büfettiers Alwin Bendenorf. Emin, S. des Arbeiters Franz Jürgen. Ilse, T. des Kaufmanns Max Regler. Günter, S. des Maschinenpuffers Richard Mielsch. Hilba, T. des Arbeiters Konrad Schmidt. Elisabeth, T. des Sterotypensetzer Albert Marx. Agnes, T. des Arbeiters Johann Polaczky. Elise, T. des gepr. Lokomotivführers Wilhelm Boege. Otto, S. des Arbeiters Otto Wätzsch. Fritz, S. des Buchbinders Philipp Kambach. Ameliese, T. des Ober-Postassistenten Gustav Stand. Karl, S. des Handschuhmachers Karl Breuß.  
Todesfälle: Katharine geb. Berg, Ehefrau des Handelsmanns Franz Ranagieser, 52 J. 10 M. 23 T. Dito, S. des Schuhmachers Otto Belzig, 4 J. 2 M. 19 T. Gertraud, T. des Tischlers Gustav Moosdorf, 4 J. 5 M. 18 T. Paul, S. des Arbeiters Karl Friedrich, 1 J. 9 M. 8 T. Hedwig, T. des Reisenden Viktor Wenzig, 24 J.  
**Eubenburg, 5. Januar.**  
Aufgebote: Kernmacher Heinrich August Willi Tünme mit Luise Johanne Auguste Knoche.  
Eheschließung: Sergeant und Hülfsbojst im Fuß-Regt. Nr. 4 Gustav Heenebold mit Hedwig Albrecht.  
Geburten: Rudolf, S. des Schlossers Karl Habert. Erich, S. des Fabrikarbeiters Wilhelm Heise. Albert, S. des Arbeiters Wilhelm Goldschmidt.  
Todesfälle: Arbeiter Paul Töpfer aus Mörsleben, 15 J. 11 M. 21 T. Marie geb. Dredentledt, Ehefrau des Klempners Fritz Berger aus Dahlewasleben, 23 J. 2 M. 16 T. Erich, S. des Postassistenten Christian Rüchmann in Oberburg, 12 J. 1 M. 15 T.  
**Buckau, 5. Januar.**  
Aufgebote: Schlosser Otto Wolf in Köstgen mit Elise Jodert hier. Geburten: Bernhard, S. des Kaufmanns Bernh. Niemann. Meta, T. des Arbeiters Hermann Raede. Hans, S. des Werkmeisters August Jauchner. Walter, S. des Arbeiters Stanislaus Fontzjalet. Margarete, T. des Tischlers Rudolf Braunsdorf.  
**Stahfurt.**  
Aufgebote: Häusler Valentin Nielaen in Wypoda-Flugowoska mit Luwita Kiczon in Stahfurt.  
Geburten: S. des Büfettiers Franz Klümcke. S. unehel. S. des Fabrikarbeiters Otto Oeffert. S. des Formers Robert Reiß.  
Todesfall: Schmiech Paul Kern, 31 J.  
**Mörsleben.**  
Geburten: T. des Arbeiters Karl Baar. T. des Arbeiters Hermann Schinsky. T. des Fabrikarbeiters Max Hohmann.  
Todesfall: Maurer Gottfried Borchert, 76 J. 11 M. 27 T.



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 5.

Magdeburg, Freitag den 7. Januar 1910.

21. Jahrgang.

## Preussischer Parteitag.

Nachdruck verboten.

C. B. Berlin, 5. Januar 1910.

Auf der Tagesordnung steht Punkt 5:

### Die Verwaltung Preußens.

Die Resolution des Referenten Karl Liebknecht schlägt Leitätze zur preussischen Verwaltungsreform vor, die im wesentlichen folgendes befragen:

„Die preussische Sozialdemokratie erhebt unbeschadet ihrer prinzipiellen Forderungen nach reichsgesetzlicher Regelung für die Reso. in der preussischen Verwaltung folgende Forderung:

A. Trennung der Kirche vom Staate;

B. Organisation des Staates in folgender Weise: Die Kreise und Provinzen werden als Selbstverwaltungskörper nach Art der Gemeinden ausgebaut. Jede Provinz und jeder Kreis erhalten eine Deputation für Sozialpolitik und ein Gesundheitsamt, die je zur Hälfte von Unternehmern und Arbeitern gewählt werden, sowie eine Deputation für Bildungswesen, die aus Vertretern der Pädagogik, Wissenschaft und Kunst, aus Delegierten der Unternehmerorganisationen und einer doppelten Zahl Vertreter von Arbeiterorganisationen besteht. Ferner sind Arbeiterkammern zu errichten, die ihre Spitze in einem Staatsarbeitsamt finden. Gemeinde, Kreis und Provinzen können sich zu Zweckmäßigkeitsverbänden zusammenschließen. In der Spitze der Staatsverwaltung stehen Ministerien, unter denen sich ein Ministerium für Volkswirtschaft und ein solches für Sozialpolitik befindet. Die Polizei wird von der innern Verwaltung getrennt und besonders organisiert. Für die wirtschaftlichen Betriebe des Staates wird eine Hauptregierungsverwaltung eingesetzt. Die Beanstandung der Maßnahmen der innern Verwaltungskörper durch höhere Verwaltungskörper unterliegt dem öffentlichen Gerichtsverfahren. Die Wahlen zu den verschiedenen Körperschaften finden auf Grund des von der Sozialdemokratie geforderten demokratischen Wahlrechts statt. Die Wahltage gelten als gesetzliche Feiertage, für die volles Gehalt und voller Lohn ausbezahlt ist. Die Mitglieder der Selbstverwaltungskörper genießen beträchtlich zu erweiternde parlamentarische Immunität. Die leitenden Beamten der Selbstverwaltung sind von der Gesamtheit der betreffenden Wähler, die übrigen Beamten der Selbstverwaltung von der Vertretungskörperschaften unter Gewährung des Vorschlags- und des Einspruchsrechts an die Wählererschaft zu ernennen. Alle Beamten genießen uneingeschränkt alle Staatsbürgerrechte. Jede Rücksicht auf politische oder religiöse usw. Gesinnung und Bestätigung, auf soziale Stellung, Klasse oder Nationalität ist auszuschließen. Beamten und Arbeitern des Staates ist volles Koalitions- und Petitionsrecht zu gewähren. Die Beamten sind nur auf die Befehls- und Aufsichtsführung zu beschränken; geheime Personalakten werden beseitigt. Die Beamten sind für ihre Amtsführung politisch, zivilrechtlich und strafrechtlich verantwortlich. Neben den Beamten haften für jeden von einem Verwaltungsbeamten angeordneten Schaden solidarisch der Verwaltungskörper, dessen Angehöriger der Beamte ist. Entlassenen und disziplinierten Beamten steht der ordentliche Rechtsweg offen. Jeder Beamte hat ungefehligen Befehlen eines Vorgesetzten sich zu widersetzen und wird durch einen ungefehligen Befehl nicht entschuldigt. Die Militärverwaltung ist der Zivilverwaltung zu unterstellen. Eine reine Volkswehr ist anzustreben. Das Nähere besagt ein besonderes Militärprogramm. Eine großzügige Landeskulturpolitik hat für die Erschließung des gesamten Staatsgebietes zu sorgen. Auf die Erhaltung oder Neuschaffung von Wäldern besonders in der Nähe größerer Menschengiedlungen ist besonderer Wert zu legen. Zu Meliorationen sind besonders die leistungsfähigen unmittelbaren Interessenten zuzuziehen. Der genossenschaftliche Zusammenschluß der kleinen Landwirte ist nötigenfalls unter staatlicher Subvention zu fördern. Der Regiebetrieb der Selbstverwaltungskörper ist möglichst auszudehnen. Die Gehalte und Löhne sind periodisch nach der Kaufkraft des Geldes zu regeln. Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind zu veranstalten. Eine großzügige Arbeitslosenversicherung ist zu betreiben. Die den Armen gewährte Fürsorge muß zur Erhaltung eines angemessenen Lebens ausreichen. Ueber das Recht auf Armenunterstützung entscheidet der ordentliche

Rechtsweg. Ebenso soll die Fürsorgeerziehung nur auf Grund einer mündlichen Verhandlung vor dem ordentlichen Gericht verhängt werden. Die Fürsorgeerziehung findet nur in öffentlichen Anstalten statt, ausschließlich pädagogische Gesichtspunkte haben maßgebend zu sein. Das Zuchtungsrecht ist auszuschließen. Für die von den höheren Verwaltungskörpern errichteten Schulen gelten die im Kommunalprogramm für das Gemeindeforschulwesen aufgestellten Grundsätze. Der Religionsunterricht ist aus dem Lehrplan auszuschalten. Bei der Anstellung und Entlassung von Lehrern gelten dieselben Grundsätze wie bei den übrigen Beamten. Alle auf Bestimmung, Stellung, Abstammung usw. beruhenden Ausschließungsgründe fallen fort. Das Genehmigungsrecht staatlicher Anstalten in bezug auf die Lehrerbildung ist sofort aufzuheben. Die Bildungsdeputationen sind gehalten, Volks- und Wanderbibliotheken, Wanderanstalten, Lehrkurse, Wandertheater usw. zu veranstalten und ins Leben zu rufen. Sie haben insbesondere die geistige Heranbildung der ärmeren Volksklassen und der Landbevölkerung ins Auge zu fassen. Die Benutzung aller dieser Veranstaltungen ist unentgeltlich. Die Prüfung der wissenschaftlichen Befähigung der Universitätsdozenten unterliegt ausschließlich dem Dozentenkörper, zu dem alle Dozenten gehören. Alle Ausschließungsgründe fallen weg. Jeder Eingriff in die Lehrfreiheit ist strafbar. Die Studenten unterliegen dem gemeinen Recht. Alle sind unter den gleichen Bedingungen zuzulassen. Die Disziplinierung hat sich auf die zur Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung dringend erforderlichen Maßnahmen zu beschränken und unterliegt dem öffentlichen Verfahren, ev. der Berufung der ordentlichen Gerichte. Die Höchststrafe ist die Degradation auf 1 Jahr. Der Nichterhalt ist im Sinne des Erforder Programms zu demokratisieren. Alle sozialen Klassen sind untergeordnet zu Schöpfen und Geschworenen heranzuziehen, alle Sondergerichtsbarkeit ist zu beseitigen. Die Prüfung der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Verordnungen ist uneingeschränkt den Gerichten zu übertragen. Die Beamten der Justizverwaltung, einschließlich der Staatsanwälte, sind von allen Anweisungen irgendwelcher Vorgesetzten unabhängig. Die Strafpolizei ist gesondert zu regeln und dem Justizministerium unterzuordnen. Die Gefangenanstalten sind nach den Grundsätzen moderner Hygiene einzurichten. Verhandlungen aller Art sind auszuschließen.

Für die Benutzung aller Verkehrsmittel, die dem allgemeinen Interesse dienen, sind nur Gebühren zu erheben, die die Selbstkosten decken. Die Requirierung von Militär und die Verhängung des Belagerungszustandes stehen ausschließlich den Volksvertretungen des Staates und des betreffenden Bezirks zu. Das Begnadigungsrecht wird von der Volksvertretung ausgeübt. Die Polizeiverwaltung ist zu dezentralisieren. Die Polizei ist nur in ausnahmsweise vom Gesetz festgelegten Fällen zuständig. Festnahme von Personen, Wohnungsdurchsuchungen, Beschlagnahmen sind nur zur Anwendung einer unmittelbar drohenden erheblichen Gefahr für Leben oder Gesundheit zulässig. Die politische Polizei, die geheimen Polizeifonds und die geheimen Polizeikräfte sind abzuschaffen. Im öffentlichen Verkehr sind die Zulassung fremder Sprachen durch Reichsgesetz festzulegen. Jede ordnungspolizeiliche Hinderung von Versammlungen ist unzulässig, ein sicherheitspolizeiliches Eintreten bei unmittelbarer Feuers- oder Einbruch- oder Seuchengefahr zuzulassen. Die Polizeistunde ist einheitlich durch Ortsstatut zu regeln. Jede Einschränkung für die Veranstaltung öffentlicher Versammlungen ist aufzuheben. Die Befugnis zur Ausweisung auf Grund des sogenannten Vagabundengesetzes ist aufzuheben, ebenso die Reglementierung der Prostitution. Die Arbeitshäuser sind zu reformieren. Die Zwangsinternierung Irren darf nur auf Grund ordentlicher Gerichtsbeschlüsse erfolgen. Kein Ausländer darf ungünstiger behandelt werden als ein Inländer. Das Recht, Ausländer auszuweisen, ist aufzuheben. Bis zur völligen Aufhebung ist mindestens zu fordern, daß die Ausweisung nur auf Grund des ordentlichen Gerichtsverfahrens und mit freier Wahl der Grenze stattfindet. Jede Wirksamkeit ausländischer Polizeibeamten oder Polizeigagenten im Inland ist verboten, ihre vorläufige oder jährliche Duldung ist strafbar. Alle Sondergerichtsbarkeit hat wegzufallen. Der zivilrechtliche und strafrechtliche Konflikt ist zu beseitigen. Die freie richterliche Überprüfung der Verwaltungsmassregeln hat sich auch auf die Frage der Zweckmäßigkeit zu beziehen. Die Benutzung poli-

zeilicher Akten als Beweismaterial ist unzulässig. Zwangsbeschlüssen der Verwaltungsbehörden unterliegen öffentlicher mündlicher Verhandlung. Für alle objektiv ungerechtfertigten Verwaltungsmassregeln ist ohne Rücksicht auf Verschulden der Verwaltungsbehörde Schadenersatz zu leisten. In das Reichsstrafgesetzbuch sind Bestimmungen aufzunehmen gegen fahrlässige Verletzung der Amtspflichten, ungefehlige Befehle an Untergebene, Entlassung der Staatsbürgerrechte der Arbeiter und Beamten, Eingriffe in die Lehrfreiheit, Duldung auswärtiger Polizeigagenten im Inland, unbegründete Zwangsinternierung eines Irren.

Zur Sammlung, Sichtung und systematischer Verbreitung des Materials über die Verhältnisse der preussischen Verwaltung ist eine Zentralstelle zu errichten, in die ein Mitglied der Landtagsfraktion, ein Rechtskundiger und ein Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften zu berufen ist. Die Zentralstelle hat ihr Material der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Referent Liebknecht: Wir verstehen unter Staat gewöhnlich eine Organisation auf territorialer Grundlage, die die Gesamtheit der in diesem Gebiet lebenden Personen zusammenfaßt. Von jeher waren die herrschenden Klassen in bezug auf Klassenbewußtsein den unterdrückten Klassen überlegen. Weist, wenn auch nicht immer, sind sie auch die ökonomisch überlegenen Klassen. Ihnen steht zur Seite die Staatsmacht, brutale Machtmittel und Täuschungsmittel der verschiedensten Art. Brutale Machtmittel sind Justiz, Polizei und Militär; Täuschungs- und Verbummungsmittel sind Kirche und Schule. Der Militarismus ist gleichzeitig eine Art Schule und Kirche, also Macht- und Verbummungsmittel, somit

### das vielseitigste Machtmittel

der herrschenden Klassen. In letzter Linie beruht die Macht der herrschenden Klassen auf der Macht breiter Massen, die sie in ihren Diensten pressen. Daher wird den Massen eine den herrschenden Klassen günstige Ideologie aufzuzwingen. Durch die Verwaltung wird eine neue Klasse, die Bürokratie, geschaffen. Sie ist aber nicht einheitlich, sondern setzt sich ihrerseits wieder aus verschiedenen Klassen zusammen. Die oberste Klasse der Bürokratie führt die Verwaltung im eigenen Klasseninteresse. Die mittlere Klasse führt sie, weil sie dafür ausreichend bezahlt wird, die weit überwiegende Unterklasse der Bürokratie besteht aus armen Schülern mit einer aufgezogenen Ideologie, durch die sie künstlich staatsstreuen erhalten werden. Im Schlussergebnis ruht auf dieser dritten Klasse die ganze Macht des Staates. Die Machtfunktionen sind formell entziehbar, aber sie haben die Tendenz, sich zu verfestigen, zu einem Eigenbesitz zu werden. Für gewöhnlich unterscheidet man die gesetzgebende, die richterliche Gewalt und die Verwaltung im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Verwaltung ist dabei gedacht als Ausführung, aber auch zwangsweise Durchführung der Gesetze. Die Unterschiede zwischen richterlicher und Verwaltungsgewalt und die Grenzschiede zwischen gesetzgebender und Verwaltungsgewalt werden aber nicht streng innegehalten. Auch wir haben keine Veranlassung, an dem alten liberalen ideologischen Sack der Trennung der Gewalten festzuhalten, denn es ist nicht unser Interesse, die richterliche und gesetzgebende Gewalt gegenüber der Verwaltung machtlos zu machen. In den kapitalistischen Ländern des Parlamentarismus haben die Parlamente richterliche und Verwaltungsfunktion. Wir in Deutschland haben nur ein Mittelglied zwischen Absolutismus und Parlamentarismus. Monarchie und Bürokratie sind nicht abhängig von der Volksvertretung, sondern nur in gewisser Beziehung in ihren Machtbefugnissen eingeschränkt.

In England ist die Selbstverwaltung die Grundlage der ganzen Verwaltung. Nicht so in Preußen. Dort sind die Kreise, Provinzen und Kommunen gleichzeitig Verwaltungskörper und Organe der zentralisierten Staatskörper. Natürlich sind diese Körperschaften in keiner Weise wirkliche Selbstverwaltungskörper, und zwar in den Kreisen und Provinzen noch viel weniger als in den Gemeinden, die doch schon ein wahrer

### Sohn auf die Selbstverwaltung

sind. Die Verwaltung funktioniert in vielen Fällen gleichzeitig als Justiz, und wir können auch andererseits von einer gesetzgebenden Funktion der Justiz sprechen. Dadurch, daß der Verwaltung vielfach die nähere Ausführung der Gesetze übertragen wird, übt sie in großem Umfang gesetzgebende Funktionen aus. Wir haben zahlreiche Einzelbestimmungen, die den Charakter von Gesetzen

## Moderne Sklavinnen.

Ein Theater-Roman von Ludwig Bendler.

(48. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Auf Marias, nach dem Abschied der Tänzerin gestellte Frage, ob für sie was abgegeben sei, erklärte Lante Christine, jetzt schon um Sigen nicht mehr in Verlegenheit:

„Gott bewahre, nur vom Kohlenhändler eine Preisnotiz, Dinger, wie sie alle Tage jetzt ins Haus geflogen kommen. Jeder will Geschäfte machen, aber leider, man kann nicht von allen kaufen. — Uebrigens — ein feines, lebenswürdiges Mädchen, dies Fräulein Marzani, um die ich ihre Lehrerin wirklich bedeutendes Verdienst erworben hat. Weißt Du den Namen dieser Lehrerin?“

„Nein.“

„Und, wo sie leben mag? Ich möchte gar zu gern erfahren, ob es die berühmte Ruffeni ist, von der man zu meiner Zeit so viel sprach.“

Wie verschämt es die Lante anstellte, auf irgendeine Spur zu kommen. Sie hatte nie im Leben von einer Tänzerin Ruffeni gehört. Alles war Spiegelschere, aber sie pries sich glücklich, ihren Zweck erreichen zu sollen, indem Maria, arglos wie sie war, versprach, gelegentlich Fräulein Marzani nach Namen und Wohnort ihrer Lehrerin zu fragen.

Daß Weiteres in Marias Sache geschehen mußte, war doch klar und Lante Christine, spannkraftig wie ein Stiefel, hatte schon wieder, nachdem Stolzenbergs Weisheit wenig hoffnungsfreudig ausgefallen, zwei neue Bahnen im Betracht, die sie beschreiten wollte, um endlich für ihre Nichte ein greifbares Ziel zu erreichen.

Die Vorarbeiten für beide neu anzustellende Versuche traf sie noch an demselben Nachmittag. Sie begab sich in das Bureau des auf sozialistischem Boden stehenden und ihr für den betrounten Zweck von ihrem Hauswirt als besonders geeignet empfohlenen Rechtsanwältens Wensberg, um zunächst nach dessen Sprechstunden zu fragen.

Im Anschluß hieran steuerte sie dann dem Rathaus zu, wo sie eine Audienz bei dem leider auf einige Tage verreisten Oberbürgermeister Rinkleben nachzusuchen bestrebt war.

### 13. Kapitel.

Das nicht weit vom Stadttheater gelegene Café war nachmittags in der Zeit von drei bis gegen sieben Uhr der Sammelpunkt aller derjenigen, die entweder selbst zum Personal des Theaters gehörten, oder Verkehr mit diesem suchten, oder sich so weit für einzelne aus seiner Mitte interessierten, um den Wunsch, sie in nächster Nähe zu betrachten, begreiflich erscheinen zu lassen.

Gerade am heutigen Nachmittag war der Zulauf der Gäste außerordentlich stark, und man konnte einen großen Teil bekannter Persönlichkeiten, wie sie an den verschiedenen Tischen gruppiert umher saßen, in ihren Liebhabereien und Gewohnheiten beobachten.

Hier hatten sich Hedentia, Waldenius, der Cellist Stevenson und Konzertmeister Braun zu einem emigen Skate zusammengesetzt, dessen Ereignisse teils durch laute Ausbrüche der Heiterkeit, teils durch Hedentins ungezügelter Klänge, hier und da auch durch gelegentliche kleine Zauberfragmente zur Kenntnis der Anwesenden gelangten.

Dort am Billard arbeiteten an einer Partie Boule der Messior Langhammer, Kapellmeister Heberlein, Herr Teodor Bartuschek und der kleine Buffo-Tenor Weber, deren keiner dem andern auch nur einen Ball gönnte, und die schließlich über die Schreibart des Spieles, das sie spielten, so arg in Differenzen gerieten, daß Heberlein wutentbrannt das Neue auf die grüne Tafel schleuderte und für seinen Mitspieler Langhammer den intoleranten Wunsch äußerte, „der Deibel solle ihn holen“.

Langhammer behauptete nämlich, daß Boule mit einem B, wie Heberlein es sprach, die falsche Schreibart sei, daß aber Heberlein als königlicher Sachse für die krankhaft verbreitete Unklarheit seines Volkstammes über harte und weiche Konsonanten persönlich nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Wernicke und Pfannenschmidt, der serwische Baß, zeigten sich ganz abgefordert von Kollegen und Bekannten, über und über in eine Partie Schach vertieft, darin jeder von beiden sich ein Meister wähnte und behauptete, bereits in verschiedenen internationalen Turnieren die gewichtigsten Gegner aus dem Sattel gehoben zu haben.

„Un wenn De mir ooch, oller Sohn“, erleichterte Wernicke seine Seele, nachdem er heute abermals die Partie verloren, „in diese Saison schon zwee Duzend mal matt gemacht hast, det is noch keen Beweis, det Du der bessere Spieler bist. Jestern zum Beispiel hatt' ich mir ersproden, weil mir de Feuerwehr beinah' überfahren hatte, vorjestern jiest mir der Pikkolo den Schnitt Kalmbacher über de Hoje. Det sind Vorjänge, um drierer die jiestige Balance zu verlieren, na, un det der Zeit beitt' Schachspiel 'ne Rolle spielt, wirzte mir doch zuseben.“

In weniger harmlosem Fahrwasser schien sich die Unterhaltung zu bewegen, die, gleichfalls ziemlich abseits vom Gros der Gäste, der Kommerzienrat Rebenisch und Direktor Wilmann miteinander pflegten.

„Unbegreiflich, lieber Freund.“ hub der erstere an, „wie man als verheirter Praktikus so plump in seine Weisheit reingehen kann. Erst prüft man doch und sondiert und tritt den Nüdzug an, wenn man sich in der Küche getreit hat. War Ihnen denn gerade die eine so unbedingende Notwendigkeit?“

„Allerdings, ich gestehe, ihre ungeheuerliche Naivität, das Aparte der Persönlichkeit —“

„Nun, wo Ihnen fünfzig andre jederzeit zur Verfügung stehen! Was Aparte hat jede. Und hinterher noch, nehmen Sie mir's nicht übel — die Unantheit, sich den Kerger so unberhöhlen merken zu lassen!“

„Wieso? Was ist da Auffallendes? Mich hat das von mir engagierte Mitglied nicht befriedigt, da stelle ich es kalt, das ist mein Recht.“

„Das Ihnen jeder unbehelligt lassen würde, lebten nicht sofort diese und jene Gerichte von früher wieder auf. Wozu einem Verdacht neue Nahrung geben? Denken Sie an den internationalen Frauenkongreß mit seinen Stimmworten, wie: „sexuelle Hörigkeit der Schauspielerin“, „geschlechtliche Sklaverei“, und so weiter. — Beiträge zur Coronique scandaleuse — um Gottes willen! Die hätten uns gerade gefehlt.“

(Fortsetzung folgt.)



tragen. Das Negativrecht der Monarchen bedeutet ja auch eine Aufhebung der Verwaltung. Nichts ist und gefehende Gewalt sind festgelegt und eingezogen, alles andre fällt ohne Weiteres der Polizeigewalt des Staates anheim.

Die Beschränkung der preussischen Verwaltung durch das Reich ist mehr formell als wirklich. Unterscheidet doch das Militär im vollen Umfang nach wie vor dem König von Preußen. Es ist auch bezeichnend, daß nach Stellung und Gehalt die Spitzen der Verwaltung weit über den Spitzen der Gerichte stehen. Es wurde einmal das Scherzwort geprägt, ein Oberlandesgerichtspräsident sei größtentheils sinnig geworden; er bilde sich ein. Negierungsreferendar zu sein. (Gr. Heiterk.) Die Verfassung geht schon um die Macht der Bureaucratie herum. In ihr werden Gesetze über die Beschränkung der Bureaucratengewalt verprochen, die doch bis heute nicht erlassen sind, während alle auf Stärkung der Bureaucratie ausgehenden Gesetze längst und prompt in Kraft getreten sind.

Sich sprach von den

### drei Schichten der Bureaucratie.

Naturgemäß entstammen diese drei Arten Beamte aus ganz verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Die höchsten und hohen Verwaltungsbeamten rekrutieren sich aus dem Adel, in geringerem Maße aus Großhandlung und Großhandel. Auch die mittleren Beamten unterliegen einer ziemlich eingehenden Ahnenprobe. Die unteren Beamten gehen aus dem Proletariat hervor, allerdings zum großen Teil aus dem Beamtenproletariat selbst, dessen kastenmäßige Fortpflanzung das Eindringen selbstständiger Klassenbewußtseins hindert. Die soziale Lage des Beamtenproletariats unterscheidet sich allerdings nicht von der des übrigen Proletariats. Wie die andern Proletarier, so unterliegen auch die Beamtenproletarier der Ausbeutung. Sie sind im inneren Grunde auch Hülfskräfte für das kapitalistische System. Wir können darum die untere Klasse der Bureaucratie

### als Teil des Proletariats

betrachten, und haben ja auch immer unsere Stellung dementsprechend eingerichtet. Die Herrschenden tun nun alles mögliche, um durch Orden, Uniformen und sonstigen Hirtensatz die Unterbeamten fester zu machen. Gilt man doch auch den Keinen Kindern glänzende Dinge vor die Nase, wenn sie vor Hunger schreien. Man sucht sich eine Elite heraus, die man einigermaßen auskömmlich bezahlt. Ich erinnere an Unteroffiziere, Gendarmen usw. Diese Elite ist natürlich am schwersten einer Umwälzung ihrer Stellung zugänglich, da sie einer Schamperideologie verfallen ist. Freilich, wenn die Beamten wagen, wider den Stachel zu leben, sind sie für immer geliebt, das ist der Punkt, an dem sie zu stehen sind. Der Terrorismus des Staates gegenüber den Beamten sucht keineswegs. Das Wesen der Bureaucratie ist eine Hierarchie von Kontrollen. Ein Kontrolleur steht über dem andern und so wird jedes Gefühl der Selbstverantwortung erspicht. Um so größer ist natürlich die Neigung zu allerhand Ausschreitungen. Die Oberrechnungskammer, dieser Stolz des preussischen Beamtentums, hat ganz oberflächliche Funktionen zu erfüllen. Titelsucht, Ordensliebe und Absonderung herrscht in der Bureaucratie. Das gerade Gegenteil von dieser Hirtensatzerei sehen wir augenblicklich in Dänemark. (Sehr gut)

Eine bedeutende Rolle spielen die Koryphäen, besonders die Vornehmsten. Jüngere grüner Junge glauben Anspruch zu haben, über dem kommandierenden General zu sitzen. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die liberale Stimmung, von einer weitergehenden ganz zu schweigen, jeden Beamten unmöglich macht. Man denkt wie Kaiser Roth, daß Satana der erste Liberale gewesen sei. (Große Heiterkeit.) Die Soldaten werden bekanntlich gar nicht auf die Verfassung bedacht und im Beamtenreich wird

### die Verfassung ganz hinten

erst erwähnt. Im Beamtenformale, das der Beamte zu unterschreiben hat, wird von Diensten des Königs gesprochen, und Verordnungen in dieser oder jener Welt verprochen. (Große Heiterkeit.) Gehaltsverordnungen werden den Beamten gemäß lieber als diese Bestrafungen. **Wesen der Beamtenregeln** stehen in der Verfassung. Die bekannte Kabinettsorder von 1882 und die Kabinettsorder des jetzigen Kaisers vom 8. April 1896 etablieren einen unerschütterlichen Absolutismus. In der Kabinettsorder von 1882 heißt es a. a.: „Das Recht des Königs, Regierung und Politik Preußens nach freiem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben.“ (Hört, hört!) Die Regierungsakte des Königs bleiben Regierungsakte des Königs, wenn sie auch der Gegenseignung bedürfen. Es ist eine Verbrüderung der verfassungsmäßigen königlichen Rechte, wenn es so dargestellt wird, als ob die Regierungsakte von dem dafür verantwortlichen Minister und nicht von dem Könige selbst ausgehen. Damit wollte man den Beamten die Möglichkeit nehmen, irgendwelche Regierungsmaßnahmen zu kritisieren. Haben wir doch auch schon

### indirekte Majestätsbeleidigungsprozesse

gehabt. Die Kabinettsorder des jetzigen Kaisers hat auch das Petitionsrecht der Beamten in seinem wesentlichen Teil aufgehoben, es heißt darin: es sei unvereinbar mit den Pflichten eines Staatsbeamten, wenn Staatsbeamte Petitionen unterzeichnen, die parlamentarische Körperschaften zu einer ablehnenden Haltung gegen Regierungsvorlagen zu bestimmen haben. (Hört, hört!) Wie es unter solchen Umständen mit dem Beamtenrecht in Preußen bestellt ist, bedarf keiner weiteren Ausführung. Maßnahmen sind an der Tagesordnung, ich erinnere an Kettungen. Auch Rottweil werden trotz ihrer Reichswehrqualität diskriminiert. Ein Mann in Rottweil mußte sein Amt niederlegen, weil er nicht für den Reichskandidaten stimmen wollte; selbst mit der Enthaltung von der Wahl wollte sich die Behörde nicht zufriedengeben. Daß die Reichsregierung den Spuren der preussischen Regierung folgt, zeigt wiederum Genowies. Die Disziplinierungsmaschine funktioniert sehr schwerfällig, wenn es sich um Ausschreitungen der Beamten handelt. Sie arbeitet aber wie geschl. wenn irgendein Beamter die gemeinsamen Interessen der Bureaucratie zu gefährden scheint. Besonders gegen höhere Beamte, die in plumpster Weise die Spitze verlegt haben, etwas zu erzielen, ist nahezu völlig ausgeschlossen. Außer der Disziplinierung stehen der Bureaucratie noch andere Mittel zur Verfügung, Schlägen aller Art, Verurteilung, Schließung, gesellschaftlicher Ausschluss. In enger Verbindung mit der Bureaucratie stehen andere Schichten der Bevölkerung, die man als Halbbureaucratie bezeichnen kann. Richter- und Notarsvereine, Anwalts- und Schlichtervereine, Mitglieder des landwirtschaftlichen Automobilklubs, Militärschwärmer, Embelliersclubs, ferner Staats- und Gemeindefunktionäre, selbst Arbeiter, die in Betrieben tätig sind, die für den Staat arbeiten, Referenten, verlässliche Mitarbeiter — ich erinnere an den Fall Göbel — u. a.

So groß auch die Macht der Bureaucratie ist, sie scheint nicht in der Welt und ist von dem sozialen Willen der Schichten abhängig, aus denen sie sich ergiebt. Es ist eine gewisse Nebenwirkung, zu sagen, die preussische Regierung ist ein Ausläufer des Junkertums. Wir kennen alle den gewaltigen Umfang der Grundbesitzverhältnisse. Eine Anzahl Junker sind auch Industrielle. Man soll überhaupt

### Junker und Industrielle

nicht zu sehr trennen. Die Junker sind eine besondere Schicht der landwirtschaftlichen Klasse, nämlich eine Fraktion mit besonderer Stellung. Das Junkertum hat allerdings einen außerordentlichen Umfang, aber gar nicht die Allmacht. Die Junker haben, Genowies, Großhandel über gleichfalls starken Einfluß, zumal die Junker in der Lage sind, für alle Aufgaben des Staates einzutreten. Sie erinnern an den Reichstag und haben an dem Aufwandsverhältnis zwischen Staatsausgaben und Einnahmen. Immerhin ist der Umfang des Junkertums auch gegenüber den andern Schichten der Preussische nicht unbedeutend groß. Grundsätzlich die Bureaucratie des Gebirges hat, was zunächst nicht in der Junkerwelt eine Schicht, sondern ein Reich. Man soll überhaupt nicht vergessen, daß es keine reine Junkerwelt gibt. Das ist auch der Grund, weshalb sie besser keine Rolle übernehmen hat, um ihre Macht in Junkerwelt und Staat zu etablieren, auf die Junker nämlich die Junker

### nicht regieren wie ein großer Gutsherr

und seine Junker und Junker nicht unter der Junkerwelt zu regieren, sondern Junker sein. Grundsätzlich muß das Reich doch regiert werden, auch das Reich der Junker sein.

Zuerst der Verwaltung selbst kämpfen Gegensätze miteinander, die in der preussischen Geschichte schon oft eine große Rolle gespielt haben. Ich denke an die Gegensätze zwischen dem Staat der Verwaltung, das wir als Krone zu bezeichnen pflegen, und der übrigen Verwaltung. Bei solchen Konflikten hat bisher noch immer die Krone den Kürzeren gezogen. (Sehr richtig!) Daran ändert sich nichts, daß Bismarck in seinem Schwauengelänge sich als Schulbuben des Kaisers hinstellt. Ist es doch nicht einmal gelungen, die Kanalarbeiten zur Krone zu bringen. Der Kanal ist heute noch nicht gebaut und die Rebellen sind höher hinauf gemäßigert worden, als sie je hoffen konnten.

### Die Junker sind härter als der König.

Der König ist absolut, solange er ihren Willen tut. Bekannt ist der Einfluß der Verwaltung auf die Zusammenfassung der Parlamente. Namentlich bei der öffentlichen Wahl wirken die von Gott gegebenen Realitäten, um das hübsche Wort Bismarcks zu gebrauchen. Durch den Reichstag übt die Spitze der Verwaltung, der König, direkten Einfluß auf die Zusammenfassung des Herrenhauses. Die Landräte ihrerseits bestimmen die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses, so daß Schlichting spöttisch meinte, man solle es den Landräten ruhig überlassen, die Abgeordneten zu ernennen. (Heiterk.) Die Landratsbureaucratie ist sehr feindselig auch dem König gegenüber; aber wenn sie auch im Parlament herrscht, so ist ihr doch mit einer Erweiterung der parlamentarischen Macht nicht gedient. Eine andre Zusammenfassung des Reichstages ist ja immerhin nicht ausgeschlossen, ich erinnere an die Konstitutionsperiode, die ja die völlige Ohnmacht des preussischen Reichstages offenbart. Wenn es einmal der Verwaltung darauf ankommen sollte, ein preussisches oder deutsches Parlament auseinanderzutreiben, so brauchte sie keine scharfen Patronen oder Maschinengewehre nach Mausfelder Art, sondern nur ein paar Schlagpatronen. (Heiterk.)

### Das Schwert des Parlaments

ist so lange aus Rapp, bis das Parlament auch die außerparlamentarische Macht in seinen Dienst gezwungen hat. Jedes parlamentarische Mandat ist nichts als ein Fledermaus, wenn dahinter nicht die entsprechende außerparlamentarische Macht steht. Die Machtverhältnisse innerhalb des Reichstages richten sich nicht nach der Stärke der Fraktionen, sondern nach der außerparlamentarischen Macht hinter den Fraktionen. Daher auch der Einfluß unserer kleinen Landtagsfraktion. Ganz machtlos freilich ist das Parlament so wenig wie die Presse. Das Parlament kann die Öffentlichkeit aufklimmeln, daher denn auch die Scheu der Regierung, mag sie auch noch so sehr auf die parlamentarische an sich speisen, vor der öffentlichen Aussprache. Scheut doch überhaupt unsere Bureaucratie die Öffentlichkeit.

Nun zum

### Einfluß der Verwaltung auf die Justiz.

Das Ernennungs-, Beförderung- und Disziplinierungsrecht hängt als Schwert über den angeblich unabhängigen Richtern. Dazu ist die Straffähigkeit von der Initiative des Staatsanwalts abhängig, wogegen übrigens nicht einzuwenden ist, wenn der Staatsanwalt unabhängig ist, wie ich das in meinen Vorlesungen fordere. Die Fälle Schmidt und Kern zeigen, wie es mit der Unabhängigkeit unserer Richter bestellt ist. In polizeilichen Strafverfahren, in Unfall- und Zuwahlensachen tritt die Verwaltung selbst als Justiz auf. Durch unangenehme Appellationen und Revisionen hat die Staatsanwaltschaft dem Exorzismusparagraphen eine Ausdehnung gegeben, die schwer auf der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung lastet. Straßenpolizeibestimmungen werden von der Verwaltung bewußt mißbraucht im Kampfe gegen die Arbeiterkraft. Das Gegenstück zu der Vermeidung der ungewissen Richter ist

### die Beförderung willkommener Richter.

So immer ein Stück wirklicher Selbstverwaltung vorhanden ist, da trachtet der Haß der Bourgeoisie danach, sie zu untergraben. Ich möchte behaupten, das ganze ungeheure Vergeßenswerk der Reichsversicherungsordnung ist nur zu dem Zweck unternommen worden, um die verhasste Selbstverwaltung der Krankenkassen zu beseitigen. (Lebh. Zustimmung.) Unter Umständen ist die Verwaltung die bestehende Weisung einfach außer Kraft und wird absolute Herrscherin der Situation, nämlich bei der Requisition der Militärmacht und bei der Verhängung des Belagerungszustandes. Die Verhängung des Belagerungszustandes ist das letzte gewalttätige Mittel der Staatsverwaltung gegen den Ansturm unliebsamer Elemente. Würde das Parlament einmal unabhängig werden, so wird die Verhängung des Belagerungszustandes und die Entfaltung der Militärdiktatur das Schlußresultat sein.

Der Schwerpunkt der Bureaucratie liegt beim Landrat. Bekanntlich ist

### der heimliche König von Preußen.

Herr v. Freybrant, einsehender Landrat. (Heiterkeit.) — Die zivil- oder strafrechtliche Inanspruchnahme eines Beamten ist dadurch so gut wie unmöglich gemacht worden, daß die Regierung den sogenannten Gehalt erheben kann. Damit wird die Sache der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die ja auch schon wenig Garantien bietet, entzogen und vor die Verwaltungsgerichtsbarkeit gebracht, die noch weniger Garantien bietet. Darum verlangen wir mit allem Nachdruck die Abgabe dieses sogenannten Konflikts, der eine Entlastung des bekannten Kröcherwortes vom Objekt der Gesetzgebung ist. Das Publikum ist in Wirklichkeit in Preußen Objekt und nicht Subjekt der Gesetzgebung und Verwaltung. — Die Schändung mit Recht hervorzuheben hat, sucht die Bureaucratie nach Möglichkeit

### die Entwicklung der Industrie zu verhindern.

weil sie die Industrie als Nährboden der Sozialdemokratie betrachtet. Die Arbeiter und andre Vorgänge haben die Unbehilflichkeit der Verwaltung gegenüber gewiegten Kaufleuten dargelegt. Unsere Bureaucratie arbeitet ungemein teuer wegen ihres komplizierten Beamtenapparats. Dazu kommen die riesig hohen Gehalte der oberen Beamten. Die unteren Stufen der höheren Karriere sind allerdings ausschließlich sehr kärglich besoldet, um das Eindringen proletarischer Elemente zu hindern. Nun zu den sozialpolitischen Taten der preussischen Bureaucratie. Auf dem Krankenstande laßt ein wahres Labymith von Rechts- und Kontrollbestimmungen. Die Steuerpolizei verdirbt mit ihrer Klumpheben, daß sich irgendeine gefällige Wädchen je wieder erheben können. Die Fürsorge-Verordnung wird durch den Fall Colander und Reichshaus illustriert. Wie welcher Brutalität vorgegangen wird, dafür haben wir Junker täglich Beispiele vor den Augen. Ein furchtbar bösig intakter Junge wurde

### wie ein schwerer Verbrecher

auf dem Eisenbahn abgeholt (Hört, hört!) und bis zum Tage des Transports in die Kasse eingesperrt. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Schon in der Schule werden die Kinder nach der Zuchtbarkeit in den verschiedensten Höflichkeitstufen abgetrennt. So habe ich z. B. in Glog ein empfindendes Sondereinstellung bei einer Projektion bemerkt. In völlig ungewisser Weise geht die Schulverwaltung gegen Arbeiter-Internatien und Fortbildungskurse der Jugendlichen vor; dabei ist gegen die Schulverwaltung nicht einmal das Verwaltungsgerichtswesen möglich. Der gerade Kulturschmerz ist, das ändert an dem System nichts. Die liberale Bourgeoisie freilich begrüßt jeden neuen Kulturschmerz mit Anpreisungen. (Heiterk.) Der Holle was Art zu Holz und Holz wie Jacke.

Auch der Strafvollzug gehört zur Tätigkeit unserer Bureaucratie. Noch immer ist er nicht einheitlich geregelt. Immerhin ist zu sagen, daß die Sorge der Justiz nicht so schlimm ist wie die Sorge des Kulturschmerzes. Aber selbstredend ist mehr als genug noch an der Strafvollziehung zu reformieren. Wir wollen eine

### rein pädagogische Strafvollziehung

mit individueller Behandlung der Gefangenen. Es ist ein Gegenstand zur eigenen Zucht in Nürnberg, daß der General einer Strafvollzugsreform nicht die Befreiung der Disziplinarmittel in den Gefängnissen, sondern ihre geordnete Befreiung bringt. Eine Umkehrung der Strafvollziehung der Polizei zu geben, ist wirklich unmöglich. Zum Abschluß der Polizei gehört einfach ein. (Gr. Heit. v. Junk.) Es war ganz im Sinne der herrschenden Klassen geworden, als der Graf v. Helldorf-Darm 148 in Abgeordnetenbesuche den deutschen Reichstag tat. Das Ged, das für die Gendarmen ausgesetzt wird, wird wirklich nicht mehr ausgegeben. Die Polizei ist ein wichtiger Arbeitsgegenstand. Die Grundheit ist der Kernmethode der Polizei

gegenüber gewöhnlichen Sterblichen, und bei der Erblichkeit bleibt es nicht. Der Gendarm hat doch nicht umsonst seinen Revolver, und es gibt einen Redelijken Schieferlag. Vor mehreren Jahren hat ein Gendarm in Niederbarnim unsern Parteigenossen Herrmann

### ohne Veranlassung niedergeschossen.

Die Zivilgerichte haben das anerkannt und auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt. Aber bei einem Militärgericht ist der Gendarm dann schlechthin freigesprochen worden. (Hört, hört!) Der Redelijken Schieferlag unterlag ausdrücklich die sog. Schredschäfte und verlangt, daß nicht mit flacher, sondern scharfer Klinge eingehauen wird. (Hört, hört!) Und dieser Redelijken Schieferlag gilt noch heute, soweit wir in die Geheimkammern der Polizeiverwaltungen Einblick haben. Die Polizei hat dann noch einen ganz besonderen Teil, den selbst sie schamhaft zu verbergen sucht. Das ist die politische Geheim-polizei mit den Lockspiegeln. Eine derartige Geheimpolizei bildet sich überall aus, wo es Polizei mit ähnlichen Machtbefugnissen gibt wie in Preußen.

Auch das Militärwesen wird in unzulässiger Weise vom Staate zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung mißbraucht. Wir haben im letzten Jahre die Neigung des Militärs verspürt, sich in die Arbeitskämpfe einzumischen und der Parteitag muß unbedingt seine Empörung über

### die unerhörten Vorgänge im Mausfelder Revier

zum Ausdruck bringen. — Vereins- und Versammlungsrecht sind zwar reichsgesetzlich geregelt, aber die Verwaltungsbehörden der Einzelstaaten haben eine weitgehende Dispositionsfreiheit. Die außerpreussischen Staaten haben von dieser Befugnis vielfach im liberalen Sinne Gebrauch gemacht, selbstredend wird das in Preußen nicht der Fall sein. Wir werden im Landtag Forderungen in dieser Richtung an die preussische Regierung stellen, aber Erfolg können wir uns nicht versprechen. In Preußen ist nach dem Vereinsgesetz alles beim alten geblieben; die einzige Veränderung, d. h. Verschlechterung ist durch den Sprachparagraphen und das Jugendlichen-Verbot herbeigeführt worden. Das Versammlungs-Verbot im Wahlkreis des Herrn v. Freybrant wegen angeblicher Scharlachepidemie und Vorgänge in unmittelbarer Nähe Berlins zeigen, wie sehr die preussische Polizei sich an das deutsche Vereinsgesetz lehrt. Eine Versammlung wurde verboten, weil die Teilnehmer in eine Sandkiste fallen und dabei Hals und Beine brechen könnten. (Stürmische Heiterkeit.)

### Die Saalabtreibungen florieren munter weiter.

Ueber den ungeheuren Einfluß der Landräte auf die Kreisbläter hat Herr Schilling wertvolle Feststellungen gemacht. Ueber das Plakatwesen bestehen Bestimmungen, die der Polizei das formelle Recht geben, jedes Plakat, das nicht etwa von verlorenen und gefundenen Sachen handelt, zu verbieten. Täglich wird gegen dieses preussische Verbot verstoßen und die Polizei scheitert nicht ein und taum auch nicht einschreiten, ohne sich lächerlich zu machen. Zuweilen hat die Polizei es aber doch gegen die Sozialdemokratie angewandt. Selbstredend müssen wir auf die Beseitigung dieses kleinlich schändlichen Gesetzes dringen.

Mit den Ausländern spielt die Polizei geradezu Schindluder. Ihre Verfahren gipfeln in einer Ausweisung nach der russischen Grenze, die direkt einer Auslieferung gleichkommt, ohne die Garantien der Auslieferung. Es ist eine

### Schande und Schmach für Deutschland

und wir dürfen nicht erlahmen, das Gefühl für das Schändliche dieser Vorgänge immer wieder wahrzurufen. Aber nicht alle Ausländer werden ausgewiesen. Den Agrariern ist das Recht der Durchdringung Deutschlands mit fremden Bülkern in Erbpacht übergeben worden. Für sie Arbeiter zu beschaffen, ist der Zweck des polizeilichen Legitimationszwangs für Ausländer. Noch eine andre Sorte von Ausländern undelbar man mit großer Liebe, die Spiegel nämlich, die russischen Spiegel, von denen wir auch jetzt noch eine ganze Menge in Deutschland haben. Die berühmte Sinaida Jutchenko fällt sich noch heute in Deutschland auf, und zwar in nächster Nähe von Berlin. (Hört, hört!) Vielleicht kommt noch nach Berlin eine russische Spitzelkette wie nach Brüssel. Wie es mit der Freiheit der Volkshullehrer in Preußen steht, wissen wir ja.

### Tausende gemäßigter Volkshullehrer

laufen in Preußen herum. Das böse Beispiel Preußens hat auch schon aufstrebend auf Nachbarstaaten gewirkt, auch auf solche, in denen bisher etwas freierer Geist herrschte, wie in Bremen, Baden, Württemberg. Den bremischen Volkshullehrern, die im tapfern Kampfe gegen die Verpreudung des bremischen Volkshullehrers stehen, sprechen wir unsere warmste Sympathie aus. Selbstredend unterliegen auch die Universitäten der Unterdrückung seitens der Staatsgewalt. Gegen Tendenzprofessoren verjagt die Hochschullehrerschaft noch Opposition, aber dagegen, daß der Marxismus an deutschen Universitäten nicht gelehrt werden darf, erhebt sich keine Stimme. Immerhin sei anerkannt, daß einige Männer, wie die Gebrüder Weber, sich im Kampfe für die Freiheit der Wissenschaft als Männer gezeigt haben. Darum verlangen wir in unsem Leitungen ungeschwächte Selbstverwaltung der demokratisch zu organisierenden Lehrkörper der Universitäten und Ausschluß aller Gesinnungs-schmüßel und jedes Gesinnungsterrorismus. Die Forderung gilt auch für Studenten. Ich erinnere an die Drangsalierung der Zinkenheit, der Freien wissenschaftlichen Vereinigung. Die Bureaucratie hat sich die Frechdichtigkeit herausgenommen, zu erklären, ein Sozialdemokrat habe nicht die erforderliche sittliche Reife für die Erteilung selbst Turnunterrichts an die Jugend. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Nun, was die Bureaucratie für sittlich halten, halten wir noch nicht für sittlich. Herr Schwarzkopff mit seiner Sittlichkeit würde in einem sozialistischen Staate sicher nicht in ein Amt gewählt werden. (Sehr richtig!) Die preussische Verwaltung ist

### unfruchtbar, unzuverlässig, rückständig

auf allen Gebieten und fängt die Brutalität des Polizeiknüppels dieser Rückständigkeit hinzu. Alles was ich gegeben habe, ist nur ein kleiner Auszug. Sie sehen, wach ein ungeheures Material der agitatorisch wirksamsten Art wir hier besitzen. Geradezu aufpeitschend können wir damit wirken. Aber dazu gehört eine größere Kenntnis der Verwaltungs-situation, als sie bei dem jetzigen elenden Zustande der Schule selbst bei unsem Parteigenossen verbreitet ist. Darum verlangen die Geistliche Bürgerkunde natürlich nicht im Sinne nationalitätlich-monarchischer Gesinnungsjücker. Die Bureaucratie ist die Dienerin der Junkerkasse. Nach oben nicht, ja, und nach unten packt sie. Das ist ihre normale Bestimmung. (Lebh. Beifall.)

Auf Vorschlag Singers unterbricht der Redner das Referat. Es tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsübung.

### Fortsetzung des Referats.

Herr Liebknecht: Die Jugendbewegung des Proletariats steht nicht namentlich in den letzten Monaten ungeheurer Fortschritte von Seiten der Verwaltungsbehörden ausgeführt. Unpolitische Jugendorganisationen werden in zweifellos ungeheurer Weise für politische erklärt. Die Kompliziertheit der Bestimmungen über die Reichsmittel gegen die Verwaltung und das völlige Versagen unsem Schulunterrichts auf dem Gebiete der Bürgerkunde erschweren den Kampf gegen diese Maßregel außerordentlich. Ehen die Sprache, die unsere Bureaucratie spricht, ist dem einfachen Manne fast unverständlich. Da diese den herrschenden Kräften beschwerlich wird, so sind allerdings in der Bureaucratie selbst Bestrebungen auf Beseitigung dieses Papierdunkels aufgetreten. Die Kompliziertheit des Verwaltungssystems macht es der Verwaltung leicht, ihr Kompetenzgebiet unerschöpfend weiter auszudehnen. Es kommt hinzu, daß im Landtag gewisse Bureaucratien eigentlich nur bei den Konserverativen sitzen; bei den übrigen bürgerlichen Parteien finden sich wenige wirkliche Kenner der Verwaltungspraxis. So hat man im Landtag wenig Lust, in das Weipennet hineinzuergreifen. So ist die Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament kaum einen Pfifferting wert. Der Reichsverdeleg bedeutet, daß man den Zweifel bei seiner Grozmutter verlagert. Nur die Verwaltungs-jurist bietet noch einen gewissen Rückhalt. Aber für manche



Zweige, wie für die wichtige Schulverwaltung, fehlt sie ganz. Und auch sonst ist sie äußerst mangelhaft. Der Kreisaußschuß ist im Grunde nichts andres als der Landrat und der Bezirksaußschuß nichts andres als der Regierungspräsident. In den Kreisaußschüssen haben wir meines Wissens

### nur einen einzigen Sozialdemokraten,

den Genossen Herbst (Köpenick). Das Oberverwaltungsgericht hat allerdings äußerlich scheinbare Unabhängigkeit verliehen bekommen. Dafür besteht es aber aus so gefestigten Mitgliedern, daß es bei wirklichen ernsten Fragen kein Bollwerk gegenüber der Staatsgewalt werden kann. Immerhin ist das Oberverwaltungsgericht noch das Beste der in Frage kommenden Instanzen. Dringend notwendig ist es, im Straßengesetz scharfe Bestimmungen gegen Amtsmißbrauch zu treffen. Wir müssen verlangen, daß Untertanen der Gesehe einen Beamten niemals entschuldigen kann, weder kriminell noch zivilrechtlich. Hat doch selbst Gerechtigkeit ausgesprochen, es sei allezeit die Eigentümlichkeit der preussischen Verwaltung gewesen, die Gesetzgebung in ihr Gegenteil zu verkehren. (Sehr richtig!) In erster Linie müssen wir verlangen, daß die oberen Beamten zur Verantwortung gezogen werden. Jetzt ist es so, daß die Hauptschuldigen frei ausgehen. Ich bin überzeugt, man gibt uns eher ein demokratisches Wahlrecht als eine demokratische Verwaltung, weil man weiß, daß schließlich doch bei der Verwaltung die Macht liegt. (Sehr wahr!)

Auf meine Thesen brauche ich im einzelnen nicht einzugehen. Selbstverständlich läßt sich nicht auf ihre Verwirklichung von heute auf morgen hoffen. Jedenfalls liegt hier ein wichtiges Gebiet für unsere künftige Tätigkeit. Hat doch die preussische Regierung gleichzeitig mit der Ankündigung der Reform des Wahlrechts auch eine Reform der Verwaltung angekündigt. Im vorigen Jahre hat Herr von Moltke seinen Plan in kurzen Zügen entwickelt. Er hat sich bisher wohl als großer Schwärmer, aber zugleich nicht als großer Schlachtenslerer enthielt. (Sehr gut und geistreich.) Weit entfernt, eine Reform in unserem Sinne zu sein, sollen diese Vorschläge nur einer Vervollständigung der bürokratischen Regierung dienen. Die Dezentralisation soll nur bis zum Landrat hinabgehen, und die Macht der Landräte soll sogar erweitert werden, wogegen sich sogar, was viel sagen will, von konservativer Seite Bedenken erhoben haben. Beseitigt werden sollen gerade Rechtsmittelinstanzen für das Publikum. Wahrscheinlich eine prächtige Reform! Sehr hübsch ist auch, daß künftig Städte über 25 000 Einwohner nicht kreisfrei werden, also der landräthlichen Despotie unterstellt will. Ob wir bei unserem Kampfe um wirkliche Selbstverwaltung die Hilfe der Liberalen haben werden, ist mir sehr zweifelhaft. Die Herren sind mit großen Worten schnell und gern, mit Taten selten und langsam bei der Hand. Wir müssen den

### Kampf gegen die Bureaucratie

als einen Machtkampf ansehen, der nicht rein auf parlamentarischen Boden geführt wird. Der Kampf um die Staatsgewalt muß geführt werden innerhalb des Kampfes um das Wahlrecht, mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe. Natürlich kämpfen wir nicht gegen die unteren Beamten, sondern gegen die wirklich Schuldigen. Wenn wir des Schutzmans Majestät bekämpfen, so bekämpfen wir im Schutzmans den Handlanger der herrschenden Klassen. (Sehr gut!) Wir müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Beamtenproletariat für unsere Weltanschauung zu gewinnen trachten. Der Kampf um die Demokratisierung der Verwaltung ist ein integrierender Bestandteil unseres Wahlrechtskampfes. Das demokratische Landtagswahlrecht ist unvollständig, wenn es nicht durch ein gleich demokratisches Wahlrecht für die Selbstverwaltungskörper ergänzt wird. Und die Demokratisierung darf nicht halt machen beim Wahlrecht, sondern muß verallgemeinert werden. Unser Material ist, wie ich schon sagte, unerschöpflich. Eher könnten wir ein Meer ausschöpfen, als

### die Sünden der preussischen Verwaltung

lückenlos aufstellen. Die Verwaltungsreform ist das Herz- und Hauptstück des Wahlrechtskampfes. Diesen Gedanken müssen Sie hinausstrahlen in die Massen. Bei dem gewaltthätigen Charakter des preussischen Staates wird der Kampf um die Reform der Verwaltung rasch zu einem Kampf um die Staatsgewalt werden. Mag es eine Illusion sein, zu glauben, daß die preussische Verwaltung in absehbarer Zeit in unserm Sinne reformiert werden könnte; es erhöht den Wert unserer Kritik, wenn wir den heutigen Zuständen die Zustände gegenüberstellen, wie wir sie uns denken. Das preussische Proletariat steht im preussischen Staat und in der preussischen Verwaltung seinen Erzfeind, der mit allen Machtmitteln rücksichtslos und ohne allzu große Mühsaligkeit zu bekämpfen ist. (Leb. Zust.) Von der andern Seite geht man ja auch nicht mit Glacehandschuhen vor. Eine solche Gesellschaft ringt man nicht mit Rosenwasser und sanftmütigen Predigten nieder.

### Wir predigen nicht den Aufruhr.

wir haben andre Mittel, unsern Willen durchzusetzen: die Propaganda, das Aufstacheln der Massen, die Schürung der leidenschaftlichen Empörung gegen den preussischen Staat und seine Verwaltung. Hat diese Stimmung den nötigen Siebegrade erreicht, werden die herrschenden Gewalten es sich doch überlegen, ob sie nicht lieber friedlich auf die Wünsche der Massen eingehen wollen. Die mit brutaler Gewalt erkämpften Siege der Junker sind nur Pirchschüsse. Nur der außerparlamentarische Kampf kann ein wirklich kraftvolles Parlament schaffen.

### Die Einführung der Demokratie in Preußen

ist die Voraussetzung für alle Reformen in Deutschland. Das Proletariat und alle fortgeschrittenen Elemente der Welt erwarten, daß das preussische Proletariat in seinem Kampfe gegen die preussische Junkerherrschaft seine Säulendiele ist. Alles ist im Fluss, hat selbst der vernünftige Minister von Moltke gesagt. Wir wissen, wohin der Fluß zu fließen hat, und werden ihn in das richtige Bett zu lenken wissen. Den Felsen der Junkerherrschaft wird das Proletariat unterwühlen und wird ihn zu Falle zu bringen wissen. Ich rufe Sie auf zu einer frischen und verwegenen Jagd gegen die Junkerreaktion in Preußen. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

### Die Besprechung des Vortrags.

Vorsitzender Singer: Zur Diskussion steht die Resolution des Referenten sowie der Antrag Variels (Köln) auf Druallegung des Referats, damit es als Handbuch und Führer in Sachen der preussischen Verwaltung diene. Ich schlage vor, die Leitzüge des Referenten der preussischen Landtagsfraktion und die Vorschläge zur Aktion der preussischen Parteileitung zu überweisen. Das entspricht auch den Wünschen des Genossen Liebtnecht. Bei der Geschäftsfrage des Parteitag werden wir kaum zu bestimmten Beschlüssen kommen. (Zustimmung.)

Schölich (Breslau): Wie die Dinge heute stehen, können wir wenig in Sachen der preussischen Verwaltungsreform tun, aber wenigstens doch etwas. Wir können die Mängel und Gesetzesverletzungen vor der ganzen Öffentlichkeit niedriger hängen, auch von der Tribüne des Landtags herab. Welche ungeheuren gesetzlichen Verletzungen in Schlesien vorgekommen sind, ist fast ungläublich. Ich habe in einem 14 Seiten langen Schriftstück alle Ungeheuerlichkeiten aufgezählt, die sich im Amtsbereich während dreier Jahre hat zuzufinden kommen lassen. Da sagte der Staatsanwalt: Na, das ist ganz richtig. Der Mann kann aber nicht bestraft werden, denn das Vergehen der Strafbarkeit hat ihm gefehlt! Auf eine Beschwerde hin bestärkte der Oberstaatsanwalt dem Amtsvorsteher das fehlende Bewußtsein. (Geisterhaft.) Wäge der Parteitag den Berliner Antrag annehmen, eine Zentrale einzurichten, in welcher die Gesetzesverletzungen gesammelt werden. Damit wird noch am ehesten gebolfen werden, denn die Herren scheuen nichts mehr als die Öffentlichkeit.

König (Dortmund): Wir lassen alljährlich eine kleine Broschüre erscheinen, in der die Verstöße der preussischen Verwal-

tung gegen das Vereins- und Versammlungsrecht zusammengefaßt werden. Als wir uns in Heddinghausen ein von vielen Familien bewohntes Haus als Vereinshaus mieten wollten, da entdeckte plötzlich die Polizei, daß die eigentlichen Träger viel zu dünn waren. (Hört, hört! und Geisterheit.) In Rheinland-Westfalen wird die Ausweisung der Ausländer besonders brutal gehandhabt. Dabei importieren unsere Behörden fortgesetzt neue Ausländer, und Deutschland ist das fremdenreichste Land geworden. Da macht man es wenigstens den fremden Arbeitern unmöglich, sich naturalisieren zu lassen. Es muß gefordert werden, daß die Ausländer einen Anspruch auf Naturalisation haben. (Beifall.)

### Schluss der Besprechung.

Damit schließt die Diskussion. Der Referent verzichtet auf das Schlusswort. Mit großer Mehrheit wird die Resolution angenommen, welche lautet:

Der Kampf um die Demokratisierung der Staats- und Gemeindeverwaltung ist als integrierender Bestandteil des preussischen Wahlrechtskampfes zu führen. Die Aufklärung über die Mängel der preussischen Verwaltung ist durch systematische Agitation zur Erzielung des Gefühls leidenschaftlicher Empörung in die weitesten Kreise zu tragen.

Ebenso wird der Antrag Variels angenommen, wonach die preussische Parteileitung sich mit dem Genossen Liebtnecht zwecks Herausgabe seines Referats als Handbuch und Führer über die Verwaltung in Preußen in Verbindung setzen soll. Die Leitzüge des Referenten werden der Landtagsfraktion und der preussischen Parteileitung als Material überwiehen.

Es folgt

### der letzte Punkt der Tagesordnung:

Sonstige Anträge. Die allein noch bleibenden Anträge 18, 19 und 27 werden in der Beratung verbunden. Antrag 18 will die besondere Vertretung der Frauen auf dem preussischen Parteitag befehlen, dafür festsetzen, daß, wo mehr Delegierte gewählt werden, unter den Delegierten sich möglichst eine Genossin befinden. Antrag 19 will an den preussischen Parteitag teilnehmen lassen: a) 1 bis 6 Delegierte der Wahlkreise nach Maßgabe der Mitgliederzahl (wenn mehr Delegierte, darunter eine Genossin); b) die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Preußens; c) die Mitglieder der Landeskommission und des geschäftsführenden Ausschusses; d) den Parteivorstand. Antrag 27 verlangt einen besonderen preussischen Parteivorstand, bestehend aus zwei Mitgliedern des deutschen Parteivorstandes (von ihm selbst gewählt), einem Mitglied der Landtagsfraktion (ebenfalls von ihr gewählt), zwei beidseitigen Sekretären und zwei unbesoldeten Beisitzern, die vom preussischen Parteitag zu wählen sind.

Schölich (Breslau) begründet den Antrag 27. Er wurde schon vor 2 Jahren von Krons und Maurenbrocher vertreten. Unser Antrag ist keineswegs von den „Sozialistischen Monatsheften“ inspiriert worden. Wir müssen eine Stelle schaffen, die mehr Zeit hat, die ganzen Materialien zu erledigen. Der geschäftsführende Ausschuss hat sich selbst als überlastet bezeichnet. Daß der geschäftsführende Ausschuss eine Statistik der Landtagswahlen veranlassen hat, ist vom Genossen Borchardt mit Recht beanstandet worden. Vielleicht kommen wir statt mit zwei mit einem besoldeten Sekretär aus. Eine vollständige Selbstständigkeit des Preußenvorstandes wollen wir nicht, darum schlagen wir auch vor, daß der allgemeine Parteivorstand in dem neuen Parteivorstand vertreten wird. Extrabeiträge in dem vorerwähnten Preußen empfehlen sich nicht. Aber da die preussische Frage auch eine deutsche Frage ist, so werden, denke ich, die nichtpreussischen Landesorganisationen nichts dagegen haben, wenn die heute für den geschäftsführenden Ausschuss ausgegebenen Mittel in Zukunft für den neuen Vorstand verwendet werden. Auf alle Fälle bitte ich um wohlwollende Prüfung unser Antrags. Die Landeskommission soll natürlich daneben bestehen bleiben. Wird unser Antrag angenommen, so werden wir hoffentlich in 2 Jahren sagen können, daß mehr geleistet worden ist als in der hinter uns liegenden Zeit. (Bravo!)

Westkamp (Düsseldorf) begründet den Antrag 18. Der Antrag entspricht der durch das Reichsvereinsgesetz geänderten Rechtslage der Frauen und den Beschlüssen des Leipziger Parteitag.

Leid (Berlin) begründet im Namen der Wahlvereine für Berlin 1 und 6, Teltow-Bezirk, Hannover und Nachen den Antrag 27. Der Antrag stellt kein eigentliches Proportionalverfahren dar, stützt aber die Vertretung auf den Parteitag ab und ermöglicht auch den schwächeren Organisationen eine Vertretung.

Wels (Berlin): Im Grunde hat Schölich seinen eignen Antrag preisgegeben, so daß nichts bleibt als eine fahbare preussische Spitze. Hinter dem Antrag Schölich schlummert ihm selbst vielleicht unbewußt die Depositionierung des deutschen Parteivorstandes und die Schaffung von Reibungsflächen in der Partei. Man spricht von unpreussischen Jahre 1909; aber daß der Kampf um die Finanzreform aufs engste mit der preussischen Wahlrechtsfrage zusammenhängt, ein Ringen der preussischen Junker mit der Sozialdemokratie war, hat die Rede des Herrn v. Heidebrand bewiesen. Man stelle nötigenfalls noch einen Sekretär im Gesamtparteivorstand an und lehne im übrigen den Antrag Schölich ab. (Beifall und Widerspruch.)

Quard (Frankfurt a. M.): Es wäre ein Armutszeugnis, wollten wir Reibungen zwischen dem deutschen und preussischen Parteivorstand fürchten. Es bleibt nur die sachliche Frage, ob es nützlich sei, eine solche Arbeitsteilung vorzunehmen. Diese Frage ist von der großen Masse im Lande längst beantwortet worden. Auf die Form des Breslauer Antrags kommt es nicht an. Ich schlage vor, die Anträge dem Parteivorstand zu überweisen mit der Erklärung, daß der Kern als berechtigt anzusehen sei, daß es aber den Spitzen der Partei überlassen bleiben möge, die richtige Form zu finden, und daß sie dem nächsten Preuzentag eine entsprechende Vorlage machen.

Ebert (Berlin, Mitglied des Parteivorstandes) bedauert die Wiederaufstellung der Organisationsfrage. Ernsthafte Kritiken am geschäftsführenden Ausschuss sind nicht laut geworden. Es geschah durchaus in Uebereinstimmung mit der Landeskommission, daß im vorigen Jahre der Kampf gegen die Finanzreform in den Vordergrund geschoben wurde. Man wünscht eine raschere Bearbeitung der preussischen Statistik, aber diese ist ja erst in den letzten Tagen erschienen. Eine Parteileitung ist keine Studienkommission, aber sie wird alles tun, um das Material stets bei der Hand zu haben. Uebertreiben Sie die Anträge zum Statut als Material. Wenn der Preuzentag noch unter demselben Organisationsstatut zusammentritt, so ist das kein Unglück. (Lebhafte Beifall.)

Darf (Breslau) bittet nochmals um Annahme des Antrags auf Schaffung eines besondern Preußenvorstandes. So fleißig auch der Gesamtparteivorstand ist, er ist überlastet. Dazu treten die kommenden Reichstagswahlen an ihm hohe Ansprüche. Kritiken sind doch nicht darum schlecht, weil sie in den „Sozialistischen Monatsheften“ stehen. Es sollte mich freuen, wenn sie auch in der „Neuen Zeit“ zu finden wären. Mindestens bitte ich, den Antrag nicht als Material, sondern zur Berücksichtigung zu überweisen.

Vorsitzender Singer verliest einen Antrag Quard, wonach die vorliegenden Anträge dem deutschen Parteivorstand und der preussischen Landeskommission zur gemeinsamen Beratung und zur Berichterstattung an den vierten Preuzentag überwiehen werden sollen.

Beims (Magdeburg): Nicht um einen Skandal zu provozieren, wie Wels meinte, ist der Antrag gestellt worden, sondern um eine Erleichterung der speziell preussischen Geschäfte zu ermöglichen. Wir scheinen, als wenn mit einer derartigen

Bekämpfung eines rein sachlichen Antrags dem Parteitag ein Gebot ist. (Sehr richtig!) Ich habe mich verwundert gefragt, ob in dem aufgelärmten Berlin die Gespenstergesetze schon so stark ist, daß man hinter jeden harmlosen Antrag eine gefährliche Aktion gegen den Parteivorstand erblickt. Eine solche haben wir sicher nicht beabsichtigt. Ebert meinte, es habe sich seit dem letzten Preuzentag gar nichts geändert. Wir haben aber doch inzwischen im preussischen Landtag sechs Abgeordnete bekommen, und es ist uns jetzt möglich, hier und da direkt auf die Gestaltung der Dinge einzuwirken, hinter die Kulissen der preussischen Politik zu sehen. Wir werden also jetzt fraglos Material in größerem Umfang bekommen und es wird sich eine intensiver Bearbeitung der speziell preussischen Dinge notwendig machen. Mit dem Antrag Quard sind die Antragsteller wahrscheinlich alle einverstanden. Wir haben von vornherein nicht angenommen, daß der preussische Parteitag die von uns angeregte Aenderung ohne weiteres beschließen wird, sondern wollten die Sache erneut zur Sprache bringen, damit die Parteileitung und die Preuzenkommission erneut Stellung dazu nehmen. Wenn die gebachte Zentralkstelle für Preußen nichts andres tut, als was Genosse Quard in so vorzüglicher sachlicher Weise ausgeführt hat, werden wir etwas außerordentlich Nützliches geschaffen haben. Die Kreise des Parteivorstandes führen wir damit in keiner Weise. Wenn gesagt worden ist, der geschäftsführende Ausschuss sei fast kritiklos hier weggekommen, so sprach doch für die schnelle Erledigung des Geschäftsberichts allerlei Gründe. Die Mitglieder der Preuzenkommission werden schon in der Kommission ihre Bedenken zum Ausdruck bringen. Wenn Ebert meinte, die Preuzenkommission hätte ja selbst gar nicht gewünscht, öfter zusammenberufen zu werden, so hätte ich allerdings gewünscht, die Preuzenkommission wäre nicht erst am 2. Januar zur Vorbereitung des Parteitag zusammenberufen worden, sondern etwa am 2. Dezember, damit wir in der Lage waren, auf die Gestaltung der Dinge auf dem Parteitag einzuwirken. (Zuruf: Ihr habt ja das Material schriftlich bekommen und Du wart einverstanden!) Ich möchte nicht, daß mein Einverständnis eingeholt worden wäre. Die Zentralkstelle, für die zweifellos die wichtigsten Gründe sprechen, soll die Initiative ergreifen in diesen Fragen, in denen sie bisher noch unserer Auffassung nicht in genügender Weise ergriffen worden ist, sie soll den Bezirksverbänden, den Agitatoren mit Material dienen, damit Einklang in die Bewegung kommt und wir nach außen hin Eindruck machen. Ich glaube, daß kein Grund vorliegt, den Antrag abzulehnen.

Dihmann (Gannau) wendet sich gegen den Antrag 27. Hoffentlich wird derselbe glatt abgelehnt. (Zuruf: Abwarten!) Wir können Preußen nicht so ohne weiteres mit kleineren Landesverbänden wie Baden usw. in Vergleich stellen. Zu speziellen Aufgaben wie Materialsammlung usw. brauchen wir keinen besonderen preussischen Parteivorstand. (Zustimmung.)

Leinert (Hannover) bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrags Schölich. In der gegebenen Organisation ist die nach Bezirken. Daher ist es besser, den Schwerpunkt nicht in einen Parteivorstand, sondern in eine Landeskommission zu legen, die in fester Fühlung mit den Bezirken bleibt. Es geht nicht an, jetzt in letzter Stunde so schwerwiegende Änderungen an dem Statut vorzunehmen. (Zustimmung.)

Wels (Berlin): Ich habe in keiner Weise den Antragstellern vorgeworfen, daß sie Differenzen hervorrufen wollen, sondern nur darauf hingewiesen, daß der Antrag Quard vor 2 Jahren eben abgelehnt wurde, um Fraktionen zu vermeiden. Durch Anstellung von Sekretären wird man das Material nicht vermehren.

Leдебour (Berlin): Der zweite Antrag Quard ist geeignet, klaren Entscheidungen aus dem Wege zu gehen und Verwirrungen zu schaffen. Er verdupliziert Anträge, die nichts miteinander zu tun haben. Die Annahme des Antrags Quard wird denen, die für den Breslauer Antrag eingetreten sind, Gelegenheit geben, zu sagen, der Antrag habe, wenn auch noch nicht Zustimmung, so doch Sympathie gefunden. Dadurch würde Mißtrauen in die Massen getragen werden. (Widerspruch.) Ich kann mich nur den Ausführungen Leinerers anschließen. Ich bitte um Ablehnung des Antrags Quard sowie der Anträge 18 und 27 und bitte nur den Antrag 18 anzunehmen, der die Abfassung der Delegation nach Mitgliederzahl auch für den Preuzenparteitag einführt.

Vorsitzender Singer stellt fest, daß Quard erst nach privater Besprechung mit dem Bureau die Anträge 18 und 19 in seinem Antrag aufgenommen habe, der sich ursprünglich nur auf den Antrag 27 bezog. Eugen Ernst (Berlin): Geheiß war der Bericht des geschäftsführenden Ausschusses kurz. Ich bin aber im Einklang mit dem heutigen „Vorwärts“-Artikel der Meinung, daß es nicht auf Worte, sondern auf Taten ankommt. (Lebh. Zust.) Wenn die Landeskommission nicht oft zusammen war, so lag das vielfach an der Unabkömmlichkeit der Mitglieder, die in der örtlichen Agitation nicht zu entbehren waren.

Westkamp (Düsseldorf) spricht sich gegen den Antrag Schölich aus und zieht den Antrag 18 zugunsten des Antrags 19 zurück. Die Abfassung der Delegation nach der Mitgliederzahl ist um so dringender notwendig, als außer den Berliner Wahlkreisen diesmal kein Wahlkreis mehr als drei Delegierte gesandt hat.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. In der Abstimmung wird Antrag 18 angenommen, alle andern Anträge einschließlich des Ueberweisungsantrags Quard werden abgelehnt.

Christhammer (Mansfeld) dankt im Namen der Parteifelder Vergleiche für die materielle und moralische Unterstützung, die ihnen das preussische Proletariat in ihrem schweren Kampfe gegen die Despotie der Bergherren gewährt habe. (Lebh. Zust.)

### Das Schlusswort.

Vorsitzender Singer: Die Arbeiten des Parteitag sind vollendet. Sie haben anregende und reiche Arbeit zu bewältigen gehabt. Ich wiederhole am Schlusse der Verhandlungen den Dank des Parteitag an die kleine und tapfere Schar unserer Kämpfer im Junkerparlament, deren Tätigkeit mühselig und in der hoffentlich nicht fernem Zeit, in der sie erheblich verstärkt dort zu arbeiten haben wird. (Lebhaftes Bravo!) Sorgen wir dafür, daß das preussische Junkerparlament im vernünftigen Maße die wichtige und kraftvolle Kritik zu hören bekommt, die das Proletariat von der Volksvertretung erwartet. Das unfaßliche Bild der volksfeindlichen und kulturverwüthenden Tätigkeit der preussischen Verwaltung, das uns unser Referent hier entrollt hat, wird im Lande die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines frischen Luftzugs, von der Notwendigkeit sozialdemokratischer Politik im Junkerparlament immer weiter verbreiten. Unser Kommunalprogramm soll wie alle unsere Programme keine Ewigkeitsleistung darstellen. Es soll Nichtstunern geben für die erprobte Tätigkeit unserer Vertreter in den Kommunen. Niemals dürfen unsere Vertreter um Augenblinderfolge besorgten, daß sie Sozialdemokraten sind. (Lebh. Zustimmung.) Das A und O der sozialdemo-



Realistischen Forderungen an den preussischen Junkerstaat ist die Wahlrechtsfrage. Die herzliche Sympathie, die uns die außerpreussischen Genossen ausgedrückt haben, bezeugt, daß die preussische Wahlrechtsfrage in ihrer Bedeutung weit hinausragt über die schwarzweißen Grenzpfähle. Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine Gesamfrage des deutschen Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen, daß der Wahlrechtskampf neue und schwere Opfer erfordert. Das preussische Junkertum ist nicht auf einen Sieg zu fällen. Wir haben gegen uns das Bürgertum wie die im Schnapsblut koalitierten Ritter und Heiligen. Ueberschwengliche Hoffnungen sind nicht am Platze. Der schadet seiner Sache am meisten, der die Bedeutung des Feindes unterschätzt. (Sehr richtig!) Unsere Gegner wissen, daß ihre ökonomische Machtstellung mit ihrer politischen verbunden ist. Aber so wenig wie mit überschwenglichen Illusionen gehen wir mit Kleinmut und Verzagtigkeit in den Kampf. Durch seine Fähigkeit, durch seine unerschütterliche Energie wird das preussische, das deutsche Proletariat endlich doch zum Siege gelangen. (Stürmischer Beifall.) Diese Zuversicht kann uns nichts nützen. (Erneuter Beifall.) Die Sozialdemokratie wird sich das Kampffeld nicht von den Gegnern aufbringen lassen, sondern nach eigener Entscheidung wählen. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es sich um die heiligsten Güter des Proletariats handelt, werden wir alle Mittel anwenden, die Erfolg versprechen. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien mögen wissen, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, den Sieg mit allen Mitteln zu erringen und alle Opfer auf sich zu nehmen. Das Zaubervort, das zum Siege führt, lautet: Organisation und Agitation! (Lebhafte Beifall.)

Es würde der Bedeutung des Augenblicks nicht angemessen sein, wollten wir uns beim Auseinandergehen in Erörterungen über die einzelnen Maßregeln verzetteln. Unsere Mittel werden wir ausfinden nach dem Maße des Kampfes, den sie bieten, nachdem wir uns über den Umfang und die Bedeutung dieser Mittel mit den einzelnen Organisationen verständigt haben. Aktionen großen Stils können nur erfolgreich sein, wenn sie getragen werden von dem Willen und der Zustimmung der breiten Massen der Bevölkerung. Die Führer sind nichts ohne die Massen. Männer und Frauen sind berufen, diesen Kampf zu führen. Jede einzelne Organisation muß sich in den Dienst der großen Bewegung stellen. Unter dem Banner, auf dem geschrieben steht: Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht! müssen wir zum Siege marschieren. (Lebhafte Bravo!) Wir rufen mit dem Dichter:

Ihr ungezählten Willkoren  
In Schacht und Feld, in Stadt und Land,  
Berneht den Wahn, schließt euch an,  
Das ist das Ziel, das wir erstreben,  
Das ist der Arbeit heiliger Krieg,  
Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

(Stürmischer Beifall) So laßt uns denn in den Kampf ziehen, um das preussische Volk zu befreien aus der Schmach des Dreiklassenparlamentes. Wir erneuern den Schwur, nicht zu erlahmen in dem Kampf um Befreiung des arbeitenden Volkes, und fassen

alle unsere Wünsche zusammen in dem alten Kampfruf: Die preussische Sozialdemokratie lebe hoch! Die Versammelten erheben sich, stimmen in das dreimalige Hoch ein und singen die Wahlrechtsstrophe der Arbeitermarxillaise. —

## Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 5. Januar 1910.

Fünf zu eins. Wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und gemeinschaftlicher Körperverletzung erhielt der vorbestrafte Arbeiter Walter Dle von hier, geboren 1883, vom Schöffengericht am 8. Oktober 1909 5 Monate Gefängnis. Der Vorfall ereignete sich in der Nacht zum 1. Januar 1909 im Kellerlokal des Schautwirts Behhorn. Die Verurteilung wurde ermäßigt die Strafe auf 1 Monat Gefängnis. —

Körperverletzung. Der Klempnergehilfe Fritz Niehard zu Staßfurt, geboren 1891, wurde vom Schöffengericht am 9. November 1909 wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung des Hädergesellen Krügermann zu 40 Mark Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Es bleibt beim alten. Der vorbestrafte Arbeiter August Häbner von hier, geboren 1858, saß am 14. September 1909, abends, dem Schiffer Nikolai vor einer Schankwirtschaft in der Werfstraße ein Fahrrad und wurde deswegen vom Schöffengericht am 6. November zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Der Kupferfessel. Der Hausdiener Artur Hirsch von hier, geboren 1889, jetzt Soldat im Infanterie-Regiment Nr. 73, war früher in der „Budauer Bierhalle“ beschäftigt und saß dort am 10. April 1909 abends gemeinschaftlich mit dem Handelsmann Otto Ruff hier, geboren 1872, und dem Handelsmann Walter Wittig hier, geboren 1869, aus der Veranda im Garten einen kupfernen Behälter im Werte von 25 Mark, den dann am 11. April der Handelsmann Paul Larnowsky zu Neustadt, geboren 1861, für 10 Mark angekauft haben soll. Den Geldes sollen sich die Diebe geteilt haben. Die Kammer verurteilte auf Grund der Verhandlung Hirsch zu 4 Tagen, Ruff zu 3 Wochen und Wittig, der sich im strafschärfenden Rückfall befindet, zu 3 Monaten Gefängnis, sprach dagegen Larnowsky von der Anklage der Hehlerei frei.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 5. Januar 1910.

Der ungeratene Sohn. Das Schöffengericht Döherleben verurteilte den Fleischer Richard Runge aus Döherleben wegen Betrugs zu 1 Monat Gefängnis. Runge hat einer Frau Becker in Berlin 500 Mark abgeschwindelt, indem er ihr erzählte, daß er das Geld zum Ankauf eines Automobils für seinen Vater brauche. Vorher hatte er bereits verschiedene Fahrten nach Magdeburg unternommen, wo er in Bordellen mit dem Gelde seines Vaters, dem er 400 Mark abborgte, ein lustiges Leben führte. Bei seiner Festnahme fanden sich noch 700 Mark vor. Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen. —

Eine Hand wäscht die andre. Der Kesselschmied Emil Ritsche aus Schladen hat am 2. September 1909, angeblich aus Gefälligkeit für die Mitangeklagte Berta Klotz, die ihm vorher im Punkte Siebe einen andern Gefallen erwiesen hatte, aus einem Hühnerstall vier Hühner im Werte von 21 Mark entwendet. Die gestohlenen Hühner reichte er über einen Drahtbaum der mitangeklagten lebigen Minna Michaelis aus Anderbeck zu, mit der er ein Verhältnis hatte. Die Beute nahm dann später die Angeklagte Klotz in Empfang, die sie in ihrer Wohnung zurecht machte und mit der Michaelis verzehrte, während Ritsche nichts davon erhielt. Wegen schweren Diebstahls wird gegen Ritsche auf 4 Monate Gefängnis erkannt. Die Angeklagte

Klotz erhielt wegen Hehlerei 2 Wochen Gefängnis. Sonderbare Weise wurde auch die Angeklagte Michaelis, die sich an dem Diebstahl nur insofern beteiligte, als sie dem Ritsche am Faune die Hühner abnahm, wegen schweren Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Wahrung berechtigter Interessen. Wegen Verleumdung des Pastors Döhler in Schlanstedt wurden im September 1909 von der Ferienstrafkammer des Landgerichts Halberstadt der Buchbindermeister Karl Bedekind aus Schlanstedt zu 20 Mark und dessen Ehefrau zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf die vom Angeklagten eingelegte Revision gegen das Urteil vermittelte das Oberlandesgericht Naumburg die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück. Der Pastor Döhler hatte im vorigen Jahre der Frau des Angeklagten mitgeteilt, daß sich ihr Mann keine Lesebücher für die Schulkinder anschaffen solle, da nach einer Verfügung der Regierung die Bücher durch den Pastor direkt vom Verlag bezogen würden. Daraufhin ließ der Angeklagte, der in dem Vorgehen des Pastors eine Geschäftsschädigung erblickte, durch seine Frau an den Pastor einen Brief schreiben, in dem ihm der Vorwurf gemacht wurde, daß er bei dem Bezug der Bücher verfahren wolle, wodurch sich der Pastor beleidigt fühlte. Die angeführte Verfügung der Regierung bezog sich in Wirklichkeit nur auf die Kinder der Armen, für die durch die Schulinspektion Bücher angeschafft werden sollten. Der Angeklagte behauptete, daß die Verfügung für Schlanstedt gegenstandslos sei, da dort keine wirklich Armen vorhanden sind. Das Gericht sprach die Angeklagten frei, da sie in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt haben und die Form, in der sie ihre Interessen wahrnahmen, keine Verleumdung erkennen läßt. —

Teures Schießgeld. Der Erbarbeiter Friedrich Esemann aus Bernigerode wurde vom dortigen Schöffengericht wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Esemann hat sich auf dem Schützenfest in Bernigerode im betrunkenen Zustand seiner Verhaftung widersetzt, die erfolgen sollte, weil er in einer Schießbude nicht bezahlt hatte und die Angabe seines Namens verweigerte. Die Berufung des Anwalts, dem die Strafe zu niedrig erschien, wurde verworfen. —

## Bereine und Versammlungen.

Holzarbeiter.

Am 2. Januar tagte im „Sachsenhof“ eine außerordentliche Generalversammlung, in welcher der Vorsitzende auf Grund der vorliegenden Beschlüsse der Schönebecker Filiale des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Ausschluß des Mitgliedes L. begründete. Nach langer Debatte lehnte die Versammlung den Antrag ab. Die alte Lokalverwaltung wurde wieder für das laufende Jahr bestimmt. Die übrigen Funktionäre, die in den Bezirken gewählt waren, fanden die Zustimmung der Generalversammlung. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Erhöhung des Kartellbeitrags; sie fand ihr Ende durch Annahme des Antrags: „Den Beitrag wieder auf seine alte Höhe, und zwar auf 60 Pf. pro Mitglied und Jahr, zu bringen.“ Infolge der vorgerückten Zeit konnte der Punkt über die Lohnbewegung nicht mehr verhandelt werden; hierüber soll in allernächster Zeit eine neue Versammlung beraten.

## Briefkasten.

Den Inhabern der Lungenheilstätte Schielo, Ostharz, zur gefälligen Kenntnis, daß die Direktion der Anstalt die Annahme der vom Verlag der „Volksstimme“ überwiesenen Exemplare verweigert. Wir bitten unsere Genossen, falls sie die „Volksstimme“ zu lesen beabsichtigen, dieselbe bei der Postanstalt in Schielo zu bestellen.

Der Verlag. Quittung. Halberstadt. Zur Weihnachtsfeier spendeten: Metallarbeiter 10 Mk., Bedearbeiter 10 Mk., Maurer 10 Mk., Dachdecker 5 Mk., Schneider 5 Mk., S. Weiß 10 Mk., G. R. 3 Mk., Ungeannt 6 Mk., S. D. 6 Mk., B. 1 Mk., Zimmerer 5 Mk. —

Voranzeige!

# H. Lublin

## Montag den 10. Januar

beginnt mein

# Inventur-Räumungsverkauf

Große Warenposten aus sämtlichen Abteilungen

kommen

# enorm billig

zum Verkauf.



# GEBR. BARASCH

## Preiswerte Lebensmittel!

Freitag Sonnabend

Soweit Vorrat

### Fleischwaren

Echte Thüringer Cervelatwurst	1.50
Echte Braunschweiger Schlackwurst	1.60
Echte Braunschweiger Meißwurst	1.10
Prima Holsteiner Cervelatwurst	1.25
Prima Holsteiner Salamiwurst	1.25
Prima Holsteiner Schinkenwurst	1.30
Echte Thüringer Landbratwurst	1.20
Prima Landlieberwurst	1.00
Prima Thüringer Rotwurst	0.80
Zwiebelwurst	0.55
Rotwurst	0.55

Schweizerkäse	68
Limburger Käse	53

### Backobst

Kalifornische Aprikosen	65
Kalifornische Birnen	55
Neue amerikanische Ringäpfel	55
Pflaumen	35 29 25
Mischobst	30
Traubenrosinen	80
Schalmandeln	90
Marokkaner Datteln	80
Kranzfeigen	25
Amerikanische Äpfel	5 1.40 30

### Gemüse-Konserven

Stangenspargel	1.10
Brechspargel mittel	1.10
Brechspargel dünn	82
Brechspargel m. Köpf., Ig. Wdshu.	65
Junge Erbsen fein	90
Junge Erbsen mittelfein	55
Junge Erbsen	45
Gemüse-Erbsen	38
Junge Erbsen mit Karotten	93
Junge Karotten	55
Karotten in Streifen	32
Leipziger Allerlei I	80
Leipziger Allerlei III	45
Junger Spinat geernt.	46
Oberrüben mit Grün	35
Prime Junge Schnitt- und Brechbohnen	65 55 42 28 19

### Früchte-Konserven

Mirabellen	75
Melange-Früchte	1.10
Reineclauden	85
Aprikosen	1.10
Pflirsche	110
Birnen	60
Apfelsinen	65
Pflaumen	48

### Fisch-Konserven

Delikater Hering in verschiedenen Saucen	Dose 85 55
Hering in Gelee	Dose 36
Aal in Gelee	Dose 88 u. 88
Gelsardinen „Jeanette“	1/2 Dose 45
Gelsardinen „Jeanette“	1/2 Dose 2.15
Gelsardinen „Fleur de Lotus“	1/4 Dose 85
Gelsardinen „Fleur de Lotus“	1/2 Dose 1.25
Russische Sardinen u. Anchovis	Glas 28
Feinste Kronenbutter	Dose 2.35
Mixed Pickles	Glas 85 u. 38
Cornichons	Glas 75 u. 42
Zwainer Gurken	Glas 68

Deutscher Kakao I	90
Deutscher Kakao II	78
Block-Schokolade	63

Kunsthonig 5-Pfund-Topf	1.55
Kunsthonig 10-Pfund-Eimer	2.75
Kunsthonig 1-Pfund-Paket	30

Zitronen 12 Stück	45 u. 35
Apfelsinen 12 Stück	50 35 und 25

### Konfitüren

„Lucerna“, feinste Schweizer Schokolade Milch und bitter	Zafel 45 u. 23
Schmilch	Zafel 48 u. 33
Punschbohnen	110
Hansa-Mischung	120
Hansa-Konfekt	60
Crème-Pralinés	68

### Billigste Fleisch-Offerte!

Heute Freitag und morgen Sonnabend  
kommen bei mir her!  
60 Stück frischgeschl. Kälber zum Verkauf  
und offeriere davon:  
Kalbskeulen 50 Pfund  
Kalbsrücken mit 50  
Kalbsniere nur 50  
Kalbsbrust  
Prima Ochsenfleisch 50 bis 75  
Prima Schweinefleisch 50 bis 80  
Fr. Guter 30 bis 25  
Rinderherz 45  
Harte Bratwurst 80  
Nur dieser eine Preis  
Keine höheren Preise

Richard Bosse, Gr. Marktstr. 20

Schulartifel empfiehlt die Buchhandlung Volkstimme.

2837  
**Damen- und Kinder-Hüte**  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen  
in noch immer reichhaltiger Auswahl  
**Selma Typky**  
Schmidtstraße 47.

**A. Typky**  
Magdeburg-Neustadt, Schmidtstraße Nr. 40a  
**Möbel, Spiegel u. Polsterwaren**  
in größter Auswahl, reell und preiswert, zu den kulantesten Bedingungen. — Auch auf Zeitzahlung.  
**Großes Lager fertiger Särge**  
in allen Größen.

**Arbeiter-Stiefel**  
In großer Auswahl aus starkem Leder zu sehr niedrigen Preisen empfiehlt als Spezialität  
**Wilhelm Coors**  
Magdeburg-Sudenburg Halberstädter Str. 116.

**Lehrstellen-Bermittlung**  
Zur Vermittlung von Lehrstellen für alle Berufe inner- u. außerhalb Magdeburgs hält sich die unterzeichnete Vermittlungsstelle bestens empfohlen.  
Im Interesse einer prompten Erledigung ist die möglichst frühzeitige Anmeldung offener Lehrstellen sowie der Lehrstellensuche sehr erwünscht.  
Bei schriftlichen Angeboten ist eine genaue Angabe der Lehrbedingungen erforderlich.  
Die Vermittlung ist für Lehrherren und Lehrlinge vollständig unentgeltlich.  
**Städtischer Arbeitsnachweis Magdeburg** Peterstrasse  
Telephon 2054.

**Möbel**  
echt Kieler Bücklinge  
Aale, Stör, Borsch und Lachs  
sowie Riesenauswahl darin.  
Bekannt billigste Bezugsquelle für Restaurateurs u. Wiederverkäufer.  
In nur allerfeinsten Qualitäten: Bratheringe, Kollmops, Bismarckheringe, Stralhund, Halbrüden, russische Sardinen.  
**Fleisch-Großhandlung**  
Empf. tägl. frisch aus dem Hauch  
**Aug. Richter**  
Magdeburg, Breitweg 83/90  
Fernruf 2963, 2859  
Präm. Kochkunstausstellung 1907.  
Königsplatz, Kleine Bobbe, S. S. Ottersleben, Frankefeld, mung zu dem. Amstgarten 12.

**Kniestiefel**  
**Schaffstiefel**  
**Filzstiefel**  
**Schaffnerstiefel**  
**Holzstiefel**  
**Holzschuhe**

**Sudenburg Kieler Fischbörse**  
40 Halberstädter Straße 40  
empfiehlt täglich frischen **Fluß- u. Seefisch**  
sowie sämtliche Fischwaren, geräuch. u. mariniert, stets frisch, Freitag wieder lebendfrische  
**Gänse und Gänsefleisch**  
sowie Gänsefleisch, Gänselebern, Gänsefloss, Gänsefloss, Gänsefleisch und Kollbrust.  
Geschäftsprinzip: Durch billige Marktpreise schnellen Umsatz, stets frische Ware.

**Maschinenstricken**  
wird gelehrt Schönebeckstr. 8, S. III.  
Jeden Sonnabend:  
**Anna Busse**  
Wilhelmstadt  
Obenstedter Str. 36.

**BASTA**  
Beste spanischer Wein für **Blutarme und Magenkranke**  
Überall zu haben.  
1/2 Flasche rot oder weißlich 1.75  
1/2 Flasche rot oder weißlich 1.50 mit Flasche. 2978

**Briefkassetten**  
empfiehlt die Buchhandl. Volkstimme

**F. Pützkuhl**  
Lübeckstr. 120.  
Hüte, Mützen, Schirme, Handsch., Wäsche, Cravatt., Rosensträger, Stöcke etc.

**Achtung!**  
Kaufe Kanarienhähne und weibchen, bezahlte à 3.50 bis 4.00 Mk., gute nach Bedarf. 2559  
**Jos. Tischler, Annastraße 25.**

Große frische **Hasengekröse**  
ganze 60, halbe 20 Pfg.  
empfiehlt  
**Fr. Freundt** Magdeburg-B. Feldstraße 3.

**Tüchtige Skatspieler**  
welche gern einem Skatklub beitreten möchten, werden gebeten, sich am nächsten Sonntag vor-mittag 10 Uhr zu einer Besprechung einzufinden. 2982  
Mit Sat-Grus

**Franz Mieth, Gastwirt**  
Schönebeck, Königstr. 14

**Stadt-Theater**  
Freitag den 7. Januar 1910  
Auf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.  
3. Abend (Giegeleite Karten)  
**Othello.**  
Oper in 4 Aufzügen von Giuseppe Verdi

Sonnabend den 8. Januar 1910  
Einmaliges Schachspiel  
**Karl Wilhelm Müller.**  
Der Raub der Sabinerinnen.  
Schwanke in 4 Akten von F. und B. Schönlank.

**Wilhelm-Theater**  
Freitag und Sonnabend  
Glänzende **Lehr-Novität!**  
Großer durchschlagender Erfolg!  
**Das Fürstentind.**  
Sonntag den 9. Januar  
Zum erstenmal!  
**Ein Schönlank.**  
Montag den 10. Januar  
**Die geschiedene Frau.**  
Dienstag den 11. Januar  
**Das Fürstentind.**



**Butter** allerfeinste Molkereibutter Pfund **1.42**  
mit 10% Rabatt

= netto ca. **127** Pf.

**Schmalz** Pfund **80** Pf.  
mit 10% Rabatt

= netto **72** Pf.

**Waren-Verein**

G. m. b. H.

**Kolonialwaren-Grosshandlung.**

Verkaufsstellen: 2990

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <b>Altstadt:</b><br>Kaiserstrasse 46a,<br>Ecke Moltkestrasse<br>Kaiserstr. 101, gegenüb.<br>der Wilhelmstr.<br>Schröderstrasse 1,<br>Ecke Franziskanerstr.<br>Berliner Strasse 27<br>Blumenthalstr. 1<br>Johannisberg 15a<br>Petersstrasse 14<br>neb. Eckh. Jakobstr.<br>Kleine Storchstrasse 6<br>Gr. Steinmetzstr. 10b,<br>Ecke Grünarmstr. | <b>Friedrichstadt:</b><br>Graauer Strasse 8<br><b>Buckau:</b><br>Schönebocker Strasse 96<br>Gegeistrasse 11<br>Neue Strasse 7<br>Sudenburg:<br>Sudenburg Strasse 4<br>Dorotheenstrasse 2<br><b>Sudenburg:</b><br>Leipziger Strasse 55<br>Kurfürstenstrasse 27<br>Fichtestrasse 40<br>Wolkenhüttler Strasse 19<br>Hesekielstrasse 2, Ecke<br>St. Michael-Strasse<br>Branschweiler Str. 1<br>Halberstädter Straße 72<br>Helmsdörfer Straße 57 | <b>Alte Neustadt:</b><br>Agnetenstrasse 20<br>Maldenstrasse 36<br>Rathenauer Strasse 1<br><b>Neue Neustadt:</b><br>Luisenstrasse 22<br>Morgenstrasse 18<br>Hundlsberger Strasse 1,<br>Ecke Lübecker Str.<br>Umfassungstrasse 15<br><b>Wilhelmstadt:</b><br>Lützowstrasse 12<br>Ebdorfer Strasse 4<br>Immermannstrasse 33<br>Annastrasse, im Eckh.<br>Gr. Diessdorf, Str. 217. |
|---|---|---|

**Möbel, Spiegel u. Polsterwaren**

Gegründet 1886 - reelle Arbeit, empfiehlt - Gegründet 1888  
**C. Dittmar** Tischler-Tischlerkrugstr. 25 u. 26.

**Geschäfts-Gröffnung.**

Den geehrten Bewohnern von Neue Neustadt zur gefälligen  
Nachricht, daß ich in **Schmidtstraße 28** ein  
**Material- und Fischwaren-Geschäft**  
sowie **Wurstwaren eigener Schächtung**  
errichtet habe. Ich bitte, mein Unternehmen wohlwollend zu beachten.  
Hochachtung **Joseph Nachtwei**  
Neue Neustadt, Schmidtstraße 28.

**Kalbfleisch billiger!**

Freitag und Sonnabend  
**Ausnahmepreise für ff. Kalbfleisch**

Keule }  
Rücken } Pfund **50** Keine  
Niere } nur **50** höheren  
Brust } Preise!

**1a. Rindfleisch** 2994

Bratenstücke (ohne Knochen) à 75, Suppenfleisch à 55

**1a. Schweinefleisch**

zu bekannt billigen Preisen.  
Frisches Guter à Pfund 30, Herz à Pfund 45  
Seber à Pfund 70, Ochsenfleisch à Pfund 55  
Kalbsköpfe 30-40, Lunge à Pfund 15.

**A. Bosse, Gr. Münzstr. 14.**

**Arbeiter-Bildungsausschuss für den Kreis Wanzleben.**

Am Freitag den 7. Januar und Sonnabend den 8. Januar 1910 beginnt je ein

**Kursus über die Geschichte unserer Erde.**

Die Vorträge finden statt: für die Gildbürger in Galbe, und zwar Freitag den 7., 14., 21. und 28. Januar im Lokal des Herrn August Bartels; für Groß-Ottersleben, Klein-Ottersleben, Bennedissen und Remsdorf in Groß-Ottersleben, und zwar Sonnabend den 8., 15., 22. und 29. Januar im Lokal der Witwe Strumpf.

Die Themen sind folgende:

1. Abend: Historischer Überblick: Die Bildung und Entwicklung unseres Planetensystems.
2. Abend: Die Entwicklung der festen Erdkruste. Erstarrungs- und Ablagerungsgesteinen.
3. Abend: Die Geologie der Erdgeschichte.
4. Abend: Formen der Erdoberfläche: a) Gebirgsbildung; Erdbeben und Vulkanen. b) Wasser und Land, Kreislauf des Wassers; Verwitterung und Abtragung der Erdoberfläche.

Die Vorträge werden durch eine Reihe von Lichtbildern unterstützt.

Vortragender ist Genosse Eugelebrecht Graf (Berlin).

Eintrittskarten zu allen Vorträgen für männliche Teilnehmer 75 Pf., für weibliche 50 Pf. sind auch an den Vortragabend noch zu haben. Aber auch Karten zu nur einem Vortrag à 25 Pf. sind vorhanden.

Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Bildungsausschuss.

**Wenn Grade fliegt.** 1420

**Fürstenhof-Theater**

Dir. Müller-Lipart (Eg. Bräulstr.)



Zwei tolle Burlesken und das Spezialitäten-Programm!  
Ferner letzte Ausführung von **Silvesterglocken!**

Anfang eines spannenden, hochinteressanten Stückes (ab Sonnabend Fortsetzung)  
Eintritt nur 20 Pf. gegen 1420 Vorzugskarten.

**Walhalla-Theater**

Unabwendig stürmischer Erfolg des brillanten

**Januar-Programms!**  
Anfang d. Vorstellung 8 1/4 Uhr. Vorzugskarten gelten.

**Eldorado**

Große Junkerstraße 12. Täglich abends 7 Uhr:

**Varieté-Vorstellung**  
Soubretten-Debitiret.  
Seltene Kabarett-Vorträge.

**Stephanshallen**

Dir. Rich. Froberg

Abends 8 Uhr - **Varieté-Vorstellung**  
Streng dezentes Programm für Familien-Publikum

**Freireligiöse Gemeinde (E. V.)**

**Gemeindeversammlung**

am Sonntag den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gemeindefaß, Marktplatzstraße 1, Tagesordnung: Vorstandsberichte. Berichte.

Der Vorstand.

**Burg.**

**Kranken- und Sterbefälle der Schuhmacher zu Burg**

(E. V.)  
Am Sonnabend den 15. Januar, abds. 8 Uhr, im Lokale zur Grund (Zuh. E. Probst)

**Generalversammlung.**

- Tagesordnung:
1. Jährlicher Kasienabschluss.
  2. Bericht der Revisoren und Entlastung des Vorstandes.
  3. Erhöhung der Beiträge.
  4. Verschiedenes.
- Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 2993  
P. Plandorf, Borf.

**Zentralverband der Zimmerer Deutschl. Burg Arbeitersekretariat Burg**

Zahlstelle Magdeburg und Umgegend.

Sonntag den 9. Januar 1910, nachmittags 3 Uhr, in sämtlichen Bezirken

**Versammlungen**

- Bezirk Magdeburg, bei D. Kleine, Jaglochsberg.
- Bezirk Ottersleben, im „Goldenen Stern“.
- Bezirk Othenstedt, bei Albert Magdorz.
- Bezirk Diesdorf, im „Weißen Hof“.
- Bezirk Hohendobeleben, im „Goldenen Stern“.
- Bezirk Galbe, im Gasthaus zur Eiche (Inhaber: August Bartels).
- Bezirk Schwarzeleben, beim Kollegen Schmidt.

**Tagesordnung in allen Versammlungen:**

1. Delegiertenwahl zur außerordentlichen Generalversammlung.
  2. Wahl der Bezirksleitungen.
  3. Sitzungsergebnis zur Festsetzung des Beitrags für 1910 und zum Antrag Magdeburg auf Zahlung eines Beitrags.
  4. Verschiedenes.
- Für Bezirk Ottersleben außerdem Abrechnung der Jährlichen und Wahl des Vorstandes derselben.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Mitglieder, in diesen Versammlungen zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband**

Zahlstelle Magdeburg.

Sonntag den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn G. Böhm, Kleine Klosterstraße Nr. 15/16

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Wahl eines Schriftführers. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 3. Stellungnahme zu dem Antrag des Kartellverbandes. 4. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung teilzunehmen.  
Der Vorstand.

für die Kreise Jerichow I und II  
Januar. 602. Franzosenstraße 16. Januar. 603

**Barleben.**

**Sozialdemokratischer Verein.**

Am Sonnabend den 8. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwerfgeschützhaus“

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom letzten Quartal.  
2. Generalbeschlüsse.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen auch der Frauen erwartet  
Der Bezirksleiter.

**Derben. Derben.**

Am Sonntag den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Saal der Deutschen Eiche ein

**Öffentliche politische Versammlung**

statt, in welcher der Eisenbahnbeamte W. Haupt (Magdeburg) einen Vortrag hält über  
Die beabsichtigten Eisenbahn-Erweiterungen, eine Folge der Herrschaft der Reichstagswahl 1907.  
Alle Eisenbahner und deren Familien von Derben, Burg, Burg, Galbe und Umgegend sind hierzu herzlich eingeladen.  
Der Eisenbahner.

**Kranken- und Sterbekasse der Handwerker zu Burg.** E. V. Nr. 1. zu Burg.

Sonntag den 16. Januar 1910, nachmittags 11 Uhr, im „Hofgasthaus“

**Generalversammlung.**

Tagesordnung: 1. Jährlicher Rechenschaftsbericht. 2. Wahl des Vorstandes, der Revisoren und des Kassens-Kontrollrats sowie der Mitglieder der Kommission der Gilden.  
Der Vorstand. Carl Rottke, Burg.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Gr. Münzstraße 3, 1 Et. - Telefon-Anschluß Nr. 1912.  
Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9 1/2 bis 12 Uhr, am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr.

**Versammlungen finden statt:**

- Sonnabend den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr  
Bezirk Diesdorf im Lokal des Herrn Köppe.
- Sonntag den 9. Januar, nachmittags präzis 3 Uhr  
Bezirk Langenweddingen und Osterweddingen  
im Lokal des Herrn Pieper in Langenweddingen
- Montag den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr  
Bezirk Buda in der Thalia, Dorotheenstrasse 14.

Auf der Tagesordnung sämtlicher Versammlungen steht:

1. Vortrag.
  2. Die Reform des Versammlungswesens.
  3. Die Erhöhung der Kartellbeiträge und Verschiedenes.
- Referenten sind für Diesdorf Arbeitersekretär Fr. Wernicke, für Langenweddingen E. Dähnen und für Buda Genosse F. Holzappel. Wir machen besonders die Budaer Kollegen auf diesen Vortrag aufmerksam, daß der Vortrag des Gen. Holzappel über „Der heroische Teil des Ernter-Programms“ in zwei Teile zerfällt und am kommenden Montag der erste Teil behandelt wird. Die Mitglieder, auch die der übrigen Bezirke, werden ersucht, die angelegten Versammlungen zahlreich zu besuchen.  
Die Verwaltung.

**Sportheus H. Niehe**

Neustadt, Neuhaidensleber Str. 4  
Heute und folgende Tage: 2943

**Großes Preisschießen**

1. Preis 20 Mark, 2. Preis ein Freischwinger, 3. Preis 20 Mark, 4. Preis 15 Mark, zehn diverse andre Preise.  
Seit: 2 Schuß 25 Pf., Rausch 10 Pf., 3 Probeschüsse 10 Pf.

**Zirkus-Varieté.**

Heute u. folg. Tage, 8 1/4 Uhr

2895 Gastspiel des

**Prechtel-Ensembles**

die mit nicht endenwoll. Beifall aufgen. neuen Burlesken  
**Das kommt davon!**  
Vorher: In der Hölle des Löwen.  
Außerdem: Das große Spezialitäten-Programm mit neuem Repertoire.

**Kaiser-Theater**

Heute Freitag 2815

**Programmwechsel!**

Bombenprogramm  
Dauer ca. 2 Stunden.

**ZENTRAL**

THEATER

**ROBERT**

**STEIDL**

der weltberühmte Gummist mit seinen glänzenden Schlegeln  
Gertrude Harrison mit ihren Langhüften  
Otto Röhr  
Vortragstänzer am Hügel  
Die Loreley, Der fliegende Holländer, Volkslieder in Wert und Bild, und  
7 weitere Schläger 7



# Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 6. Januar 1910.

## Vom Krupp-Grufontwerk.

„Eine schlechtere Weihnachtsgeschenke konnten Sie mir nicht machen.“ erklärte in der letzten Generalversammlung des Werkvereins Herr Winkler seinen Mitgliedern, als die Abstimmungen über die Einführung einer Altersversicherung vorüber waren. Bei der ersten Abstimmung erhoben nur 40 von circa 400 anwesenden Mitgliedern die Hände. Herr Winkler war daff. Sollte der Artikel der „Volksstimme“ doch noch derartig gewirkt haben? Das konnte er nicht glauben. Der Vorstehende mußte deshalb noch einmal die Abstimmung vornehmen lassen, diesmal aber durch Aufstehen. Doch — die Haare sträubten sich — ganze zwei Mann erhoben sich, alle anderen lehnten das Konstrukt einer Versicherung ab. Da springt Herr Winkler auf, hält eine furchtbare Rede, bettet dann zum Schluß die Mitglieder an, sie möchten doch wenigstens dafür stimmen, wenn sie auch nicht betätigen wollten. Das jammerte die Mitglieder, und nach der dritten Abstimmung erklärte der Vorstehende die Annahme. Eine Gegenprobe ließ er nicht vornehmen; sie hätte nach der Überzeugung einer großen Zahl der Mitglieder zweifellos auch dieses dritte Mal die Ablehnung ergeben.

Wer wundert sich darüber? Auch wenn die Notiz in der „Volksstimme“ nicht genommen wäre, mußte mit solchem Resultat gerechnet werden. Die Mitglieder waren wirklich dümmere, als es die Polizei erlaubt, während sie nicht den neuen Plan durchschauen, mit dem sie angeschnitten werden sollen. Die alten Arbeiter glaubt Herr Winkler übrigens so fest zu haben, daß er ihnen ohne Umschweife erklären konnte, für sie habe die Versicherung nur geringe Bedeutung. Immerhin ist das Resultat der Abstimmungen eine recht bittere Pille für den Mann gewesen, der 3 Jahre hindurch die Arbeiterschaft des Werkes drangsalierter und jetzt beim ersten Anzeichen einer besseren Geschäftslage im Werte sehen muß, daß sie durch Terrorismus errichtetes Gebäude elend zusammenbricht.

Schon einmal erging es ihm so. Als seinerzeit Barne die bekannte Aufforderung an die organisierten Arbeiter des Werkes richtete, sie möchten in den Versammlungen des Vereins mit erscheinen, was sicher auf Veranlassung Winklers geschah, während die Vorstandschaft, in deren Namen diese Erklärung gegeben wurde, keine Ahnung davon hatte, erschienen tatsächlich einige organisierte Arbeiter in der nächsten Versammlung. Das mußte wohl Herr Winkler nicht erwartet haben, denn sobald er es gewahr wurde, mußten diese, trotz Protestes einiger Gelehrten, den Speisesaal wieder verlassen. Der Sekretär der hiesigen Gewerkschaft, Schärer, griff darauf in seinem Referate die Organisierten so an, daß erwartet wurde, die Mitglieder wären von dem Wunsch kurier, die Organisierten mit in der Versammlung zu sehen. Doch bei der Abstimmung über deren Zulassung stimmten nur sieben dagegen, alle übrigen dafür.

Das ist aber vollkommen erklärlich. Die Werkvereinsmitglieder sind nicht dumm, da sie ja dann nicht gelb wären; aber sie ledigen förmlich danach, daß endlich einmal in ihrer Gegenwart diejenigen an den Pranger gestellt werden, die jene schändliche Unterdrückung auf dem Werke vornehmen oder unterstützen. Es ist ja unerhört, was erst in letzter Zeit wieder an Abwürgen vorgenommen worden ist und in den gelben Zeitungen, zu deren Abonnement die Arbeiter in den Werkvereinen auch noch gezwungen werden, werden den Unternehmern weitere Verschlechterungen geradezu angeordnet.

Die entstandene Erbitterung zu dämmen, helfen auch jene furchtbaren Mar-Grufontwerke nicht, welche die Firma Krupp alljährlich vornimmt. Sie sind Spiegelscheiter. Mit ihnen will die Firma Krupp in der Öffentlichkeit blenden. Wie es wirklich um diese Wohlfahrtskasse bei Krupp bestellt ist, geht aus einer Mitteilung hervor, die jüngst ein früherer Arbeiter des Werkes dem Schreiber dieses machte. Er erlitt ohne eigene Schuld einen Betriebsunfall an einem Fahrstuhl, so daß er dauernd an Krücken gehen muß. Er beantragte beim Werk einen kleinen Zuschuß zu seiner Rente und begründete das damit, daß er seit 14 Jahren auf dem Werke beschäftigt, Vater von acht Kindern sei und niemals einer der Organisierten angehört, wurde aber glatt abgewiesen. Das illustriert am besten die ganze Wohlfahrt, für welche die Arbeiter auch noch das Recht hergeben sollen, sich bessere Arbeitsbedingungen schaffen zu können.

Doch noch einmal zu Herrn Winkler. In der Versammlung des Werkvereins soll er erklärt haben, „er sei bereit, mit Brandes die Klinge zu kreuzen“. Die Frage ist deshalb berechtigt: Wo und wann soll das geschehen? Natürlich ist eine ordentliche Bekanntmachung notwendig, wenn die organisierten Arbeiter erscheinen sollen. Es kann doch nicht angenommen werden, daß diese auf solches Verstehe hin in der Versammlung erscheinen sollen, um sich dann, wie oben gezeigt, wieder hinausweisen zu lassen. Wann kommt die Bekanntmachung?

Zum Schluß möchten wir noch auf eine interessante Tatsache hinweisen. In der Lebius-Zeitung vom 26. Dezember befindet sich in den Exemplaren, die auf dem Grufontwerk zur Verbreitung kamen, eine Korrespondenz aus Magdeburg, die recht pessimistisch gestimmt ist und ankündigt, daß im neuen Jahr eine große Zahl Mitglieder den gelben Sumpf verlassen werden. Die übrigen Exemplare des „Bundes“ haben an dieser Stelle dagegen einen Artikel über den Alkoholgenieß. Das glauben wir, daß dem Lebius der Artikel nicht gepaßt hat. Es kommt aber noch besser!

## Streitfänger.

Am 30. Juli 1909 während des Tischlerstreiks waren auch Streitposten vor dem Grundstück von Neubauer u. Bod in der Budauer Straße aufgestellt. Der Tischler Zeidler beteiligte sich nicht am Streik und ging zur Arbeit. Er fühlte sich sehr dadurch gekränkt, daß die Streitposten ihn vielfach ansprachen und ihn mehr oder weniger freundlich zuredeten, doch auch die Arbeit einzustellen. Da sie aber die erlaubte Grenze nicht überschritten, fand er keinen Grund, Anzeige zu erstatten.

An dem genannten Tage hatte sich nun aber der Möbelpader Wilhelm Weinhoff, geboren 1874, jetzt zu Berlin, zu den Posten gestellt und plauderte mit ihnen. In dieser Zeit kam auch Zeidler vorüber, um zur Arbeit zu gehen, und wurde von den Streitposten angesprochen, aber nicht beleidigend. Als er kurz antwortete, man möge ihn zufrieden lassen, rief Weinhoff angeblich: „Wenn du Streitfänger nicht aufhörst zu arbeiten, so reiße ich die Steine aus dem Pflaster und schmeiße dich tot.“ Daran soll er dann noch eine Flut von Schimpfreden und andre Drohungen geknüpft haben. Den Tischlermeister Neubauer soll Weinhoff ebenfalls beleidigt haben. Weinhoff war nicht an dem Streik beteiligt, sympathisierte aber mit den Streitenden.

Es wurde Anzeige gegen ihn erhoben, und da Vorstrafen vorliegen, wurde Weinhoff wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung im Zusammenreffen mit Beleidigung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Zeidler wurde die Publi-

zationsbefugnis im „Magdeburger General-Anzeiger“ und in der „Volksstimme“ zugesprochen. Wegen der Beleidigung des Tischlermeisters Neubauer wurde auf 60 Tage Haft Geldstrafe erkannt.

Der Zeuge Neubauer war trotz ordnungsmäßiger Ladung zum Termin nicht erschienen und wurde deshalb in eine Ordnungsgeldstrafe von 10 Mark und die etwa durch sein Ausbleiben verursachten Kosten genommen.

— Eine Beleidigungsklage, die der Schuhfabrikant Wolf wegen Beleidigung seines Sohnes, begangen durch eine Notiz in der „Volksstimme“ aus Burg, gegen den Redakteur Genossen Wittmaack angehängt hatte, wurde am Donnerstag vor dem hiesigen Schöffengericht durch einen Vergleich erledigt. Der Privatkläger nahm die Klage zurück, nachdem sich der Beklagte bereit erklärt hatte, die gesetzlichen Kosten zu tragen. Eine Anklage wegen der gleichen Sache hatte bereits eine Verurteilung des Redakteurs vom „Tageblatt“ in Burg zu einer Geldstrafe zur Folge gehabt.

— Vom Obergericht. Im Monat Dezember 1909 sind überhaupt 46 Klagen erhoben worden. Erledigt wurden 85. Davon hatten einen Streitwert bis 20 Mark 25 Klagen, über 20 bis 50 Mark 23, über 50 bis 100 Mark 14, über 100 bis 300 Mark 1 und über 300 Mark 2 Klagen. Erledigt wurden durch Vermittlung 11 Klagen, durch andre Endurteile 13, durch Vergleich 17, durch Zurücknahme 11, und auf andre Art 13 Klagen. Die Zahl der Beweiskosten betrug 17. —

— Vom städtischen Hafen. Am 4. Januar, abends, tagte im Wintergarten Lokal in der Rogauer Straße eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter vom städtischen Hafen, um Stellung zu nehmen gegen die von der Hafenverwaltung am 2. Januar verfügte Entlassung von acht Arbeitern, die angeblich widerrechtlich die Arbeit verlassen hatten resp. zu einer bestimmten Arbeit nicht erschienen waren. Der Hergang ist kurz folgender: Durch die Anmeldeung des letzten Hochwassers mußten am Neujahrstag auf dem städtischen Hafen Aufbaumungsarbeiten vorgenommen werden, um dort lagerndes Holz vor dem Wegschwimmen zu bewahren. Zu dieser Arbeit hatten sich am 1. Januar auch sämtliche Arbeiter eingefunden. Nach der Mittagspause unterließen es sieben Arbeiter unklugerweise in ihrer Selbstbestimmung, sich weiter an den Arbeiten zu beteiligen, während ein achter etwas früher als die übrigen unter Angabe eines Grundes die Arbeit verließ. Die notwendigen Arbeiten selbst waren um 4 Uhr beendet. Als nun die acht Arbeiter am 2. Januar früh ihre gewohnten Arbeitsplätze betraten, waren sie nicht wenig erstaunt, als ihnen eröffnet wurde, daß sie entlassen seien. Die acht Arbeiter wissen, daß sie gefehlt haben, auch wir unerseits sind weit davon entfernt, die Handlungsmethode der Leute, die zum Teil bereits 4 bis 12 Jahre am städtischen Hafen beschäftigt sind, irgendwie zu beschönigen, es fragt sich nur, ob die Hafenverwaltung gleich als Sühne das härteste Mittel, die Entlassung, in Anwendung bringen mußte. Die Versammlung war sich darüber klar, daß eine Verstrafung nach dem Statut am Plage war, nicht aber die sofortige Entlassung. Beschlossen wurde deshalb, sich an den Magistrat zu wenden und um Wiedereinstellung der acht Arbeiter zu ersuchen. Hoffentlich wird der Magistrat ein Einsehen haben und die Wiedereinstellung der acht Arbeiter verfügen.

— Die neue Mietstempelberechnung, die nach dem neuen Stempelsteuergesetz in Kraft getreten ist, verursacht den Hauswirten und Mietern gleichviel Kopfschmerzen. Sie ist um so komplizierter, als die neuen Steuerjahre schon für die Zeit nach dem 1. Juli v. J. Geltung haben sollen, von wo ab auch die mündlich abgeschlossenen Mietverträge stempelspflichtig sind. Für die Mieter tritt infolgedessen die Verschärfung der bisherigen Bestimmungen ein, als sie künftig auch für den Vertragsstempel haften. So kann es vorkommen, daß der Hauswirt das Mietverhältnis unrichtig angefertigt und hinterher auch der ahnungslose Mieter den vierfachen Betrag des hinterzogenen Stempels verwirrt hat. Er kann sich damit nicht entschuldigen, daß sein Hauswirt den Fehler gemacht hat. Eine Nachprüfung der Stempelberechnung seitens der Mieter ist daher durchaus am Plage. Viele Hauswirte überlassen diese Arbeit ihren Mietern, weil sie dann, wenn die Steuerbehörde die Berechnung beanstandet, sich auf die Angaben der Mieter berufen können. Bezüglich der vor dem 1. Juli v. J. abgeschlossenen Mietverträge ist bestimmt, daß ein Drittel des Stempels für die ursprüngliche Mietezeit, der Rest des Betrags (also bis zu seinem Ablauf) unerhoben bleiben soll. Im übrigen ist nach dem neuen Gesetz für die Stempelpflicht entscheidend, daß die Jahre es miete über 360 Mark (bisher nur 300 Mark) beträgt, wenn auch der Vertrag nur über Monate abgeschlossen ist. Dies gilt auch für die Ladeneinnehmer, die die Wohnungs- und Ladenmiete zusammenzurechnen haben, die einzeln die Steuergrenze vielleicht gar nicht erreichen. Ebenso ist es bei Mietung von Wohn- und gewerblichen Räumen. Für gewerbliche Räume wird nur der halbe Stempelbetrag berechnet. Diese Ermäßigung tritt für Zimmervermietungen in allgemeinen nicht ein; wer also eine größere Wohnung gemietet hat, die er nicht selbst benutzt, sondern teilweise abvermietet hat, muß den vollen Vertragsstempel entrichten. Ausgenommen sind nur die Zimmervermietungen, die durch dies Gewerbe ihren Lebensunterhalt gewinnen, sowie die Vermieter von Fremdenzimmern, die gewerbsmäßig vorübergehend Gäste beherbergen (Hotel garnis usw.). Andererseits muß der Mietvertrag über ein möbliertes Zimmer, sofern die Jahresmiete mehr als 300 Mark betragen würde, gestempelt werden, wenn der Mieter sonst keinen anderen Wohnsitz hat, und hier haften nicht der Hausbesitzer, sondern der Abvermieter für den Stempel. Ausgenommen sind hier wiederum die Fälle, in denen möblierte Zimmer mit voller Pension abgegeben werden, weil dann die Befristung den Hauptgegenstand des Vertrags bildet. Endlich ist bei Berechnung des Jahresstempels noch die Abrundung auf volle 50 Pfg. zu berücksichtigen, bei einem Mietvertrag über 1020 Mark zum Beispiel beträgt nach dem Steuerjahr von 0,4 Prozent der Stempel 4,08 Mark, aufrundet 4,50 Mark.

— Mit der Verteilung der zweiten Räte Kosten an Stadtlarme soll am Montag den 10. Januar 1910 begonnen werden. Jedem Empfänger werden 4 Bentner gefakt frei seinem Lageraum zugeführt.

— Unglücklicher Fall. Am Mittwoch gegen 11 Uhr vormittags ist der 61 Jahre alte Arbeiter Wilhelm L. von hier auf dem Gassebachplatz gefallen und hat sich hierbei eine erhebliche Kopfverletzung zugezogen. Er wurde auf Veranlassung eines Schutzmanns der Krankenanstalt Sudenburg zugeführt.

— Unfälle. Dem Zuschläger August Hornung, Eberdorfer Straße 50 wohnhaft, fiel am Mittwoch gegen Abend im Kruppwerk ein Stück Eisen auf die linke Hand. Es wurde ihm dabei der kleine Finger abgeschlagen und der Goldfinger gequetscht. Der Verletzte wurde der Krankenanstalt Sudenburg zugeführt. — Am Donnerstag früh geriet der Arbeiter Heinrich Stein von Seyrothstraße in der Sudenburger Fabrik mit dem rechten Arm in eine Nadelmaschine und verletzte sich schwer. Stein wurde nach dem Altkrankenhaus gebracht.

— Vom Schwurgericht. Die auf den 10. Januar d. J. anberaumt gewesene erste Schwurgerichtsperiode fällt aus, da Strafsachen zur Aburteilung nicht vorliegen.

— Festgenommen sind die Arbeiter Wilhelm B. und Joseph D. aus Groß-Miersleben, die am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr verhaftet wurden, als sie sich auf dem Weg zum Sudenburger Lot aufgestelltes Fahrrad zu stehlen; sie wurden aber von dem Eigentümer des Rades beobachtet.

— Einbruchverbrechen. Ein schwerer Diebstahl ist in der Nacht zum 6. Januar in einer Paraderai und Reinigungsanstalt in der Sudenburger Fabrik verübt worden. Die Täter, es können mindestens drei Personen gewesen sein, haben die Eingangstür des Gebäudes mittels Nachschlüsseln oder Durchbrechen geöffnet. Gestohlen sind: ein großer Kasten chemisch gereinigter Sachen, als Nadeln verschiedener Art, Damenmügel, Haas, Straußenfedern, Gamasen, Leinwandstücke und andre Sachen, sämtlich mit Nummern versehen, von bedeutendem Werte. Auch die Kassenkasse ist gewaltsam aufgebrochen worden, es ist aber Geld darin nicht enthalten gewesen. — In derselben Nacht sind in einem Hause der Baumontstraße mehrere Keller gewaltsam geöffnet und aus einem derselben 20 Flaschen (à 1 Liter) Rogmal und 12 Flaschen Wein (Zwischenheimer und Bodenheimer) gestohlen worden. — Ferner wurden am Mittwoch ein Fahrrad „Hercules“ und ein Fahrrad „Banderer“, beide mit schwarzen Rahmen und ebensolchen Felgen, gestohlen. — Einem alten Arbeiter-Invaliden in der Neustadt ist am Dienstag ein gelbes Klappportemonnaie mit 600 Mark (darunter vier Hundertmarkstücke) abhanden gekommen; es steht nicht fest, ob er es verloren hat oder ob es ihm gestohlen worden ist.

— Von der Feuerwehr. Am Mittwoch nach 7 Uhr abends wurde der erste Löschzug nach Schühbrücke 9 gerufen, wo ein Brand ausgebrochen sein sollte. Es lag dort aber keine Feuergefahr vor. — Durch Kurzschluss in der elektrischen Leitung war am Donnerstag 8 1/2 Uhr früh Inseleer Straße 18 ein Lichtstapel in Brand geraten. an der Stelle, wo das Kabel von außen neben dem Lortweg in das Gebäude eingeführt ist. Die Feuerwehr rüde mit einem Fahrzeug von Wache 3 aus und beseitigte die Gefahr durch Entfernen der Sicherung.

— Kunstgewerbe-Verein. Neu ausgestellt sind in dem Ausstellungsraum des Kaiser-Friedrich-Museums Gemälde von Toni Brandt und Zeichnungen von Oswald Bohl, außerdem die farbigen Entwürfe eines von der Kunstgewerbeschule angefertigten Wettbewerb für ein Palast der Magdeburger Sülte in den Alpen.

## Konzerte, Theater, Sport etc.

(Mitteilungen der Direktion.)

\* Städtische Konzerte. Am Mittwoch den 12. Januar findet das nächste Konzert des städtischen Orchesters im „Fürstenthor“ unter Leitung des Musikdirektors Krug-Waldsee statt. Zur solistischen Mitwirkung ist der Pianist Walter Georgii aus Leipzig gewonnen.

\* Stadttheater. Als dritte Vorstellung im Schiller-Platz kommt am Sonntag nachmittag „Die Verschönerung des Fiesco von Genoa“ zur Aufführung. Am Sonntag abend geht zum letztenmal als Sonntagsvorstellung die glänzende neu ausgestattete Oper „Carmen“ in Szene. Das Stadttheater darf sich rühmen, eine der schönsten „Carmen“-Ausstattungen zu besitzen. Das die musikalische Interpretation dieses genialen Werkes eine durchaus würdige in unserer Reueinstudierung gewesen, haben alle hiesigen Tagesblätter bezeugt. Die tüchtigste Vorstellung in dieser Saison, Räders Gesangsposse „Robert und Bertram“, wird unter Mitwirkung erster Operntalente und der Primadonna am Montag noch einmal wiederholt. Der erste Held, der Darsteller des Franz Moor, des Götze von Berlichingen, als Darsteller der lustigen Person, Robert des Bagabunden im Lumpengewand und im Kuchmagdlostin, die ersten Operntalente als Koboldtänzer, dazu eine neuinszenierte klassische Gesangsposse, das alles zusammen verpricht einen besonders originellen und lustigen Theaterabend.

\* Fürstenthor-Theater. Ein reichhaltiges Programm geht zurzeit jeden Abend in Szene, und zwar zwei tolle Burlesken und die übrigen Spezialitäten. Heute Freitag findet die letzte Aufführung des ersten Teiles des hochinteressanten Stückes „Silberbergknoten“ statt. Am Sonntagabend schließt sich hieran die padende Fortsetzung „Im Orient angelangt“.

## Letzte Nachrichten.

Ab. Berlin, 6. Januar. Das letzte Kabeltelegramm, das von dem amerikanischen Dampfer „York“ beim Kaiserhof hier eingetroffen ist, enthält lebhaft eine Empfangsbefähigung der deutschen Vorschläge. Die Verhandlungen haben demnach noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt.

Ab. Paris, 6. Januar. Die Genietruppen werden demnächst im Besitze von 5 Flugapparaten sein, und zwar von drei verschiedenen Modellen. Augenblicklich werden Genieoffiziere der Garde in Paris auf verschiedenen Flugfeldern ausgebildet, um dann in der Armee als Lehrer der Flugtechnik zu fungieren.

Ab. Saloniki, 6. Januar. Um dem Raubverwehen in Wilajet Janina zu steuern, ist der Bevölkerung anempfohlen worden, sämtliche Waffen innerhalb 20 Tagen abzugeben. Diese Maßregel wird mit militärischer Hilfe auf das strengste durchgeführt werden.

Ab. Cannes, 6. Januar. Auf dem Flugfeld La Napoule bei Cannes unternahm gestern nachmittag der englische Aviatiker Meale mit einem seiner neuen Blériot-Eindecker den ersten Flugversuch. Gleich zu Beginn desselben stürzte er aus einer Höhe von 4 Metern ab. Der Eindecker wurde stark beschädigt, eine Tragfläche zerbrach vollständig. Der Aviatiker jedoch kam mit einigen leichteren Verletzungen glücklich davon.

Ab. London, 6. Januar. Wie „Daily Chronicle“ aus Chicago erfährt, ist der Zustand der Westinghouse von 20 bis 30 nach Chicago verkehrenden Eisenbahnlinien wenigstens für den Augenblick abgewendet durch ein Uebereinkommen zwischen den Vertretern der Weichensteller und den Generalvertretern der Eisenbahngesellschaften, nachdem die Forderung der Weichensteller auf wesentliche Aufbesserung der Löhne einen Schiedsgericht unterbreitet werden soll. Dies Uebereinkommen erwartet lebhafteste Genugthuung, da der Zustand der Eisenbahnbetrieb eines sehr weiten Gebietes lahmgelegt und etwa 140 000 Mann, abgesehen von den indirekt Beteiligten, betroffen haben würde.

Ab. Albany, 6. Januar. Die Witwe des kürzlich verstorbenen bekannten Eisenbahnkönigs Harriman hat dem Gouverneur des Staates Newyork 10 000 000 Morgen Land zur Anlage eines Wolsparks sowie 1 Million Dollar zu demselben Zwecke angeboten. Auch die Multimillionäre Morgan und Rockefeller haben jeder eine halbe Million Dollar zu dem gleichen Zweck gestiftet. Im ganzen stehen dem Gouverneur 2 025 000 Dollar zur Erbauung des Parks zur Verfügung. Man ist sich über den Ort des Parks noch nicht ganz einig, wird jedoch allem Anschein nach eine herrlich gelegene Gegend am Ufer des Hudsonflusses nehmen.

Ab. London, 6. Januar. Nach Blättermeldungen aus Newyork hat der Staatssekretär Knox an die Mächte eine Zirkularnote gerichtet, in der vorgeschlagen wird, den geplanten internationalen Priengerichtshof mit den nachbefugigten und Funktionen eines internationalen Schiedsgerichts für alle im Frieden wie im Krieg auftauchenden Streitfragen auszustatten. Auf diese Note habe Knox bereits mehrere zustimmende Antworten erhalten.

## Wettervorhersage.

Freitag, 7. Januar. Trüb heiter, teils neblig, trockenes, kaltes Wetter.



## Erwiderung!

# Das Naturprodukt „Milchlin“

ist rein, nahrhaft, preiswert, und deshalb findet das Erzeugnis als Haushaltemilch, Backmilch, Kaffeemilch usw. glänzende Aufnahme. Diese Tatsache ist den Landwirten, die in der Magdeburger Molkerei und in dem Milchinteressenten-Verein organisiert und am Magdeburger Milchhandel sehr stark beteiligt sind, gewiß nicht unbekannt geblieben. Eine sogenannte „Aufklärung“, angeblich im Interesse des Publikums, erschien nun in hiesigen Blättern. Wir erlauben uns in gedrängter Kürze die Aufklärung zu erweitern.

Es ist nicht der angeblich hohe Preis für das „Milchlin“, der die Mitglieder der Magdeburger Molkerei und des Milchinteressenten-Vereins beunruhigt und ihr Handeln beeinflusst, sondern die wohlerkaunte Gefahr für die Verringerung des Absatzes ihrer Milch ist der Grund für die Bekämpfung des „Milchlin“. Dann aber auch wird bei der allgemeinen Teuerung heute unsererseits ein Produkt auf den Markt gebracht, das berufen ist, den Erfolg bei den Bestrebungen der Milchproduzenten, den Preis für Vollmilch ungewöhnlich zu erhöhen, sehr in Frage zu stellen. Die Feststellung dieser sehr gewichtigen, überzeugenden Tatsache dürfte Marlegen, daß nicht der angeblich hohe Preis von 12 Pfg. pro Liter „Milchlin“ die Ursache ist, daß die Milchinteressenten und die Landwirte der Magdeburger Molkerei Veranlassung nehmen, vor das Publikum zu treten.

„Milchlin“ bietet den Mitgliedern der Magdeburger Molkerei und des Milchinteressenten-Vereins Konkurrenz und gefährdet den alten Absatz dieser Vereinigungen für Vollmilch und Magermilch.

„Milchlin“ stellt eine Preiserhöhung für Milch in Frage und schmälert dann den Gewinn für die Magdeburger Molkerei und den Milchinteressenten-Verein.

## Das allein sind die wahren Gründe!

Der Gegner muß schon nach eigenen Analysen anerkennen, daß „Milchlin“ bedeutend mehr Nährstoffe enthält wie Magermilch. Wir geben dem verehrlichen Publikum untenstehend einige Analysen und Gutachten hervorragender Sachleute und Chemiker zur gef. Kenntnis, und es erübrigt sich für uns wohl, diesen Feststellungen etwas hinzuzufügen.

Es ist ausgeschlossen, daß durch Abföhen von Magermilch das „Milchlin“ mit bedeutend höheren Nährwerten entsteht. Diese Behauptung der Konkurrenz beruht auf einem Irrtum, den aufzuklären wir uns versagen müssen.

Des weiteren lassen wir unten noch einige Berechnungen über gebräuchliche Nahrungsmittel folgen. Diese Zahlen reden eine deutlichere Sprache als lange Auseinandersetzungen über den Wert von „Milchlin“ als menschliches Nahrungsmittel. Besonders aber bitten wir aus dieser Zusammenstellung zu ersehen, daß das „Milchlin“ das billigste aller Nahrungsmittel ist.

„Milchlin“ hat aber noch andre große Vorteile gegenüber Magermilch. Namentlich die große Haltbarkeit — Magermilch säuert schnell — ist eine Eigenschaft des „Milchlin“, die alle Milchverbraucher dankbar begrüßen werden.

Nun liefern wir aber nicht nur ein billiges, nahrhaftes Produkt, sondern erfüllen auch die Ansprüche der Hygieniker, indem wir nicht wie üblich, insbesondere die Magermilch, aus Hähnen oder Kannen auf der Straße verschicken. Wir geben das einwandfreie Produkt auch einwandfrei in sauberen, plombierten Flaschen ab. Hieraus erlauben wir uns noch besonders aufmerksam zu machen.

Wir bitten die verehrlichen Hausfrauen, Bäckermeister und alle übrigen Milchkonsumenten, uns unbedingtes Vertrauen zu schenken und die Auslassungen der Konkurrenz richtig zu bewerten.

Unser Geschäftsprinzip ist: **Reell, gut und preiswert!**

### Einige Analysen und Gutachten:

Die uns durch die Post übermittelten Proben „Milchlin“ haben wir wunschgemäß einer eingehenden Prüfung auf Beschaffenheit und Zusammensetzung unterzogen und sind dabei zu folgendem Resultat gelangt:

#### 1. Beschaffenheit.

Das Präparat gleicht in Bezug auf Aussehen ungenau der Vollmilch. Es schmeckt rein, süß und vollmilchartig mit einem ganz leichten Kochgeschmack. Die eine der eingeschickten Proben war in geschlossener Flasche bei Zimmertemperatur nach 4 Tagen noch nicht durch Säuerung geworden. Die andre Probe wurde mit Nahrungsmittelreintatzen behandelt und gab eine vollkommen normale Gerinnung.

#### 2. Zusammenfassung.

Konfervierungsmittel konnten nicht festgestellt werden.	
Spezifisches Gewicht bei 15 Grad Celsius . . . . .	1,050
Fettgehalt . . . . .	0,192 %
Emulsstoffe . . . . .	4,906 %
Milchzucker . . . . .	6,981 %
Mineralsalze . . . . .	1,182 %

Gesamteinhaltsstoffgehalt: 13,261 %

„Milchlin“ ist auf Grund der vorliegenden Untersuchungen ein vollwertiges Milchpräparat, welches durch seinen sehr hohen Gehalt an Emulsstoffen und Milchzucker, und vor allen Dingen auch durch den erheblichen Gehalt an Nährsalzen (phosphorsaure Salze) ein Nährpräparat ersten Ranges ist. Darmstadt, den 4. Dezember 1909.

#### Gutachten

**Milchwirtschaftliche Versuchsanstalt des Verbandes der hessischen landwirtschaftlichen Grossrentner.**

Der Direktor, **gez. Dr. E. Krüger.**

Das mir am 6. Dezember 1909 zur Prüfung überreichte neue Milchpräparat „Milchlin“ zeigt in den äußeren Eigenschaften, als Geruch und Geschmack, Bistärkehalt und der Deckfähigkeit des Kaffeetranks eine täuschende Ähnlichkeit mit Vollmilch.

Die chemische Untersuchung ergab folgendes Resultat:

Spez. Gewicht bei 15 Grad C . . . . .	1,0540
Fett . . . . .	0,50 %
Emulsstoffgehalt . . . . .	14,32 %
Emuls . . . . .	4,65 %
Milchzucker . . . . .	7,32 %
Mineralsalze . . . . .	1,28 %
Mineralbestandteil . . . . .	0
Konfervierungsmittel . . . . .	0

Darüber stellt „Milchlin“ ein durch ein vorzüglich unbekanntes Verfahren künstlich Wohlgeschmack der Vollmilch an die Seite zu setzendes, hinsichtlich des wahreren Preiswertes jedoch überlegenes Milchprodukt dar. Wenn man die berechtigten Preisforderungen für Vollmilch, auf welche die größere, naturgemäßere Bekämpfungsmasse mit einem geringen Milchzucker reagiert, in Rücksicht zieht, bietet das „Milchlin“ einen beachtenswerten Ersatz für Vollmilch, insofern als der Nährgehalt an Fett durch die größere Konzentration sämtlicher Milch-nährstoffe ansgewogen wird.

Charlottenburg, den 8. Dezember 1909.

gez. **Dr. F. Kell**

Land. landw. Nahrungsmittel-Chemiker.

Nachstehend empfangen Sie das Untersuchungsergebnis des uns zur Begutachtung seines Nährwertes und seiner Eigenschaften überreichten Präparates „Milchlin“. Der Geschmack des Präparates ist ein durchaus angenehmer, vollmundiger und gleicht demjenigen von Vollmilch so sehr, daß es kaum möglich ist, „Milchlin“ von letzterem zu unterscheiden.

Auch das Aussehen des Präparates ist vollständig vollmilchartig. „Milchlin“ hielt sich 5 Tage lang in der Originalflasche unverändert. Nach dieser Zeit trat eine normale Säuregerinnung ein.

Die Untersuchung ergab die folgenden Werte:

Spezifisches Gewicht . . . . .	1,048
des Serums . . . . .	1,036
Fett . . . . .	0,80 %
Emulsstoffe . . . . .	4,47 %
Milchzucker . . . . .	6,55 %
Mineralsalze . . . . .	0,870 %

Die qualitative Prüfung der Mineralsalze ergab, daß diese lediglich Bestandteile der Milchzucker enthalten.

Jedenfalls keine Konfervierungsmittel oder sonst schädlich wirkende Stoffe konnten nicht nachgewiesen werden.

Der Nährwert des Präparates Vollmilch und Magermilch gegenüber berechnet sich nach den vorstehenden Analysen wie folgt:

Nehmen wir nach König die Nährwert-Einheiten in dem Verhältnis von Protein : Fett : Kohlehydraten wie 5 : 3 : 1 an, so erhalten wir im Durchschnitt:

bei Vollmilch . . . . .	520 Nährwert-Einheiten im Liter
Magermilch . . . . .	196
Milchlin . . . . .	305

Bei einem Durchschnittspreis von 20 Pf. für ein Liter Vollmilch, 8 Pf. für ein Liter Magermilch und 12 Pf. für ein Liter Milchlin erhält man für 1 Mark:

bei Vollmilch . . . . .	1600 Nährwert-Einheiten
Magermilch . . . . .	2448
Milchlin . . . . .	2513

Da eine gleiche Ausnutzung der Nährstoffe in Vollmilch, Magermilch und Milchlin angenommen werden kann, so ist Milchlin dem Nährstoffgehalt nach bei weitem billiger als Vollmilch und auch noch billiger als Magermilch.

Siegatz, den 10. Oktober 1909.

#### Gutachtungsprotokoll

**Chemisches und bakteriologisches Untersuchungsamt des Reichsverbandes deutscher Molkerei- und Käseerei Besitzer und -Pächter,**

**E. G. m. b. H. gez. Dr. A. Schaeffer.**

Real. geprüfter Nahrungsmittelchemiker, öffentlich angestellter Handelshemiker, beeidigt als Sachverständiger von der Handelskammer zu Siegnitz und vom Rgl. Landgericht zu Siegnitz.

### Nähr- und Geldwert wesentlicher Nahrungsmittel.

Nahrungsmittel	1 kg enthält in Gramm			1 kg enthält Nährwert-Einheiten	1 kg kostet im Mittel im Verkauf Pfg.	Für 1 Mt. erw. man Nährwert-Einheiten
	Stickstoff-substanz	Fett	Stickstoff-freie Subst. Kohlehyd.			
Sehr fettes Dönerfleisch . . . . .	167,5	292,8	—	1715,9	240	714,5
Fettes Rohfleisch . . . . .	188,8	74,1	0,7	1167,0	200	583,5
Dönerfleisch . . . . .	233,4	11,3	1,9	1202,8	240	501,20
Schellfisch . . . . .	169,3	2,6	—	854,3	75	1132,1
Schinken . . . . .	247,4	364,5	1,6	2332,1	400	583,0
Hühnerfleisch . . . . .	125,5	121,1	5,5	996,3	170	586,1
Vollmilch . . . . .	35,5	36,9	48,8	337,0	20	1685,0
Butter . . . . .	7,4	843,9	6,2	2574,9	300	858,3
Magermilch . . . . .	340,6	116,5	34,2	2086,7	160	1300,0
Brennereien-Magermilch . . . . .	28,0	1,5	51,0	195,5	8	2443,7
Milchlin . . . . .	48,1	2,6	65,0	301,7	12	2513,2

„Milchlin“ ist täglich frisch in sauberen, plombierten Flaschen bei den Milchhändlern und einschlägigen Geschäften für

2978

**12 Pfennig pro Liter**

zu haben.

**General-Depot: Emil Lange, Magdeburg, Askanischer Platz Nr. 2.**

Telephon Nr. 1082.